

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: halbjährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengrüße und Stellenstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Entwicklungsmöglichkeiten in Rußland.

Rußland genießt jetzt parlamentarische Ferien, und das Gefühl der Enttäuschung über die Duma des Staatsstreichs ist allgemein. Denn auf keinem Gebiete ist es der Duma gelungen, auch nur eines der schwebenden Probleme, die das russische Volk bewegen, der Lösung zuzuführen. Das Budget weist keinen Fortschritt auf. Die letzte, unter wucherischen Bedingungen aufgenommene Anleihe wurde für unproduktive Zwecke verausgabt; neue wirtschaftspolitische Maßnahmen, die einer ökonomischen Erneuerung Rußlands die Wege gewiesen hätten, wurden schon gar nicht in Angriff genommen. Auf politischem Gebiete bleibt die alte Willkürherrschaft der Bureaucratie und die Rechtslosigkeit des Volkes trotz Duma und trotz einer zensurfreien Presse bestehen. Die herrschende Partei in der Duma, die Oktobristen, machen auch nicht einmal den Versuch, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. Vielmehr halsen sie der Regierung, den Agrarreformern, die sie erst dann vorzugehen, als diese im Dienste Stolypin feindlicher Cliquen stehende Organisation gegen diesen selbst vorzugehen begann. Die sozialen Reformen wurden auch nicht um einen Schritt gefördert. Nachdem die Kommission für Arbeiterangelegenheiten zwei Jahre „gearbeitet“ hat, erklärt ihr Vorsitzender, der Oktobrist Baron Tisenhaus, die Sozialreform verkenne den Volksgeist.

Die russische Bourgeoisie diskutiert trotzdem eifrig die Frage, ob die russische Bourgeoisie sich nach links entwickle. Tatsachen hierfür gibt es sehr wenige. Man könnte die Verteidigung der Glaubensfreiheit der Altgläubigen durch die Oktobristen anführen. Aber man muß in Betracht ziehen, daß die Altgläubigen eine einflussreiche bürgerliche Schicht bilden, deren Gunst die Oktobristen sich nicht durch eine schlappe Haltung verschmerzen wollten. Will man aber die politische Entwicklung der russischen Bourgeoisie richtig beurteilen, dann muß man die Bedingungen studieren, die erfüllt werden müssen, soll der russischen Bourgeoisie die wirtschaftliche Fortentwicklung ermöglicht werden.

Die Aufnahmefähigkeit des russischen inneren Marktes ist zurzeit erschöpft. Versuche, den Export von Industrierzeugnissen zu organisieren, führten bisher zu keinem befriedigenden Resultat. Das diplomatische Debakle im österreichisch-serbischen Konflikt hat der russischen Industrie gewiß nicht zu größerem Einfluß auf den ausländischen Märkten verholfen. Auch die Eroberung Persiens, womit es übrigens noch gute Wege hat, wird daran nicht viel ändern. Persien hat zwar viele natürliche Schätze — woran es doch auch Rußland nicht mangelt —, ist aber ökonomisch völlig zerrüttet und hat eine zu kleine Konjunktionskraft, um dem russischen Kapital viel nützen zu können. Mit der Unterstützung, die die russische Regierung dem russischen Kapital angedeihen läßt, ist es überhaupt eine eigene Sache. Sie schickt General Snarsky nach Persien, sie verliert durch einen Bluff während des österreichisch-serbischen Konflikts ihr eigenes Prestige im Auslande zu heben und durch eine Agrarreform einen inneren Markt zu schaffen. Doch selbst in Persien ist der schließliche Erfolg noch fraglich, während in Europa die Niederlage offensichtlich war. Die Wirkung der Agrarreform aber wird erst nach langer Zeit eintreten, vorausgesetzt, daß nicht vorher eine Explosion in der Sturmphase internationaler Konflikte und der Verrottung im Innern die politischen Unterlagen, auf denen die Agrarreform beruht, von Grund aus verändert. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Regierung bei ihrer Vertretung bürgerlicher Interessen durch ihre eigene Natur behindert ist. Sie ist noch immer die alte bürokratische Regierung, die im Feuer der Revolution die Unterstützung der Junker und der Bourgeoisie annahm und sich daher in eine bürokratisch-junkerlich-bürgerliche Regierung verwandelt hat, wobei jedes dieser Elemente einen sehr ungleichen Einfluß ausübt. Während die junkerlichen Elemente den bürokratischen nahe verwandt sind, stehen sich Junkertum und Bürgertum feindlich gegenüber. Die Regierung ist genötigt, die Interessen des Bürgertums zu verachten, weil sie sonst der Revolution nicht Herr würde und auch im 20. Jahrhundert ohne kapitalistische Unterlage nicht existieren kann. Wo aber die bürgerlichen Interessen mit denen des Junkertums oder der Bureaucratie in Widerstreit geraten, dort beginnt in der Regierung selbst ein Kampf der Cliquen, dessen Ausgang fast stets für die Bourgeoisie ungünstig sein muß. Das verschlechtert natürlich die Entwicklungsmöglichkeiten der Bourgeoisie, was ihr teilweise schon jetzt zum Bewußtsein kommt. Trotz der Schwächlichkeit der russischen Bourgeoisie, die sich darin in nichts von der deutschen unterscheidet, kann es daher zu einem Kampf zwischen ihr und dem Junkertum und damit zugleich mit der Regierung kommen. Ohne prophezeien zu wollen, in welchen Formen ein solcher Konflikt sich äußern wird, kann man die Ziele der Bourgeoisie und das Ergebnis des Kampfes immerhin voraussehen.

Die Bourgeoisie wird danach trachten, sich einen direkten Einfluß auf die Regierung zu erobern, um diese ihren Interessen dienstbar zu machen. Sie wird sich aber hüten, dem Volke irgendwelche Rechte einzuräumen, denn eben aus Furcht vor dem Volke warf sie sich ja der Regierung in die Arme. Und weil sie an das Volk nicht appellieren kann, sind die Chancen ihres Sieges über das Junkertum sehr klein. Das Junkertum kennt diese Schwäche; es weiß recht gut, daß das Bürgertum heute mit ihm den Kampf beginnen kann, weil zurzeit das Proletariat entkräftet daniederliegt. Aber selbst angenommen, daß die Bourgeoisie teilweise siegt, wird sie entweder danach trachten, durch kleine „Erneuerungsarbeit“ die Bedingungen eines ökonomischen Aufschwunges zu schaffen oder sie sich durch eine Politik kriegerischer Abenteuer zu erobern. Während im ersten Falle die Entwicklung Rußlands im Schneckenempo vor sich gehen würde und die Arbeiterklasse unter den schlechtesten Bedingungen zu kämpfen hätte, würde im zweiten Fall der Bankrott des bürgerlich gefärbten Zarismus sicher sein.

Dies sind die Perspektiven der Entwicklung Rußlands: auf der einen Seite gänzlicher Stillstand, eine Fäulnis, die früher oder später zur Explosion führen muß; auf der anderen Seite entweder eine allmähliche Entwicklung, die jedoch sehr unwahrscheinlich ist, oder der nationalistische Versuch eines Krieges, der notwendig mit einem völligen Zusammenbruch enden muß. Der erste Fall wäre vorhanden, wenn die Bourgeoisie gänzlich verlagert, wenn sie, ohne die Finger zu rühren, zusammen mit dem Zarismus dem Prozeß der Fäulnis zuschaut oder wenn sie in einem Kampfe mit den bürokratisch-junkerlichen Elementen unterliegt. Der zweite Fall träte ein, wenn die Bourgeoisie als Sieger aus dem Kampfe mit dem Junkertum hervorginge. Aber auf keinen Fall würde sie die Trägerin der Revolution sein. Im Falle des Stillstandes wäre eine Revolution in Rußland nur möglich, wenn das Proletariat wieder seine Kräfte gesammelt hat, bei den durch die Agrarreform proletarisierten Bauern Unterstützung findet und den revolutionären Kampf wieder von neuem beginnt. Im zweiten Fall, nach einem siegreichen Kampf der Bourgeoisie gegen die Junker, der zu einer allmählichen Entwicklung führt, würde wieder der Kampf der Arbeiterklasse der einzige Faktor zur Demokratisierung Rußlands sein. Würde aber der Sieg des Bürgertums über die Junker Rußland aufs Schlachtfeld führen, dann würde erst recht nur die Revolution der Arbeiterklasse Rußland vor völligem Verfall retten können.

Wir sehen also, daß die Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten der Bourgeoisie für die Sozialdemokratie nur die Frage nach den Bedingungen sein kann, unter denen der neue Kampf der Arbeiterklasse stattfinden wird. Sie ist keine müßige Frage; denn ohne die Analyse dieser Umstände ist eine zielbewusste Politik der Arbeiterklasse unmöglich. Es wäre eine schädliche Illusion, wollte man annehmen, daß eine Entwicklung der Bourgeoisie nach links die Frage der Demokratisierung Rußlands lösen könnte. Diese Tat bleibt dem Proletariat vorbehalten, und wie es bisher im Kampfe die Avantgarde bildete, so wird es auch fernerhin Träger der Revolution sein.

Darum muß die Sozialdemokratie zwar die Entwicklung der Bourgeoisie aufmerksam verfolgen, aber ihre Erwartungen kann sie nur an den Kampf der Arbeiterklasse knüpfen. Die Erziehungs- und Organisationsarbeit in der Arbeiterklasse ist ihre wichtigste Aufgabe. Nur hierdurch wird sie in Stand gesetzt, die günstigen Verhältnisse, die kommen können, voll auszunutzen. Wenn auch die Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse jetzt arbeitet, furchtbar schwierige sind, so kann man doch eine gewisse Besserung konstatieren. Es scheint, daß die durch den Sieg der Konterrevolution und die Arbeitslosigkeit erzeugte Mutlosigkeit zu schwinden beginnt, wie dies kürzlich auch der Streik der 3000 Straßenbahnarbeiter in Petersburg zeigte. In den gesetzlichen Organisationen der Arbeiterklasse, die die Verfolgungen der Reaktion überstanden haben, beginnt sich neues Leben zu regen, was besonders auf dem Moskauer Kongreß der Fabrikärzte zutage trat. Dieser Kongreß wie andere Symptome bekunden, daß die in den gesetzlichen Organisationen zerstreuten Parteimitglieder sich wieder um die ungesetzliche sozialdemokratische Organisation scharen und auf diese Weise einen Zusammenhang zwischen der Masse und der Sozialdemokratie zu schaffen versuchen. Das wird den Gang der Entwicklung der Partei beschleunigen und auch der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma, die bisher fast ohne jede Unterstützung der Massen arbeitete, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben eine wertvolle Stütze sein. Eine Besserung in dieser Hinsicht kann man schon jetzt konstatieren. In der letzten Zeit fand die Stellungnahme der Fraktion in den Debatten über Religionsfreiheit den Beifall der ganzen Partei. Es zeigte sich, wie recht die Partei hatte, als sie nichts von der Abberufung der Fraktion hören wollte. Der Kampf der Mehrheit der Partei mit den Heißspornen, die durch Verzicht auf die Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten die Partei geschwächt hätten, und mit den zaghaften Elementen, die juristische Beventen vorbringen, deren Befolgung die Angriffs- und Abwehrkraft der Partei sehr vermindern würden, beweist deutlich, daß die russische Arbeiterklasse gewillt ist, unter Wahrung der Selbständigkeit der Arbeiterklasse alle Faktoren auszunutzen und so den Weg zu gehen, auf dem das russische Proletariat jeder Situation gewachsen sein wird.

Die Erhöhung der Mannschafsbefoldung in der Budgetkommission abgelehnt!

Nachdem die Mehrheit der Kommission gestern bei den Unterverbeamten einen glatten Unfall vollzogen und die eingesehten Mehrforderungen zum weitaus größten Teil wieder gestrichelt hatte, schied sie heute ihrem verräterischen Treiben die Krone auf, indem sie die

gemeinen Soldaten von der Solberhöhung überhaupt ausschloß.

Ueber die Deckungsfrage entspann sich eine längere Debatte. Bekanntlich waren die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Gehaltserhöhungen namentlich für die unteren und mittleren Beamten so minimal, daß die Kommission über diese Säge um ein geringes hinausgehen gezwungen war. In der zweiten Lesung hat sie dann wieder sehr erhebliche Abstriche gemacht. Aber immerhin beträgt die Belastung 16½ Millionen mehr, als die Regierung vorgeschlagen hatte. Staatssekretär Sydow macht — nur persönlich, nicht im Auftrage der Regierung, wie er vorzüglich bemerkt — den Vorschlag, die fehlenden Millionen in der Weise zu ersparen, daß

die Erhöhung der Mannschafsbefoldung vorläufig hinausgeschoben wird.

Wenn nicht für Deckung gesorgt werde, so könne die Regierung die erhöhten Beträge in das Budget für das Jahr nicht einstellen. Abgeordneter Erzberger äußert einige Bedenken gegen den Vorschlag des Staatssekretärs und schlägt seinerseits vor, das bestehende Erbschaftssteuergesetz dergestalt abzuändern, daß den Bundesstaaten statt zwei Drittel nur ein Viertel der Einnahmen verbleiben soll. Das würde der Reichskasse rund 3½ Millionen Mark mehr bringen. Wenn es nicht anders ginge, dann könne man die Zuzugssteuer dieser Bestimmung vorläufig hinauschieben, bis die Mittel zur Durchführung vorhanden seien.

Genosse Roske wendet sich in scharfen Worten gegen den Vorschlag des Staatssekretärs. Wir seien jetzt an Ueberforderungen gewöhnt, aber einen solchen Vorschlag hätte wohl niemand für möglich gehalten, daß die armen gemeinen Soldaten leer ausgehen sollten, nachdem den Offizieren und namentlich den höheren Beamten eine erhebliche Aufbesserung zuteil geworden sei. Der Reichstag habe schon zweimal durch Annahme entsprechender Resolutionen einstimmig den Wunsch ausgedrückt, daß kein Offizier eine Zulage erhalte, bevor nicht der Sold der Mannschaften erhöht sei.

Der Abgeordnete von Liebert, der bekannte Reichsverhandler, möchte gerne, daß den Soldaten ein höherer Sold gewährt wird, aber leider sei es zurzeit nicht möglich. Man müsse alles vertrauensvoll in die Hände der Regierung legen. Eine von der neuen Mehrheit eingebrachte Resolution Erzbergers verlangt:

„Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß die in Aussicht genommene Erhöhung der Mannschafsbefoldung im Etatsjahre 1910 erfolgen wird und erklärt sich bereit, die hierdurch entstehenden Mehrkosten gleichzeitig zu bewilligen, sofern nicht durch Ersparnisse der Bedarf ausgebracht werden kann.“

Singer wendet sich gegen die von der neuen Mehrheit vorgeschlagene Resolution, weil sie den Zweck habe, dem Reichstag gegebene Versprechungen rückgängig zu machen. Es sei Aufgabe der Regierung, die erforderlichen Steuern vorzuschlagen, das sei ja jetzt auch indirekt geschehen. Denn was an Logik und technischer Folgerichtigkeit in diesen neuen Vorschlägen enthalten sei, stamme aus den Regierungsbureaus und sei nicht den Köpfen der Kommissionmitglieder entsprungen. Die vorgeschlagene Resolution sei für die Regierung völlig wertlos; sie könne damit gar nichts anfangen. Der eigentliche, allerdings unausgesprochene Zweck sei, die Erhöhung des Soldes für den gemeinen Soldaten

auf den Rimmerleinstag

zu verschieben. Seine Freunde würden gegen die Resolution stimmen, weil sie nicht erst zu nehmen sei.

Die Resolution wurde schließlich gegen die 10 Stimmen des Rechtsblocks angenommen.

Vorher hatte die Kommission noch beschlossen, dem Reichstag eine Resolution vorzuschlagen, der Regierung die Berechtigung zuerkennen, das Beamtenbefoldungsgesetz jetzt in Kraft zu setzen und die dazu erforderlichen Mittel erst im nächsten Herbst in einem Nachtrag zum Etat anzufordern, damit der Vollzug des Gesetzes nicht verzögert wird und der Reichstag wegen des aufzustellenden Nachtragsdetails nicht mehr länger zusammenzubleiben braucht.

Steuerpulscherei ohne Ende.

Aus dem Reichstage, 8. Juli. Mit frischen Kräften machte sich heute der Schnapsblock ans Werk, seine unausgereiften Steuerprojekte durch die zweite Lesung zu peitschen. Da galt es zunächst, in zweiter Lesung die Talonsteuer durchzubringen, die nach dem Aufhandel zwischen Regierung und Mehrheit an die Stelle der Notierungssteuer treten soll, bei Licht besehen aber nichts anderes als die Notierungssteuer selbst mit etwas veränderter Frisur ist. Die Steuer soll nämlich nicht von den an der Börse gehandelten Aktien, sondern von den Zinscoupons, den „Talons“, erhoben werden. Auch wird ihr wahrscheinlicher Ertrag erheblich niedriger eingeschätzt. Im übrigen ist sie in ihren Wirkungen ebenso unüberlegt, ebenso dazu angetan, das mobile Kapital

ins Ausland zu drängen, wie zunächst der nationalliberale Bankdirektor Weber in ausführlicher Darlegung nachwies. Ein neuer Beweis für die Haltlosigkeit der Regierung ist es, daß sie, nachdem sie die Kötterungssteuer zuerst für „unannehmbar“ erklärt hatte, sich nicht genierte, sie in der Neufassung der Salonsteuer zu schluden, allerdings mit einigen Grimassen. Der preussische Finanzminister von Rheinbaben, dem die Rechtfertigung übertragen war, mußte zugeben, daß die Ausstellungen an der Steuer „vielfach berechtigt“ seien. Aber, so sagte er zur Linken: Was haben Sie denn Besseres zu bieten? Geld muß doch beschafft werden! Ein helles Aufblitzen und laute Rufe der Entrüstung waren die Antwort auf diese ministerielle Unversorgtheit. Diesen Martonetten im Ministertrakt ist offenbar jedes Gefühl für die Würdelosigkeit ihres Verhaltens verloren gegangen. Ein Staatsmann von Charakter, der seine eigene Politik mit einem Parlament nicht durchsetzen kann, tritt entweder ab oder versucht einen Appell an das Volk. Diese Wilow, Sydow, Rheinbaben u. Co. bleiben aber Kleben und schluden Befehle, die sie selber für untauglich halten. Genosse Singer geißelte mit einigen kräftigen Worten diese ganze Steuerpsalcherei.

Schließlich wurde aber sowohl die Salonsteuer wie die Schiedsgerichtsteuer mit der üblichen Mehrheit angenommen. Dann trat das Haus in die zweite Beratung des eigentlichen Finanzgesetzes ein. Dabei handelte es sich zunächst um die Neugestaltung der Matrikularbeiträge. Die Finanzminister der letzten Jahre hat dahin geführt, daß die Einzelstaaten einige hundert Millionen Matrikularbeiträge gestundet sind. Der Steuerblock schlägt nun vor, den Einzelstaaten etwa 144 Millionen zu schenken, d. h. die gestundeten Beiträge zu Lasten des Reiches zu nehmen. Das ist offenbar, wie Genosse Stadthagen es treffend nannte, das Trinkgeld, mit dem der Schnapsblock die Zustimmung der Einzelstaaten zu seiner Steuerreform erkaufte hat.

Nachdem Passche (natl.) gegen die Vorlage gesprochen hatte, wurde die Sitzung um 6 1/2 Uhr vertagt.

Eine Abend Sitzung begann um 8 1/2 Uhr. Zunächst kam der Genosse Stadthagen zum Wort, der in kräftiger Rede die Steuermehrheit zur Rüt aufweckte. Sie versuchte durch lautes Schwören die Rede uneres Genossen zu verhindern. Das gelang nicht. Da ertönte plötzlich aus den Reihen der Antisemiten ein Pfiff auf dem Hauschüssel! Die Sozialdemokratie brach in laute Entrüstungsrufe aus. Der Präsident läutete mit Behemung. Endlich trat Ruhe ein, und Stadthagen brachte seine Rede zu Ende, indem er der Steuermehrheit ankündigte, daß das Volk schon mit ihr abrechnen würde. Redner auf Redner suchte sich in dem unruhigen Hause Gehör zu schaffen, bis gegen Mitternacht Schlaf gemacht wurde. (Näheres siehe im Reichstagsbericht in der Beilage.)

Vom Lockspitzel zum Polizeichef.

Paris, 8. Juli. (Eig. Ber.) Der Azew-Standal ist noch überhoben. Harting, der hohe russische Polizeibeamte, der erst in Deutschland, dann in Frankreich das Reich der Spitzelerei ausgebreitet hat, ist niemand anders als der Lockspitzel Landesesen oder eigentlich Abraham Hedelmann, der im Juli 1890 wegen Vorbereitung eines Dynamitattentats gegen Alexander III. vom Pariser Richterpolizeigericht in contumaciam zu fünfjähriger Kerkerstrafe verurteilt worden ist! Die zarische Regierung hat die Schamlosigkeit besessen, den „befreundeten“ Republikaner einen prächtigen Menschen unter einem geliebten Namen als Repräsentanten ihrer Ordnungsfunktion zuzuführen. Abraham Hedelmann, den jeder französische Polizist im Erkennungsfall ins Gefängnis abzuliefern gehabt hätte, amtierte als der orthoboge Edelmann mit Offiziersrang Arladi Michaelowitsch Harting jahrelang in einem Spezialbureau in der russischen Vorkast in Paris, verkehrte eng mit hohen französischen Polizeibeamten und wurde von der Republik zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Ein solch dreifacher Mißbrauch wäre unter Staaten, die in einem gespannten Verhältnis zueinander stehen, eine schwere Beleidigung. Wie wird die Regierung der Republik angefaßt der zynischen Freiheit des von ihr umschmeihselten „Freundes und Bundesgenossen“ ihre Würde wahren?

Wir geben im folgenden die Geschichte dieser Enthüllung wieder, nach der von Wurzew gelieferten Darstellung in der „Humanité“ und im „Journal“.

Am 4. Juli 1890 war das Urteil im Dynamitprozeß verkündet worden. Die meisten Angeklagten hatten empfindliche Gefängnisstrafen abzusitzen, Landesesen aber, der eigentliche Organisator der Verschwörung, blieb verschollen. Dies erregte Verdacht, aber die Spuren des Verdächtigen waren lange nicht aufzufinden. Wohl kam das Gerücht zu den Revolutionären, Landesesen sei in Verwendung in dem für die Person des Zaren eingerichteten Palastdienst; doch hieß es dann wieder, er sei in Südafrika oder gar tot. Erst vor zwei Jahren ersuchte Wurzew von „einem hohen Polizeibeamten“, daß sich Landesesen in Deutschland aufhalte und ein hohes Jahresgehalt von der russischen Regierung bezöhe. Mehr war aus dem Gewährsmann nicht herauszubringen. Bald aber gelang es, weitere Fährten aufzudecken. Früherer Polizeibeamte, unter ihnen Wakai, behaupteten, Harting sei ein ehemaliger Provoletur von großer Bedeutung. Wurzew ärgerte indes lange, an die Identität von Harting und Landesesen zu glauben, da er sogar der zarischen Regierung eine so maßlose Freiheit nicht zutraute. Im Januar und Februar dieses Jahres bekam er indes entscheidende Beweise in die Hände. Aus Dokumenten, die Harting betrafen, ergab sich, daß dieser 1890 in Paris gewesen und Wurzew kennen gelernt hatte, auch wurden Wurzew Aufzeichnungen Hartings überdracht, die die Verwandtschaft dieses Mannes wegen der von ihm in Erfahrung gebrachten Wurzew'schen Nachforschungen bezeugten. Schließlich bestätigte eine Schriftvergleichung zwischen Briefen Hartings und alten Manuskripten Landesesen die Schlüsse Wurzew's.

Wurzew teilte nun Genossen Jaurès seine Entdeckung mit, zugleich mit seinem Entschluß, sie den französischen Gerichten vorzulegen und einen Prozeß zu veranlassen, der das ganze Treiben der russischen Geheimpolizei der Öffentlichkeit enthüllen würde. Briand, an den sich Jaurès wendete, erklärte sich bereit, auf eine Anzeige Wurzew's sofort eine Untersuchung einzuleiten. Die Anzeige wurde daher unverzüglich erstattet. Sie lautete:

Herr Justizminister!

Ich beschreibe mich, Sie von Nachstehendem in Kenntnis zu setzen:

Im Juli 1890 wurde ein gewisser Michel Landesesen, mit seinem richtigen Namen Abraham Hedelmann, vom Richterpolizeigericht des Seine-Departements als Hauptorganisator eines Dynamitattentats in contumaciam zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Landesesen ist es bisher gelungen, sich den Nachforschungen der

Su jener Zeit hatte ich die Bekanntschaft des Landesesen gemacht und ein helles Jahr Beziehungen mit ihm unterhalten.

Seute bringe ich hiermit zu Ihrer Kenntnis, daß der angegebliche Arkadi Harting, alias Petrovsky, alias Reire usw., gewöhnlich in Paris wohnt, der mit dem Chef der Sicherheitspolizei, Herrn Hamard, und mit einem anderen Polizeifunktionär, Herrn Guimard, persönlich bekannt ist und offizielle Funktionen in der russischen Geheimpolizei in Paris, deren oberster Chef er ist, bekleidet, niemand anderes ist als der Michel Landesesen. Ich bin in der Lage, seine Identität zu beweisen.

Ich fordere Sie demgemäß auf, gegen den genannten Landesesen-Harting-Petrovsky-Reire usw. einen Haftbefehl zu erlassen. Ich siehe jederzeit zu Ihrer Verfügung, um Ihnen alle gewünschten weiteren Auskünfte zu erteilen.

Harting befindet sich nicht mehr in Paris. Er hatte gerade in der letzten Zeit mit den Polizeivorbereitungen für den Zarenbesuch viel zu tun, aber anscheinend hat er von dem Schlag, der sich gegen ihn vorbereitete, Wind bekommen. Vermutlich wäre es manchen Leuten angenehm, wenn der Polizeichef Harting ebenso still verschwände, wie einst der Pseudorevolutionär Landesesen. Da aber Wurzew weitere Enthüllungen über die russische Spitzelwirtschaft in Paris verspricht, ist es keineswegs sicher, daß mit der Entfernung Hartings der Standal erledigt werden kann.

In jedem Falle bedeutet die Enthüllung gerade im jetzigen Augenblick eine arge politische Verlegenheit. Wird es der Zar bezweigen, daß man just, bevor er in die französischen Gewässer einfährt, dem Mann, auf dessen Tätigkeit der Schlaf seiner Nächte gestützt ist, das Verraten des französischen Vobens untersagt? Und Clemenceau wird es doch nicht so leicht bezweifeln, daß die zarische Regierung den Staatsmännern der Republik die schmeichelnde Guldigung vor dem Patron der Azew und Landesesen gar so schwer macht, und daß sie ihnen zumutet, nicht nur ehrfurchtsvolle Ergebenheitsphrasen von sich zu geben, sondern auch die beleidigendste Mißachtung hinunterzuschlucken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juli 1900.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

warf am Donnerstag seine Dispositionen vom Mittwoch vollständig über den Haufen, um für Freitag die dritte Lesung der Finanzreform auf die Tagesordnung zu legen, und zwar soll die Beratung mit den drei Steuervorlagen über Bier, Branntwein und Tabak beginnen.

Trotz des Widerspruchs von sozialdemokratischer Seite beschloß man, die Generaldebatte über das Finanzgesetz erst nach der Erledigung der oben genannten Tagesordnung anzulegen. Die Besoldungsvorlage wird daher in zweiter und dritter Lesung erst nach der dritten Lesung der Finanzreform beginnen.

Am Montag sollen die reineren Vorlagen sowie Revisionen und Wahlprüfungen zur Erledigung kommen.

Die preussische Wahlreform.

Man weiß, daß die Konservativen den Fürsten Wilow auch deshalb gestützt haben, um jeder, auch der bescheidensten Reform des preussischen Wahlsystems vorzubeugen. Die „Nat.-Ztg.“ macht nun über den Einfluß, den die Wahlrechtsfrage auf die Ernennung des neuen Kanzlers ausübt, folgende Mitteilungen:

Wie uns berichtet wird, spielt bei der Ernennung des neuen Reichskanzlers die Rücksicht auf das Versprechen der Wahlrechtsreform, das der Kaiser in seiner Thronrede gegeben hat, eine große Rolle. Diese Verheißung ist keineswegs in Vergessenheit geraten; der Kaiser beharrt nach wie vor auf dem Wunsche, die Liberalen von der Politik der Regierung nicht ausgeschlossen zu sehen. Die Aufgabe des neuen Reichskanzlers, der zugleich preussischer Ministerpräsident ist — die von gewisser Seite ausgesprochene Vermutung, eine Teilung der Rente sei beabsichtigt, hat sich als unzureichend erwiesen — werde es sein, das Zentrum dafür zu gewinnen, mit den Liberalen zusammen die wenigstens teilweise Erfüllung der kaiserlichen Zusage möglich zu machen. Dadurch sei vor vornherein die Wahl eines Nachfolgers auf den Reichskanzlerposten an gewisse Grenzen gebunden; denn der Kaiser könne nicht eine Persönlichkeit zur Lösung der bezeichneten Aufgabe berufen, die das Gegenteil von den Anschauungen vertritt, die in der Thronrede zum Ausdruck gelangt sind. In der Tat darf man gespannt sein, wie sich der neue Ministerpräsident bei der jetzigen Konstellation von Konservativen und Zentrum seiner Aufgabe entledigen wird.

Ob diese Neuherungen mehr sind als nationalliberale Hoffnungen, wird sich ja zeigen, und auch, was aus der feierlichen Verpflichtung der Thronrede werden wird. Jedenfalls wird der Regierung bei Zusammentritt des Landtages Gelegenheit gegeben werden, Farbe zu bekennen.

Wilow's Nachfolger.

Unter den vielen Kandidaten auf die Nachfolge Wilow's scheint Herr v. Bethmann-Hollweg die meisten Aussichten zu haben. Das scheint aber der „Germania“ durchaus nicht zu passen. Das literale Organ schreibt:

Die Nachricht, daß Bethmann-Hollweg dem Kaiser vom Fürsten Wilow selbst vorgeschlagen worden sei, hat viel für sich. Nichtsdestoweniger halten wir es nicht für wahrscheinlich, daß Bethmann-Hollweg den Kanzlerposten übernehmen würde. Ganz abgesehen davon, daß er vom Fürsten Wilow in der Wokara dazu andersehen war, als sein Werkzeug die Wokapolitik zu fördern und auf Preußen zu übertragen, ist es in parlamentarischen Kreisen ein offenes Geheimnis, daß er auch nach dem Fall des Wokas und trotz des Abganges des Fürsten Wilow ein innerer Gegner der neuen Mehrheit ist. Er muß die Verständigung mit der neuen Mehrheit mitmachen, weil es die Verbindeten Regierung so wollen, aber seinem eigenen Herzensdrang entspricht das nicht. Ein solcher Mann kann gar nicht den Wunsch haben, Reichskanzler zu werden, weil er als solcher stets in Widerspruch mit seiner politischen Ueberzeugung handeln müßte.

Herr v. Bethmann-Hollweg wird also den Konservativen als Feind des Schnapsblocks demüthigt. Diese aber erblicken offenbar in der Einmischung des Zentrumsblattes ein höchst unliebsames Konkurrenzmandat. Sehr unmissig antwortet die „Kreuz-Ztg.“:

So vorsichtig diese Worte auch abgemessen sind, so geben sie doch deutlich zu erkennen, daß die „Germania“ einen Partei-mann als Kanzler wünscht, der dem konservativ-liberalen Wokas feindlich gegenüber gestanden hat. Ausgeschlossen wäre also ein konservativer oder liberaler Kanzler, und da ein sozialdemokratischer Kanzler unmöglich ist, bliebe nur die Wahl unter Zentrumsmitgliedern oder Wokas. Die Zentrumspresse läßt gut, solche anmahenden Wokas zu vermeiden. Der neue Kanzler wird nach der bisherigen Entwicklung der Dinge

wieder auf eine Postill mit wech selnden Reichstagsmehrheiten angewiesen sein, wie einst Bismarck.

Aber es ist auch recht wenig angebracht, auf die Entschlüssen des Kaisers einwirken zu wollen. Der Kaiser wählt den Mann seines Vertrauens, nicht den Kandidaten einer Partei oder einer Parteigruppe. Dabei wird das Reich auch zweifellos am besten fahren.

Das heißt, die „Kreuz-Ztg.“ verlangt einen Kanzler, der nicht wie Wilow „liberal“ regiert, aber ebensovornig eine „Rechtsregierung“ des Zentrums duldet, sich aber völlig der Diktatur der Zentler unterwirft. Das Spiel mit den beiden Majoritäten, das die Konservativen im alten Wokas so geschickt gegen die Liberalen angewandt haben, denen sie stets mit dem Zentrum graulich machten, soll jetzt aufs neue gegen das Zentrum probiert werden. Fragt sich bloß, ob dieses auch so dumm und gefällig sein wird, wie es die Liberalen waren.

Nach ungefallen.

Nun sind selbst die Bündler umgefallen. Noch bis in die letzten Tage erklärte die „Deutsche Tageszeitung“ es für unerträglich, daß die Regierung die feierliche Zusage, die Zuckersteuer von 14 auf 10 M. herabzusetzen, nicht einhalten sollte. Nachdem aber das famose Kompromiß der Mehrheitsparteien mit der Regierung diesen Vertrauensbruch nun einmal mit sich bringt, kann die „Deutsche Tageszeitung“ plötzlich auch anders. Sie spricht sich gegen alle Absichten aus, einzelne Steuer-gesetze in der dritten Lesung zu verbessern, und meint:

„Wir können vor solchen Abänderungsbestrebungen nur dringend warnen. Auch wir hätten verschiedene und wohl-begründete Wünsche in dieser Beziehung. Wir stellen sie aber zurück, weil ihre Geltendmachung sofort Gegen-aktionen auslösen und die so mühsam erungene Einigung wieder in Frage stellen würde.“

Nachdem die Großgrundbesitzer die Steuerfreiheit ihres Erbes und die Liebesgabe von 50 Millionen Mark eingekauft haben, verzichten sie großmütig auf die Ermäßigung der Zuckersteuer. Das Konsumenteninteresse hat sie ja nie gekümmert.

Nur eine Resolution.

Wie uns eine Privatdepesche aus Hamburg meldet, fand dort heute nachmittag eine große Versammlung des Hansabundes statt. Die von circa 5000 Personen besucht war und in der Dr. Hedscher und Professor Semler referierten. Ein Appell der Versammlung an die Regierung verlangt, nicht Anträge zu Gesetzen werden zu lassen, durch welche Handel, Gewerbe und Industrie aufs schwerste geschädigt werden. Eine Resolution verlangt eine Beratung des Reichstages bis zum Herbst, da ohne Erbschaftsteuer die Finanzreform nicht annehmbar sei.

Die Resolution kann nur Heiterkeit erwecken. Was eine Vertagung nützen soll, ist nicht einzusehen. Die Hamburger Schatz-macher wollen aber von einer Auflösung aus Furcht vor der Sozialdemokratie nichts wissen. Auch diese hätte nur durch einen wirklichen Kampf im Parlament, nötigenfalls durch Obstruktion erzwingen werden können. Davon wollen aber die braven Liberalen und die neuen Hanseaten nichts wissen. Dann aber sollten sie die Welt mit ihren Resolutionen in Ruhe lassen.

Sparsystem in der Postverwaltung.

In der Postverwaltung will man jetzt mit aller Gewalt Ersparnisse machen. So hat man die letzte Vesteilung fort-fallen lassen, aber keineswegs um den Beamten den Dienst zu erleichtern, sondern um an Beamten zu sparen. So ist, wie uns aus Berliner Beamtenkreisen mitgeteilt wird, in Berlin verfügt worden, daß die Verkehrsämter innerhalb acht Tagen der Oberpostdirektion berichten sollen, wieviel Unterbeamte infolge des Ausfalles der letzten Vesteilung dem Betriebe entzogen werden könnten. Es soll also je nach der Größe der Verkehrsämter an Unterbeamten gespart werden! Da dadurch den verbleibenden Beamten eine größere Arbeitslast aufgebürdet wird, kann von einer Erleichterung des Dienstes gar keine Rede sein!

Ueber „liberalen Bauernfang“

entrüstet sich heftig die „Deutsche Tageszeitung“ in einem Artikel über den Grafener Bauerntag. Der neue Bauernbund sei nicht als eine Filiale des Hansabundes. Voller Arglist hätten die Nationalliberalen die Gelegenheit benutzt, die Fällung der un-zufriedenen Ansiedler an sich zu reißen. Die Ansiedler seien zwar über die agrarische Forderung, die Reichstatter im Ansiedlungsgebiete zu vernehmen, und über die vermeintliche Bevormundung durch den Großgrundbesitz erbittert gewesen, allein sie hätten den geplanten Ansiedlerbund doch nur als lokale und provinzielle Organisation betrachtet, nicht als eine Gegenorganisation gegen den Bund der Landwirte. Erst die Nationalliberalen hätten diese Gegenorganisation betrieben, sie hätten massenhafte Geldmittel angewendet, um eine starke Ver-schlingung der Grafener Tagung zu erreichen. Trotzdem seien nicht mehr als höchstens 2000 Mann auf die Weine gebracht worden.

Das Verteilorgan entrüstet sich weiter darüber, daß seinem Vertreter Dr. Wötlicher, der zugleich Vertreter des Bundes der Landwirte gewesen sei, in der Debatte nicht das Wort erteilt worden sei, obwohl man doch sonst Redner zum Wort habe kommen lassen, die weder Bauern noch Ansiedler waren. Einen „graubartigen Ansiedler“, der sich des Bundes der Landwirte energisch angenommen, habe man niedergeschrien. Bezeichnend sei aber, daß dieser Redner laute Zustimmung gefunden habe. Alles in allem: große Vorbeeren hätten die nationalliberalen Drahtzieher in Grafen nicht gerntet.

Wenn das Agrarierorgan die neue Gründung wirklich so leicht nähme, wie es glauben machen möchte, würde es daran nicht so viel Druckerchwärze und Leidenschaft verschwenden.

Wilow an den neuen Bauernbund.

Wilow's Antwort auf ein Guldigungstelegramm des neuen Bauernbundes lautet:

Für Ihre telegraphische Begrüßung besten Dank. Die Stärkung des Vertrauens in der Ostmark und der Schuß der deutschen Landwirtschaft sind Lebensbedürfnisse unseres Volkes. Daran wird weder eine neue Gruppierung der Parteien noch ein Personenwechsel in der Regierung etwas ändern können.

Wilow hat seine Antwort sehr vorsichtig abgefaßt, um nicht bei seinen Freunden, den Agrariern, noch in letzter Stunde Anstoß zu erregen.

Eine Lektion für die Hamburger Reaktionäre.

Am Mittwoch erlebte das Hamburgische Parlament, die Bürgerschaft, eine Obstruktion der Sozialdemokraten, eine wirkungsvolle, erfolgreiche Demonstration der sozialdemokratischen Fraktion gegen die von den Reaktionären der Handelsrepublik beliebte Art, sozialdemokratische Anträge und Beschwerden kurzerhand abzuwürgen.

Belannt hat die Bürgerschaft in erster Lesung ein-
stimmig den Staatsvertrag mit Preußen über
einen Gebietsaustausch, den sogenannten Röhlsbrand-
vertrag, angenommen. Die Verfassung fordert bei solchen
Vorlagen eine zweite Abstimmung nach drei Wochen, und
war ist jedesmal die Anwesenheit von 120 Mit-
gliedern erforderlich. Diese Verfassungsbestimmung benutzten
die Sozialdemokraten, um dem Wahlrechtsraubblock einen Denk-
zettel zu verlesen. Als eine sozialdemokratische Inter-
pellation über das Verhalten der Baudeputa-
tion zur Aussperrung im Baugewerbe be-
sprochen werden sollte (ein Versuch, die Besprechung über-
haupt zu verhindern, war an den vereinigten Liberalen und
einigen Mitgliedern der Linken gescheitert), erfolgte, nachdem
man den Interpellanten Pajlow, den Unternehmer
Zumert und den Sozialdemokraten Köpke gehört hatte,
der obdiente Schlußantrag Sanders und Genossen. Er
wurde angenommen trotz einer von der Tribüne herab ge-
gebenen Erklärung unseres Genossen Stolten, daß die
sozialdemokratische Partei den Saal verlassen und die
Bürgerschaft beschlußunfähig machen werde. Sofort ver-
ließen die Sozialdemokraten ihre Plätze und
trotz allen Zählens konnte die verfassungsmäßig notwendige
Zahl nicht herangezogen werden. Das Telephonieren an
fehlende Mitglieder nützte auch nichts und die Herren sahen
nun, was sie erreicht hatten. Was blieb ihnen übrig, als
sich aufs Bitten zu legen! Und sie taten! Zufrieden mit
der Wirkung des Denktzettels verzichteten die Sozialdemokraten
jetzt auf weitere Obstruktion und so kam der Staatsvertrag
zur Erledigung. Die Herren Reaktionen in Hamburg werden
sich merken müssen, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht
mit sich spielen läßt.

Er wird nicht mehr bewacht.

Oberstaatsanwalt Breuß hat die polizeiliche Über-
wachung des Fürsten Eulenburg aufgehoben. Die Posten
sind am Mittwoch eingezogen worden, da ihre Unzweckmäßigkeit sich
herausgestellt hat, nachdem der Liebenberger den Beamten in seinem
Schlosse kein Quartier geben wollte.

Oesterreich.

Die ungarische Regierungskrise verschleppt.

Aus Wien wird uns vom 7. Juli geschrieben:
Der König wird mich wiedersehen. . . So trübselig dürfte Herr
Westerle, als er am 22. Juni in die Hofburg kam, um die Ent-
lassung aus dem Amte der am 20. April demissionierten Re-
gierung aufs dringendste zu begehren, und den Befehl erhielt,
der König werde ihm seine Entscheidung in den nächsten Tagen
übermitteln, wohl nicht geredet haben. Aber der König hat ihn
rascher wiedergesehen, als Herr Westerle in seinen kühnsten
Träumen gedacht haben mochte. Denn in ihrer Ratlosigkeit hat
die Krone nunmehr keinen anderen Ausweg gesehen, als die Krise,
die bereits zweieinhalb Monate währt, nun auf den Herbst zu ver-
schleppen. Das Ministerium Westerle, das sich durch seine Demission
als unfähig erklärt hatte, die Regierung fortzuführen, und das
nicht einmal bereit war, die Geschäfte provisorisch zu behalten,
wird nun als neue Regierung eingesetzt, die bis September im
Amte bleiben und mit der vollen parlamentarischen Verantwortung
ausgestattet werden wird. Im September wird es dann seine
Demission wiederholen und bis dahin wird die Tätigkeit des
Reichstages stillstehen. Die Krise ist also wirklich nur auf-
geschoben worden, und im Herbst wird die Krone vor der un-
denklichen Situation noch einmal stehen. Aber die Krone ver-
liert hier nur, indem sie glaubt, Zeit zu gewinnen.

Dieser Ausgang ist nämlich ein vollständiger Beweis dafür, daß
die Krone in der durch ihre Schuld geschaffenen Situation nicht
mehr ein noch aus weiß. Durch ihr dreijähriges Tolerieren der
Wahlreform, das in der Billigung des Andrássy'schen Schand-
entwurfes seinen Gipfelpunkt fand, hat sie dazu geschaffen, daß
die Koalitionsherren, die einmal sehr klein waren, und durch die
Wahlreform noch mehr an die Wand gedrückt worden wären,
wieder sehr üppig geworden sind, und sich der Krone gegenüber als
die Bewahrer und Mehrer des nationalen Gutes aufspielen
können. Indem die Krone an der Verschleppung der Wahlreform
mitschuldig geworden ist und in dieser Hauptsache des ungarischen
Lebens jeden Ernst und alle Zuverlässigkeit vermissen ließ, hat
sie sich um die Erfolge gebracht, die ihr die kraftvolle Aktion
Fejervarys und Károlyi's verschafft hatte, und ist heute gegen-
über den magyarischen Chauvinisten wieder nur die schwarzgelbe
Hofburg, die die Entfaltung der ungarischen Staatlichkeit hemmt
und ihren Ausbau hindert. Nur deshalb haben die Drohungen
der Krone, die mit der Vertreibung des Herrn v. Lufkes aus-
gesprochen werden sollten und die Warnung sein wollten, die
Krone könnte auch ein Ministerium gegen das Parlament er-
nennen, nicht versangen. Man weiß in Budapest nur allzu gut,
daß die Politik des Bauderns und Schwankens, der Halbheit und
Zurücksamkeit in der Hofburg so sehrhaft ist, daß „Gewaltstreiche“
von Wien aus nicht mehr befürchtet werden müssen. Die Position
der Krone muß aber auch immer schlechter werden. Denn auf
der einen Seite werden sich die Forderungen der Unabhängigkeits-
partei, nach einem „reinen“ Ministerium ihrer Farbe und nach
der selbständigen Bank immer mehr vertiefen, so daß die Partei,
die die Mehrheit im Hause besitzt, auf sie gar nicht mehr wird
verzichten können; auf der anderen Seite wird aber die Krone
im Herbst, wo die Delegationen lagen sollen, noch schwerer un-
nachgiebig bleiben können. Denn im Herbst wird endlich über
das glückliche Annegationsabenteuer Rechnung gelegt werden müssen
und gedenkt der Militarismus mit den neuen Ansprüchen hervor-
zutreten, die er zur Verteidigung der imperialistischen Stellung
als notwendig erklärt. Dann wird aber die Krone, der heute der
Appell an Volk noch freistand, in der Zwidmühle stehen, aus der
es kein Entkommen geben wird. Und daß die Wahlreform, die
echte des allgemeinen und gleichen Rechts, dabei das erste Opfer
sein wird, das die Krone der habgierigen Koalitionsmehrheit hin-
wirft, ist nach dem Wesen der ungarischen Koalition und der von
Zapfereit weit entfernten Haltung der Hofburg leider ganz
wahrscheinlich.

Frankreich.

Für das Wahlrecht.

Paris, 8. Juli. Der seit einigen Tagen hier tagende Kongreß
der Sozialdemokraten hat einstimmig einen Antrag angenommen,
worin die ungeschmälerte Ausübung des Wahlrechts von 1884
gefordert und jede Einschränkung desselben zurückgewiesen
wird. Weiter wurde beschlossen, daß die allgemeine Vereinfachung der
Post- und Telegraphenangelegenheiten sich in politischer Hinsicht völlig
neutral zu halten, aber nichtbestoweniger bei den nächsten Wahlen
die Kandidaten zu bekämpfen habe, die die Rechte und Interessen
der Postbeamten nicht anerkannten.

Belgien.

Die Militärreform.

Brüssel, 7. Juli. In der heutigen Fraktions Sitzung der
Rechten von Kammer und Senat gab Ministerpräsident Schollaert

bekannt, die Militärreform der Regierung bestimme sich auf
der Grundlage, daß ein Soldat pro Familie aus-
gehoben, die Ziehung durch das Los beseitigt,
das Ersatzmännersystem aber aufrechterhalten
werde. Der Gesetzentwurf geht der Kammer unverzüglich zu.

Italien.

Eine Niederlage der Regierung.

Rom, 8. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der
heutigen Beratung der Subventionen für die Handelsmarine stellte
die vereinigte Opposition einen Vertrauensantrag. Da
Stolitti fürchten mußte, in der Minorität zu bleiben, forderte
er nicht nur selbst den Ausschuss der Diskussion, sondern stellte für
den Vertrauensantrag auch noch die Vertrauensfrage. Da nun
sowohl Opposition als Ministerielle für die Beratung stimmten,
wurde der Antrag mit 428 Stimmen angenommen. Dagegen
stimmte niemand. In Wirklichkeit bedeutet die Abstimmung eine
Niederlage der Regierung. Der formelle Sieg kann die
Situation nur retten, wenn die Regierung demnächst ein wirkliches
Vertrauensvotum erhält. Jedenfalls hat die Stellung des
Kabinetts eine schwere Erschütterung erfahren, und der Ausbruch
einer Ministerkrise ist wahrscheinlich.

Colajanni widerruft.

Rom, 8. Juli. In der Deputiertenkammer forderte
heute der Präsident den Abgeordneten Colajanni auf, über die
gestern von ihm gebrachten Worte eine Erklärung abzugeben.
Colajanni sprach hierauf sein Bedauern über den gesungenen
Zwischenfall aus und erklärte, seine Worte hätten sich auf poli-
tische, nicht aber auf moralische Verantwortlichkeiten bezogen.
Der Zwischenfall war damit erledigt.

England.

Die Lords und der Etat.

London, 6. Juli. (Fig. Ver.) Die Frage, ob die Lords
den Etat annehmen oder verwerfen werden sowie ob ihre
Kompetenz so weit reicht, den Etat zu verwerfen, wird gegen-
wärtig lebhaft diskutiert. Die „Times“ von gestern enthalten
darüber eine sehr lange Abhandlung sowie einen Leitartikel.
Die „Times“ kommen zum Schluß, daß die Lords wohl das
Recht haben, den Etat zu verwerfen, aber in der Praxis
keinen Gebrauch von diesem Rechte machen können. Die kon-
stitutionellen Schwierigkeiten, die sich aus einer Verwerfung
des Etats durch die Lords ergeben würden, seien zu erheblich,
um einen derartigen Schritt ohne die äußerste Notwendigkeit
zu unternehmen. Sie zitieren folgenden Ausspruch des ver-
storbenen Lords Salisbury: „Die Lords können den Etat
nicht verwerfen, da sie nicht die Macht haben, eine Abänderung
der Regierung herbeizuführen; eine Verwerfung der
Finanzvorlage und die Befassung der Regierung auf ihrem
Platz würden zu einer heillosen Verwirrung führen.“

Die Bildung und die Entlassung der Regierung hängen
von der Mehrheit des Unterhauses ab. Das Unterhaus ist
deshalb in Finanzsachen souverän, außer wenn die ganze
Nation sich entschließt, die Rechtslage des Unterhauses zu
ändern.

Es ist also im letzten Grunde die britische Nation, die
über alles entscheidet.

In Deutschland aber können die Mehrheitsparteien
wesentliche Steuerentwürfe verwerfen, ohne die Stellung der
Regierung zu berühren und ohne die Möglichkeit oder die
Notwendigkeit, eine eigene Regierung zu bilden und die Verant-
wortlichkeit zu übernehmen.

Die Demonstration gegen den Zarenbesuch.

London, 6. Juli. (Fig. Ver.) Bei der Demonstration,
die am 25. d. M. auf dem Trafalgar Square gegen den
Zarenbesuch stattfand, werden sprechen: Keir Hardie, Hynd-
man, Lansbury, MacDonald, Bernhard Shaw, O'Grady,
Quelch, Fräulein Mac Arthur und der frühere russische Ab-
geordnete (der ersten Duma) Aladin.

Finnland.

Alkoholverbot.

Aus Helsingfors wird uns geschrieben:
Am 1. Juli forderten die Abstimmungsvereine und Freunde des
Alkoholverbotes die Bevölkerung auf, den Alkohol zu
boykottieren. Demonstrationen und Versammlungen fanden im ganzen
Land statt. — Die Boykottbewegung ist als Protest gegen die
Landesregierung aufzufassen, weil sie gegen das Alkoholverbotsgesetz,
welches von der Volksvertretung bereits im Oktober 1907 an-
genommen und jetzt teilweise in Kraft treten sollte, derart Stellung
genommen hat, daß das Gesetz bis jetzt dem Zaren noch gar nicht
vorgelegt worden ist. Die bürgerliche Regierung hat dadurch auch
in bürgerlichen Kreisen an Anhängern verloren.

Perfien.

Neue Vermittlungsversuche.

Teheran, 8. Juli. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Teheran
vom 8. d. M. gemeldet: Die nationalitätlichen Endschümen Teherans
erfühen die nach der Vereinigung mit ihren Gesinnungsgenossen
herankommenden Sachliaren, nicht in die Stadt einzudringen.
Der britische Gesandte schlägt vor, die Wahlen in zehn
Tagen beginnen zu lassen und dann gleich das Parlament
zusammen zu rufen, vor das dann ein nationalitätliches
Kabinett treten würde. Ein friedlicher Ausgang scheint
nicht ausgeschlossen, da Sipahdar, der Führer der
Nationalisten, Verhandlungen aufgenommen hat. Oberst Dschow
bildet aus ziemlich zweideutigen Elementen, die er uniformiert und
bewaffnet, eine Freiwilligentruppe zum Schutze der Stadt.

Der Vormarsch der Russen.

Teheran, 8. Juli. Das russische Rabiniski-Lo-
sakenregiment ist gestern in Enseli angelangt und
wird nach Kaswin weitermarschieren.

Marokko.

Bez umzingelt.

Tanger, 8. Juli. Nach Meldung von Eingeborenen sind die
zum Schutze von Fez zusammengezogenen Mahallas zerstreut
worden. Der Koghi soll unter den Mauern der Stadt
stehen. Mulay Abdur ist im Begriff, in Melines einzumar-
schieren.

Aus der Partei.

Das Leben eines Revolutionärs.

In Abbazia starb noch schwerem Leiden Stanislaus
Jendrzewski, einer der Führer der revolutionären Fraktion
der P. P. S. Der Verstorbene war als Mensch eine der sym-
pathischsten Gestalten in der polnischen revolutionären Bewegung.
Von Kindheit an in patriotischen Gefühlen aufgewachsen, wurde
er durch den gänzlichen Bankrott des bürgerlichen Patriotismus
in die Reihen derer hineingedrängt, die mit allen Fibern ihrer
Seele an dem Ideal der Unabhängigkeit Polens hängen, die
Arbeiterklasse für dieses Ideal zu gewinnen versuchten. Während
die patriotische Intelligenz in ihrer ungeheuren Mehrheit ihrem

Ideal nur Worte obfert, heute der Verstorbenen keine Arbeit, keine
Opfer; er opferte ihm sein junges Leben. Nachdem er seine
Studien auf der Freiburger Universität beendet hatte, arbeitete
er in Rußisch-Polen als Leiter der illegalen Organisation der
P. P. S. in Radom. Von seinem Leben bei dieser Arbeit erzählte
er mir in seiner schlichten Weise, als wir uns vor einigen Jahren
im Warschauer Pawlowskij-Garten trafen und einander näherkamen.
Nach dem täglichen gefahrenen Werk verbrachte er manchmal die
Nacht in kleinen, lustigen Arbeiterwohnungen, in den Kleibern
zwischen zwei Betten lauernd. Meist aber war ihm auch diese
„Ergolung“ nicht gegönnt. Im nicht die Aufmerksamkeit der
Polizei zu wecken — in ein Hotel konnte er sich in dem kleinen
Städtchen überhaupt nicht hineinwagen — fuhr er nachts einige
Stunden mit der Bahn, um mit dem nächsten Zuge zurückzukehren
und bei grauem Morgen in der eben geöffneten Kirche Zuhörer
zu suchen. Die kalten Steinbänke der Kirche waren das Aisfen,
auf dem der todtübende Revolutionär endlich ausruhen konnte. . .
Als Organisator der Antimobilisationsdemonstrationen in Lodz
und Gienstochau im Jahre 1904, bei welchen es zu Zusammenstößen
mit dem Militär kam, schaute er ruhig in die Wundungen der
Gewehre; nur durch einen Zufall kam er damals mit dem Leben
dabon.

Nach der Spaltung der P. P. S. stand er als Mitglied des
Zentralkomitees der revolutionären Fraktion inmitten der Arbeit
dieser Partei in Rußisch-Polen. Von der Polizei geht, mich er
nicht vom Platz, bis er ihr in Gienstochau in die Hände fiel. Nach
einjähriger Einlieferung im X. Pavillon der Warschauer Zitadelle
kam er im März dieses Jahres mit ruinierter Gesundheit aus
dem Gefängnis. Jetzt hat er die ewige, ungestörte Ruhe nach
seinem arbeitsreichen Leben gefunden.

Jendrzewski bekannte sich zum Sozialismus, aber er hatte
für die moderne Arbeiterbewegung kein Verständnis. Selbst die
Begründung des Programms der Unabhängigkeit Polens, wie sie
der schon auch verstorbene Theoretiker Kraus seiner Partei gab,
war ihm zuwider: ihm genügte die Sehnsucht nach der Unab-
hängigkeit seines Landes, die Liebe zu ihm, die in seiner Brust
lebte, er brauchte für sein Ideal keine anderen Begründungen.
Sein Bekenntnis zum Sozialismus war nur ein Ausfluß der Tat-
sache, daß im polnischen Bürgertum alle Freiheitsideale erloschen
waren, nicht das Verständnis für die Eigenart der Arbeiter-
bewegung. Obwohl also die Ideale des Verstorbenen nicht die
Ideale der polnischen Arbeiterklasse waren, so wird sie ihm doch
ein ehrendes Andenken bewahren, weil er ein ehlicher Kämpfer
der Idee war, die er für heilig hielt, weil er für sie gelitten
und gedurft hat.

Es sei mir erlaubt, diesen Worten des Andenkens
an den Verstorbenen eine persönliche Erinnerung beizu-
fügen. Ich sah ihn zum letzten Male im Februar des Jahres 1907.
Es war während der großen Lodger Aussperrung. In einem War-
schauer Stadigarten, im Schnee wadend, irrte ich mit einem Ge-
nossen herum, um in Ruhe einige Parteianglegenheiten zu be-
sprechen. Auf einer kleinen Bank saß ein elegant gekleideter Mann.
Im Vorübergehen warf ich einen neugierigen Blick auf ihn, denn
mit der gedehnten Kleidung wollte das ernste Gesicht nicht har-
monieren. Da empfing ich den Gruß der tiefen, traurigen und
treuen Augen. Obwohl ihn keine Kleidung stark veränderte, er-
kannte ich ihn an diesem Blick sofort. Es war Jendrzewski. Als
Milegaler, in sehr verantwortlicher Position, konnte er sich
nicht erlauben, mit dem guten Kameraden, mit dem er im Ge-
fängnis ganze Nächte im intimen Gespräch verbracht hatte, auch
nur einige Worte zu wechseln. Zwei einander feindlichen Organi-
sationen angehörend, trafen wir uns bei der Arbeit fast gar nicht.
Nur im Gefängnis konnten wir uns näher kennen lernen, und
dort, in der einzigen freien Stätte Rußlands, offenbarte sich mir
diese tiefe Seele voller Liebe, die Seele eines Menschen, der, ob-
wohl ein stiller Träumer, der Tat sein Leben geopfert hat, die
Seele eines treuen und tapferen Menschen, an dessen Andenken
der Streiter sich erheben kann. R. H.

Organisationsstatut

nahm am Dienstag eine Versammlung des Wandabeder
Parteivereins Stellung. Es wurden folgende Abänderungs-
anträge angenommen: Im § 4 soll es an Stelle, daß die
Organisationen den weiblichen Mitgliedern eine
Vertretung im Vorstand gewähren müssen, „können“
heißt. — § 5: Der Monatsbeitrag für weibliche Mitglieder be-
trägt 10 Pf. Der Satz von der Gratulierung der „Gleichheit“
fällt fort. — Im § 7, der die zur Teilnahme am
Parteitag Berechtigten aufzählt, soll Biffer 4, die im Entwurf
lautet: „Die vom Parteivorstand berufenen Referenten“ die
Fassung erhalten: „Die vom Parteivorstand oder Par-
teitag hinzugezogenen Vertreter und Re-
ferenten.“ — Dem § 12, der die zur Einberufung eines
außerordentlichen Parteitages Berechtigten aufzählt,
soll hinzugefügt werden: Auf Antrag der Mehrheit der
Reichstagsfraktion. — Statt 15 sollen 10 Bezirks-
vorstände das Recht zur Einberufung eines
außerordentlichen Parteitages haben. — Im § 13
soll die Frist, die zwischen der Veröffentlichung der An-
träge zum außerordentlichen Parteitag und der
Tagung liegen muß, statt auf 15 auf acht Tage festgesetzt
werden. — Im § 14 (Mitglieder des Parteivor-
standes) soll es heißen, daß einer davon eine Genossin
sein kann, anstatt muß, wie der Entwurf vorschlägt. — Im
§ 23 (Ausschluß) soll der Satz: „Auch kann der Ausschluß
eines Mitgliedes erfolgen, wenn es wiederholt in bewusster Weise
die Parteinteressen schädigt“, gestrichen werden. Der Absatz 2
des § 20 „Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden
Ausschluß aus der Partei beschließen, auf Suspendierung von
Mitgliedsrechten zu erkennen und Wägen zu erteilen“, soll ge-
strichen werden. In den Anfangssatz des § 28 „Der Antrag
auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Aus-
geschlossenen, ist an den Vorstand der Bezirks- bzw. Landes-
organisation zu richten.“ soll das Wort „jederzeit“ ein-
geschoben werden.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den
Wahlkreis Lübeck hielt am Montag seine Generalversamm-
lung ab, in welcher der Jahresbericht erstattet wurde. Aus dem-
selben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl Ende Juni
1907 betrug, darunter 285 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen
betrafen sich inklusive eines am 1. Juli 1906 vorhandenen Kassen-
bestandes von 4123,43 Mk. auf insgesamt 11704,20 Mk., denen an
Ausgaben 13715,66 Mk. gegenüberstanden, so daß am 1. Juli d. J. d.
ein Kassenbestand von 5088,60 Mk. vorhanden war. Die Agitation,
welche im Laufe des Berichtsjahres in der Stadt und auf dem Lande
entfaltete wurde, war sehr rego. Trotz der auch in Lübeck sehr
stark fühlbaren Krise hielt sich der Mitgliederstand der Partei-
organisation auf der Höhe des Vorjahres.

Der Jahresbericht des Bremer Parteisek-
retariats für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 ist
erschienen und enthält auf 46 Seiten eine umfassende Darstellung
von der Tätigkeit der bremsischen Genossen während der Berichtsjah-
zeit. Durch 14 Volksversammlungen und drei Flugblätter sowie
durch die allmonatliche Verbreitung eines Agitationsblattes „Der
Sozialdemokrat“ wurde auf die Bevölkerung einzuwirken versucht.
In zehn allgemeinen und 210 Bezirksversammlungen, durch 154
Vorträge, ferner durch die Verteilung von Broschüren an die
Mitglieder und der „Neuen Zeit“ an die Funktionäre wurde zur
Schulung und theoretischen Auffklärung der Mitglieder beigetragen.
Außerdem wurden fünf Gemeindevorsteherkonferenzen abgehalten.
Die Organisation hat 8396 männliche und 680 weibliche Mit-
glieder. Trotzdem durch eifrige Agitation der Gemeindevorsteher
von Genossen 2222 Mitglieder und 669 Abonnenten der „Bremer
Bürgerzeitung“ gewonnen wurden, vermehrte sich die Mitglieder-
zahl nicht, die Zahl der Abonnenten ging sogar um 342 zurück.
— Angefügt sind die Berichte der Bibliothekare, der Jugend-
kommission und der Zeitungskommission.

Gewerkschaftliches.

Von Unterschlagungen in den freien Gewerkschaften

Und von ungetreuen Kassierern weiß nicht bloß die Reichsverbandspresse immer wieder mit schmatzendem Behagen zu berichten, sondern auch in der ganzen übrigen arbeiterfeindlichen Presse wird möglichst jeder Hilfskassierer der Gewerkschaften an den Bräutigam gestellt, der ein paar Mark Verbandsgebelde nicht abgeliefert. In letzter Zeit hat nun die Meldung, daß der Metallarbeiterverband gedruckte Schuldscheine habe, vermittelst derer sich die Schuldner zur ratenweisen Abzahlung der von ihnen nicht abgelieferten Gelder verpflichten, die Kunde durch die Presse gemacht. Dabei wurde dann manche fittliche Entrüstung auch in jenen Kreisen ausgelöst, die über solche Dinge sich lieber ausschweigen sollten. Nicht nur die Reichsverbandspresse, sondern auch die gegnerischen Gewerkschaften machten die höhnische Bemerkung, daß das Vorhandensein gedruckter Scheine darauf schließen ließe, daß solche Sachen beim Metallarbeiterverband häufig vorkämen. So auch der Hirsch-Dunderkeim „Regulator“. Festgestellt ist nun worden, daß im Jahre 1907 im Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter von den Geldern der Hauptkasse 1224,99 M., von denen der Lokalkassen 1345,61 M., von der Krankenkasse 429,21 M. und von der Begräbniskasse 50,89 M. veruntreut wurden, also in einer Organisation, die damals rund 40 000 Mitglieder zählte, rund 3050,70 M. In dem ungefähr neunmal größeren Metallarbeiterverband sind dagegen im Jahre 1908 laut Abrechnung 8907,83 M. als veruntreut aufgeführt, also noch nicht dreimal soviel. Im Gewerkschaftsverein wird zudem kein Aufhebens von solchen Unterschlagungen gemacht. So pumpt er bei seinen Arbeitgebern an, um das Risiko zu decken, und blieb bei den Hirschen noch längere Zeit in Amt und Würden.

Die Einführung der gedruckten Schuldscheine im Metallarbeiterverband erklärt sich damit, daß der Vorstand darauf abzielt, den der Organisation zugefügten Schaden möglichst wieder zu ersetzen. Da die Schuldner selten in der Lage sind, den ganzen Betrag auf einmal zu ersetzen, so werden sie zur ratenweisen Abzahlung verpflichtet. Der Verband kommt so zu feinem Gelde, während der Gewerkschaftsverein von den über 3000 unterschlagenen Mark nur 19,89 M. als zurückgezahlt buchen konnte.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, gehört das Vorhandensein von gedruckten Schuldscheinen nicht zu den Ungeheuerlichkeiten, zumal sich der Verband mit seinen zwei eigenen Druckereien die Bequemlichkeit des Druckens schon leisten kann. Diese Tatsache an sich läßt aber den Schluß von besonders starker Untreue der Kassierer in den freien Gewerkschaften nicht zu. Es ist übrigens falsch, in allen diesen Fällen rundweg von „Unterschlagungen“ zu reden. Vielfach haben die in Kassengeschäften völlig ungeübten und unvorgebildeten Arbeiter trotz bester Absicht ein Defizit zu verzeichnen, das ihnen erst von den erfahrenen Kassierern zu ihrem eigenen Erstaunen nachgewiesen wird. Da sie keine Erklärung dafür haben, müssen sie die Differenz unweigerlich aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. In anderen Fällen wird die anvertraute Kasse in der höchsten Not angegriffen. Das soll keine Entschuldigung sein. Man muß aber anerkennen, daß die unterschlagenen Summen im Metallarbeiterverband bei seinen 436 Ortsvereinen und seinem überaus großen Heer von Unterkassierern und Hauskassierern und seinem Viereinhalbmillionen-Etat nicht allzu groß ist, besonders aber in seinem Verhältnis zu den Unterschlagungen im Gewerkschaftsverein steht. Die Herren sind bei ihrer Schmähung also ein Opfer ihrer eigenen kurzen Gedanken geworden.

Der Idealszustand, den gewiß niemand sehnächtiger herbeiwünscht, als die Verbandskassierer, nämlich, daß die Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsorganisation jeden armen Teufel in der Gesinnung moralisch betört festigt, daß er sich nie an fremdem Gut vergeist, wird wohl leider vorläufig auch bei unseren Gewerkschaften sobald nicht eintreten.

Berlin und Umgegend.

Der Kartellvertrag der Arbeiter in den Brauereien.

Die Organisationen, deren Mitglieder in den Brauereien arbeiten, haben bekanntlich einen Kartellvertrag geschlossen, um bei Lohnbewegungen und allen Angelegenheiten, welche die Regelung der Verhältnisse in den Brauereien betreffen, einmütig zusammenarbeiten zu können. Der Brauereiarbeiterverband, die Organisation, welche in den Brauereien in erster Linie in Frage kommt, ist dem Kartell nicht beigetreten. Der Verband glaube auf unbeschränkte Agitationsfreiheit in den Brauereibetrieben nicht verzichten zu können; dies aber wollten die übrigen Verbände nicht zugestehen, und so haben sie sich veranlaßt, ohne die Brauer ihre Vereinbarungen zu treffen. Dem Kartell sind folgende Organisationen angeschlossen: Transportarbeiterverband, Verband der Böttcher, Zentralverband der Maschinisten und Geizer, Metallarbeiterverband, Holzarbeiterverband, Zentralverband der Schmiede, Zentralverband der Kupferschmiede, Verband der Raler und Lädierer, Verband der Sattler, Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein, Verband der Maurer, Verband der Zimmerer.

Kaut getroffener Vereinbarung sollen alle Lohnforderungen und Tarifabschlüsse gemeinsam vorgenommen und, wenn irgend möglich, ein gemeinsamer Tarifvertrag abgeschlossen werden. Ist bei ausbrechenden Differenzen auf dem Wege der Verhandlung nichts zu erreichen, so ist eine Zusammenkunft der in Frage kommenden Verbände durch den Obmann zu veranlassen. In einem Streitfalle arbeiten die Angehörigen der nicht beteiligten Verufe weiter, bis die Organisationsleitung den Streik in einem anderen Verufe für notwendig hält und bei der anderen Organisation einen entsprechenden Antrag gestellt hat. Streikarbeit ist streng zu vermeiden. Sympathiestreiks sind nur nach einer Verständigung der Streikleitung mit den beteiligten Organisationen statthaft. Bei Verstößen sollen durch Kartellbeschlüsse Maßnahmen ergriffen werden von einem Verbände eine Versammlung einberufen, so sind die übrigen Verbände davon zu verständigen, um eventuell Vertreter senden zu können. Allgemeine Versammlungen veranstaltet das Kartell. Die Grenzstreitigkeiten sollen so geregelt werden, daß alle Arbeitnehmer des Jahrespersonals zum Transportarbeiterverband, alle Maschinisten und Geizer, Abschmieder und Kohlenlader zum Verband der Maschinisten und Geizer, alle übrigen Handwerker sowie deren Hilfsarbeiter in die für sie in Frage kommenden Organisationen gehören. Der gegenwärtige Bestzustand der Organisationen wird gewahrt, insbesondere soll kein Arbeitnehmer veranlaßt werden, ganz gleich welche Tätigkeit er in der Brauerei ausübt, in eine andere Organisation überzutreten. Mitglieder einer Organisation, welche in eine andere übertritten wollen, haben sich zuvor bei ihrer bisherigen Organisation abzumelden. Bei allen Wahlen in den Brauereien ist seitens der angeschlossenen Organisationen eine gemeinsame Liste aufzustellen gemäß ihrer Mitgliederzahl in den Brauereien. Insbesondere soll diese Bestimmung Geltung haben für die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen der Betriebe, der Wahlen zur Krankenkasse, Arbeitsnachweis und Einigungsamt.

Das Kartell hatte zum Mittwochabend eine Versammlung nach dem Gewerkschaftshause einberufen, die von August Werner eröffnet wurde, der erklärte, daß die Mitglieder eingeladen wurden, um nochmals Kenntnis von den getroffenen Vereinbarungen zu nehmen und sich dazu zu äußern. Als Referent war Wilhelm Siering bestellt, der einzelne Bestimmungen erläuterte. Siering gab einen ausführlichen Überblick über die Entstehung des Kartellvertrages und legte dar, wie sich scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Brauereiarbeiterverbande und den übrigen in den Brauereien interessierten Verbänden herausbildeten. Die Gründe, welche den Brauereiarbeiterverband zu seiner ablehnenden Haltung bewegen, erkannten die übrigen Verbände nicht als durchschlagend an. Siering

bedauerte, daß es nicht möglich war, alle Organisationen für den Kartellvertrag zu gewinnen. Die beteiligten Verbände seien jedenfalls bestrebt gewesen, hier etwas Gutes und Brauchbares für die Arbeiter zu schaffen, was sich als sehr nützlich erweisen werde. Der Vortrag fand reichem Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Vertreter vom Brauereiarbeiterverband waren anwesend, nahmen aber zu dieser Sache nicht das Wort. Nach kurzen Ansprachen von Werner und Alisch, die zu eifriger Agitation aufforderten, wurde die Versammlung geschlossen.

Achtung, Hilfsarbeiter! Laut Beschluß der öffentlichen Hülfsarbeiter- und Hilfsarbeiterversammlung vom 6. Juli sind alle Mitteilungen und Anfragen betreffs der Stellungnahme gegen die Subunternehmer zu richten an

Hermann Waldheim, Schöneberg, Reiningers Straße 8. Sprechstunde nach 6 Uhr abends Hauptstr. 98 bei Alisch.

Deutsches Reich.

Der Streik der Klempner, Rohrleger, Installateure, Heizungsmonteur, Monteur und deren Helfer in Danzig entzündete sich, daß die Unternehmer jedes Verhandeln über den Abschluß eines neuen Tarifes ablehnten. Begründet haben die Unternehmer ihr Verhalten damit, daß die Arbeiter nicht tariflos seien, daß sie sozulange in Danzig auch noch nicht „reif“ sind für Abschluß von Tarifen. Was es mit dem „Nichtreifehalten“ des Tarifes auf sich hat, sei nachstehend kurz mitgeteilt: Der Tarif war im Juli 1907 abgeschlossen und hatte Gültigkeit bis zum Februar 1909. Im Dezember v. J. aber nutzten die Unternehmer die schlechte Konjunktur nach Kräften aus, d. h. sie reduzierten die Löhne zum Teil bis unter den tarifmäßigen Minimallohn und erließen Arbeits- und Werkstättordnungen, die den Bestimmungen des Tarifes widersprachen. Es fanden eine ganze Reihe Sitzungen der Schlichtungskommission statt, doch die Unternehmer nahmen die Werkstättordnungen so wenig als die Lohnreduzierungen zurück. Der so gebrochene Tarif hatte nun für die Arbeiter absolut keinen Wert mehr, und daher haben sie jedem einzelnen Unternehmer eine Judikatur zugedacht, in der das Ultimatum gestellt wurde: Innehaltung oder Aufhebung des Tarifes. Das erstere geschah auch jetzt noch nicht, und so ist von den Arbeitern der doch nicht mehr in Geltung stehende Tarif für aufgehoben erklärt worden. Und da reden die Unternehmer von „Tarifunterbrechung“ der Arbeiter! — Jetzt, zur Zeit der besseren Konjunktur, ist nun ein neuer Tarif ausgearbeitet und den Unternehmern unterbreitet worden. Nun wollen diese aber gar nicht erst in Verhandlungen eintreten. Demnach ist der Streik vom Unternehmertum frivolo provoziert worden. Der Stand des Kampfes ist ein sehr günstiger zu nennen. Die Arbeitniederlegung ist eine allgemeine. Die erste und größte Firma A. B. Müller hat im Mai sich allerdings schon auf den Kampf eingerichtet, indem sie die Danziger Kollegen massenhaft mahngelste und Berliner einstellte. 11 Mann sind es, darunter einer aus Hamburg und einer aus Frankfurt a. M. Diese 11 Mann aber haben sich solidarisch erklärt, am Montag ebenfalls die Arbeit niedergelegt und sind abgereist! Damit ruht der ganze Kranenbauenaubau. Es ist also die beste Aussicht auf einen Erfolg der Arbeiter vorhanden.

Der Zentralverband der Maschinisten und Geizer hat bei der Lohnbewegung in den Brauereien Heidelbergs einen schönen Erfolg zu verzeichnen, der um so höher anzuschlagen ist, da früher wohl ein Tarif für die Brauereiarbeiter bestand, jedoch die Maschinisten und Geizer in diesem Vertragsverhältnis nicht mit einbezogen waren. Naturgemäß war deshalb früher die Arbeitszeit zum Teil recht lang und unregelmäßig, die Löhne recht niedrig. Die Arbeitszeit für Maschinisten und Geizer beträgt jetzt für die im Schichtwechsel stehenden 12 Stunden mit einer einständigen Mittagspause. In der Woche dürfen nicht mehr als sechs Schichten geleistet werden. Die Wechselschicht darf 18 Stunden nicht überschreiten.

Die Anlangslöhne des Maschinenpersonals betragen jetzt für Maschinisten im ersten Jahre 31,50 M., im zweiten Jahre 32,50 M., im dritten Jahre 33 M. und im vierten Jahre 34 M. inkl. Biergeld 5 Liter pro Tag und der Litar zu 17 Pf. gerechnet. Für Geizer, Handwerker und Maschinenpersonal beträgt der Lohn im ersten Jahre 29,50 M., im zweiten Jahre 30,50 M., im dritten Jahre 31 M. und im vierten Jahre 32 M., ebenfalls inkl. Biergeld. Die Ueberstunden werden mit 60 Pf. bzw. 1 M. pro Stunde vergütet. Urlaub wird je nach der Beschäftigungsdauer bis zu vier Tagen gewährt. Es hat somit eine Verlängerung der Arbeitszeit von sechs Stunden pro Woche mit einer gleichzeitigen Lohnerhöhung von durchschnittlich 7 M. pro Woche stattgefunden.

Der Kampf der Banarbeiter in Saarbrücken ist in ein neues Stadium getreten. Da die Zahl der Streikbrecher sich in den letzten Tagen vermindert hat, da ferner die Zahl der streikenden, an Orte anfassigen Kollegen eine sehr kleine ist, versuchen die Unternehmer es jetzt mit Akkordlohnern. Eine größere Anzahl Unternehmer sind auf der Weise, um solche Akkordmaurer zu suchen. Es sei deshalb insbesondere nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Unternehmer eine Verlängerung der bisherigen Löhne erstreben. Dazu wird sicher kein Arbeiter die Hand bieten, auch nicht, wenn ihm vorläufig ein anscheinend höherer Akkordlohn versprochen wird.

An der Solidarität der Arbeiter müssen die Machtgelüste der Unternehmer zu scheitern werden!

Hustand.

Die Pariser Rennstallbesitzer haben einen Scharfmacherverband zur Wiederherstellung der Stallangelegenheiten gegründet. Immerhin hat die Bewegung derselben die Herren Rennstallbesitzer genötigt, gewisse Forderungen der Stallburgen einer Prüfung zu unterziehen.

Die Sonntagsruhe der französischen Seeleute.

Der Pariserer Streik hat den Seeleuten ein wichtiges Ergebnis gebracht: die Erriingung des wöchentlichen Ruhetages, der ihnen von den Reedern bisher streitig gemacht wurde. Der vom Marineminister zum Schiedsrichter in diesem Konflikt bestellte Pariserer Gerichtspräsident Dittie hat entschieden, daß das Gesetz von 1906, das einen womöglich auf den Sonntag anzusetzenden Ruhetag bestimmt, auch für die Mannschaften an Bord zu gelten hat. Mann wegen höherer Gewalt oder weil eine Verzögerung der Arbeiten dem Schiff oder seiner Ladung Gefahr bringen würde, der Ruhetag nicht gewährt werden, hat ein entsprechender bezahlter Urlaub am Schluß der Fahrt oder in einem Zwischenhafen an seine Stelle zu treten.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenbewegung in Belgien.

Einen interessanten Artikel über die proletarische Frauenbewegung in Belgien veröffentlicht am in der „Gleichheit“. Wir entnehmen der Arbeit folgende Tatsachenangaben: „An der tiefsten industriellen Entwicklung des Landes, die sogar die des Deutschen Reiches übertrifft, hat das weibliche Proletariat einen sehr großen Anteil. Die letzte Berufsstatistik Belgiens (vom 31. Oktober 1896) gibt an, daß insgesamt 270 000 Frauen in Industrie und Gewerbe erwerbstätig sind, nur dreimal weniger als die 685 000 männlichen Arbeiter. Natürlich werden heute, nach 12 Jahren, diese Zahlen beträchtlich gestiegen sein, und es dürfte sich auch das Verhältnis zwischen den Männern- und Frauenarbeit zugunsten der letzteren verschoben haben.“

Von den 225 000 industriell tätigen Proletarierinnen arbeiten 25 000 hauptsächlich im Tagelohn bei Privaten, 7000 helfen ihren als Unternehmerinnen gezählten Müttern oder Schwestern, 76 000 sind Heimarbeiterinnen für Fabriken oder Manufaktur, davon 50 000 in der Spitzen- und Tüllfabrikation, 8000 in verschiedenen Branchen der Bekleidungsindustrie, 8000 in der Textilindustrie, 3500 in der Handschuhmacherei, 2500 in der Strohflechterei, 1500 in

der Schuhmacherei, 3000 in verschiedenen anderen Gewerben. Die übrigen 117 000 Frauen und Mädchen arbeiten in Fabriken und Werkstätten. . . .

Man dürfte kaum zu hoch greifen, wenn man heute die Zahl der in Fabriken und Werkstätten ausbeuteten Arbeiterinnen auf mindestens 140 000 schätzt. Sie sind es, die für die Gewerkschaften zunächst als organisationsfähig in Betracht kommen.

Nach der letzten veröffentlichten Statistik der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei und der freien Gewerkschaften für das Jahr 1906 waren 5460 von ihnen in den sozialdemokratischen, freien Gewerkschaften zusammengeschlossen, außer denen es nur noch einige wenige bedeutende liberale Organisationen gibt. Sie verteilen sich wie folgt: In der Textilindustrie 4976 (neben 9887 Männern), also 13 Proz. der in Fabriken und 5 Proz. der insgesamt als Lohnarbeiterinnen beschäftigten Textilarbeiterinnen; in der Schneiderei 70 (neben 715 Männern), das ist 0,02 Proz. der in Werkstätten und 0,01 Proz. der insgesamt als Lohnarbeiterinnen beschäftigten; im Buchbindergewerbe 200 (neben 867 Männern); in der Lithographie 80 (neben 274 Männern); in der Tabakindustrie 94 (neben 1825 Männer), also 4 Proz. aller in Betracht kommenden Arbeiterinnen; in der Metallindustrie 8 (neben 17 163 Männern); im Schriftbergewerbe 50 (neben 2462 Männern); in den Lederbearbeitungsgewerben 2 (neben 108 Männern). Insgesamt sind also etwas unter 4 Proz. der zum Teil organisationsfähigen und 2 Proz. aller Lohnarbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ist also im Verhältnis zur Zahl der gewerblich tätigen Proletarierinnen überhaupt wie auch im Verhältnis zu jener der organisierten männlichen Arbeiter noch sehr gering.“

Für den minimalen Anteil des weiblichen Proletariats an der Organisation und dem politischen Leben werden unzureichende Agitation, das niedrige Bildungsniveau der Arbeiterinnen und besonders auch die Gleichgültigkeit der Genossen verantwortlich gemacht. Dazu wird insbesondere ausgeführt: „Bedeutende und dauernde Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung in Belgien werden jedoch so lange nicht verwirklicht werden können, bis sich in der Arbeiterpartei selber wichtige materielle und geistige Änderungen vollzogen haben. Zunächst in materieller Beziehung: wenn die Agitationen und Erziehungsarbeit unter den Frauen Früchte tragen soll, so müssen dafür Kräfte erhalten und Mittel aufgewendet werden, wie sie allein die Partei- und die Gewerkschaftsorganisation aufzubringen imstande sind, aber auch sie beide erst dann, wenn sie sich von den noch heute vorherrschenden liberalistischen Anschauungen befreit und zentralistisch organisiert haben werden. Viel wichtiger ist es aber noch, daß der Geist unter den Parteigenossen sich ändert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Innungen und Birrungen wie die der „Stem der braun“ unmöglich gewesen wären, wenn nicht die Mehrheit der Parteigenossen durch ihre Gleichgültigkeit den Vorwurf in der Tat einigermaßen gerechtfertigt hätten, daß die Frauen von den Männern nichts zu erwarten haben“, wie das Blatt immer verkündete. Das gilt besonders für die Frage des Frauenwahlrechts. In Belgien liegen die politischen Verhältnisse infolge einer Menge von Umständen, die zu verwickelt sind, als daß wir hier darauf eingehen können, heute- zutage so, daß die regierende liberale Partei von dem einen Tag zum anderen in die Lage kommen kann, das Frauenwahlrecht abzuschaffen zu müssen, als das einzige Mittel, um ihre erkrankte Herrschaft zu verlängern. Die Liberalen haben das mehrmals im Parlament und in ihrer Presse als eine Drohung ausgesprochen. Als eine Drohung könnte es auch der Liberalismus aufpassen, denn die Frauenstimmen würden auf mehrere Jahre hinaus eine liberale Majorität sichern und damit seine Hoffnungen auf die Regierungsherrschaft zerstören. Eine Drohung kann das aber niemals für die Sozialdemokratie sein, sondern nur die willkommene Botenschaft, daß ihr das Mittel geboten werden soll, um gründlicher und allgemeiner als bisher ihre Forderung zu erfüllen: die Erwerbung des ganzen Proletariats zum Klassenbewußtsein. Es ist aber ein offenkundiges Verbrechen, daß trotz aller einstimmig angenommenen Kongreßbeschlüsse eine große Anzahl unserer Parteigenossen unter dem Einfluß der bürgerlich-demokratischen Gedankenswelt die Einführung des Frauenwahlrechts fürchten. Wenn das nicht wäre, so hätte die Partei längst die Situation auszunutzen sollen, die vielleicht mehr als je der Erlangung des Frauenwahlrechts günstig ist; sie hätte eine entsprechende Agitation einleiten müssen. Die dringendste Aufgabe der belgischen Frauenbewegung ist jetzt, neben der unentbehrlichen Kleinarbeit zur Stärkung ihrer Organisation und zur Verbesserung ihrer Presse dafür zu sorgen, daß eine ernste allgemeine Agitation zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen die Liberalen möglichst bald zwingt, ihre „Drohung“ zu verwirklichen. Nur in einem solchen Kampfe kann sie die Kraft erlangen, die ihr bisher gefehlt hat.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein gehorhter Gemütskrank.

Paris, 8. Juli. (W. T. B.) Der frühere Abgeordnete Charles Vos gab dem Finanzminister Caillaux heute nachmittags auf dem Hofe des Senatsgebäudes zwei Ohrfeigen. Dieser erhob seinen Stuhl gegen Vos, besann sich aber eines anderen und ließ ihn wieder sinken, indem er sagte: Von Ihnen gehorhter zu sein, kann niemand beleidigen. Dem Zwischenfall liegen folgende Ursachen zugrunde: Bei den Kammerverhandlungen über die Konvention mit der Gesellschaft Messageries Maritimes soll Caillaux behauptet haben, Vos vertrete die Interessen der Gesellschaft und suche die Konvention zum Scheitern zu bringen. Vos soll darauf den Minister aufgefordert haben, seine Behauptung, die falsch sei, zurückzunehmen. Das habe der Minister wegen der beleidigenden Ausdrücke in dem Briefe, worin Vos um Verächtigung bat, abgelehnt. Auf diese Weigerung ist der Angriff des Abgeordneten gegen den Minister zurückzuführen.

Der Ehrenser.

Brüssel, 8. Juli. (W. T. B.) Es ist erwiesen, daß Harting in Brüssel gewohnt hat, wo er sich für einen Legationsrat ausgab. Die Tätigkeit Hartings bestand darin, in Frankreich, in der Schweiz und in Belgien Verschöndrungen und Attentate zu organisieren, um die russischen Revolutionäre verhaftet zu machen und den betreffenden Regierungen Anlauf zu geben, sie auszuweisen resp. sie dem Jaren auszuliefern.

Solidarität der Reaktion.

London, 8. Juli. (W. T. B.) Im Unterhause antwortete Staatssekretär des Inneren, Sir Edward Grey, auf eine Anfrage Dilons (Nationalist), ob die englische Regierung die Forderungen der persischen Konstitutionellen für unvernünftig erklärt habe, folgendes: Nein! Aber wir haben zu erkennen gegeben, daß wir unserserseits möglicherweise nur zwei Forderungen unterstützen könnten. Die Forderungen als Ganzes scheinen mir die bestehende Verwirrung nur noch zu vermehren. — Auf eine Anfrage Kerr Harries (Arbeiterpartei), ob die russische Gesandtschaft in Teheran ein Recht hätte, Truppen nach Teheran marschieren zu lassen, ohne die englische Gesandtschaft zu fragen, erwiderte der Staatssekretär, daß die aufrührerischen Gegenden der russischen Grenze nahe wären. Wenn eine ähnliche Lage in der Nähe der indischen Grenze entstehen sollte, würde England sich das Recht vorbehalten, aus eigener Initiative alle zum Schutze seiner Interessen nötigen Schritte zu unternehmen. Die russische Regierung hätte die englische von allen geplanten Schritten in Kenntnis gesetzt.

Eine grobe Provokation.

London, 8. Juli. (W. T. B.) Die schottischen Kohlenbergwerkbesitzer beschloßen eine Lohnreduktion von 12½ Prozent, die am 26. d. Mts. in Kraft treten soll, anzufordern. Von dieser Maßregel werden 80 000 Bergleute betroffen.

Reichstag.

278. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Sydow, v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die

Forschung der zweiten Beratung des Gesetzes wegen Änderungen des Reichsstempelgesetzes.

Danach soll ein Scheckstempel und eine Erhöhung des Effektenstempels eingeführt werden. Ein Antrag des neuen Blocks will auch die Gewinnanteilscheine und Zinsbogen mit einer Stempelsteuer belegen (Zalonssteuer); außerdem sollen nach diesem Antrag die Quittungen im Geldverkehr ebenso wie Schecks mit einer Stempelsteuer belegt werden, dagegen soll der Umsatzstempel durch diesen Antrag wieder beseitigt werden.

Ein freisinniger Antrag will eine Anzahl der von der Regierung vorgelegenen und von der Kommission beschlossenen Steuerjäge herabdrücken.

Abg. Speck (Z.): Nachdem der Stempel keine Aufsicht auf Annahme durch die Regierung hat, soll der Kompromissantrag (die sog. Zalonssteuer) diesen Zweck erreichen. Redner polemisiert heftig gegen den Hansabund, der einseitig liberale Parteipolitik treibe; daß der Einfluß der Handelskammern, die doch staatliche Autorität haben, hierzu benutzt werde, sei aufs höchste zu bedauern. Unser Antrag will den Zalonsstempel nicht erst am 1. Oktober, sondern schon am 1. August in Kraft treten lassen, damit nicht viele Gesellschaften durch Ausstellung neuer Zalons (Zinscheine) mit zehnjähriger Gültigkeit sich der Steuer für 10 Jahre entziehen. Aber auch der Termin am 1. August hindert das vielleicht nicht, und es ist deshalb wohl besser, das Gesetz schon am 16. Juli in Kraft treten zu lassen! (Bravo im Zentrum.)

Schatzsekretär Sydow: Gegen die Zalonssteuer haben die Verbündeten mancherlei Bedenken; vor allem ist sie keine allgemeine Besitzsteuer. (Hört! hört! und Sehr richtig! links.) Aber der Stempel ist sehr niedrig gehalten und die Steuer trifft die ausländischen Papiere nicht so wie die Stempelsteuer und belastet auch das Termingeschäft nicht so wie diese. Wir halten dennoch die Zalonssteuer nicht für wünschenswert, aber nicht für unannehmbar, wenn das Zustandekommen der Finanzreform davon abhängt. Der 1. August für das Inkrafttreten der Zalonssteuer ist abgelehnt, ein noch früherer Termin dagegen nicht.

Abg. Dr. Weber (natl.): Zum Schatzsekretär kann man sagen: „Oh, wie hast Du Dir verändert!“

(Heiterkeit und Sehr gut! links.) Ich erinnere an den Ausdruck des Schatzsekretärs, daß ohne eine Erbschaftsteuer eine Finanzreform weder zustande kommen wird, noch zustande kommen kann. (Hört! hört! links.) Noch am 18. Juni hat der sächsische Finanzminister hier wiederholt:

„Die Verbündeten Regierungen haben es mehr als einmal mit größter Deutlichkeit und Klarheit ausgesprochen, daß ohne die Erbschaftsteuer es nicht möglich ist, die Finanzreform zustande zu bringen.“

(Hört! hört! links.) Das war vor 14 Tagen, und schon ist die ganze Situation verändert. Die Stempelsteuer ist von den Verbündeten Regierungen für unannehmbar erklärt worden. Aber das Konstrukt, das uns heute vorgelegt wird, ist nichts anderes als die Stempelsteuer in etwas anderer Form. (Sehr richtig! links.) Der Mittelstand wird durch diese Steuer auf neue getroffen; ich erinnere Herrn Riebermann v. Sonnenberg an den Brief, den sein Freund Kahlhardt an den Vorstand der konservativen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus gerichtet hat; er ist aus der Partei ausgetreten wegen der ganz unnatürlichen Belastung des Mittelstandes durch die Majoritätsparteien des Reichstages. (Hört! hört! links.)

Herr Speck hat den Hansabund und die Tätigkeit der Handelskammern für ihn angegriffen und die Regierung gegen die Handelskammern aufgerufen. Die Handelskammern sind aber freie Selbstverwaltungskörper (Lebhaftes Zustimmung links), in deren Beschlüsse die Regierung nicht hineinzureden hat. (Erneute Zustimmung links.)

Zum Schluß noch eine Frage an die Antragsteller oder an die Verbündeten Regierungen, die vielleicht besser darüber unterrichtet sind. (Heiterkeit links.) Wieviel soll denn dieses Gesetz bringen? Darüber haben die Antragsteller nichts gesagt. Die Stempelsteuer sollte 80 Millionen bringen. Wenn hier auch 80 Millionen aufgebracht werden sollen, so sollen einem einzigen Faktor des Wirtschaftslebens 160 Millionen entzogen werden! (Zuruf des Abgeordneten Erzberger.) Ich schätze Ihre Sachkenntnis sehr hoch,

Herr Kollege Erzberger (Große Heiterkeit), und so werden auch Sie wissen, daß das reiner Wahnsinn ist. (Heiterkeit links.)

Finanzminister v. Rheinbaben:

Herr Weber hat nicht gesagt, wie er sich das Zustandekommen der Finanzreform denkt. (Große Heiterkeit links.) Wir haben für einen anderen Vorschlag gekämpft, aber der hat eine Majorität nicht gefunden, und es muß daher für einen Ersatz gesucht werden. (Rufe links: Auflösen!) Ich habe keine Veranlassung, für den Antrag im einzelnen einzutreten. (Lebhaftes Sehr gut! links.) Wir halten an der Erklärung fest, daß eine Stempelsteuer nicht annehmbar ist. Aber ich muß der Behauptung widersprechen, daß hier eine Stempelsteuer in anderer Form vorliegt. Ich berufe mich auf das „Berliner Tageblatt“ dafür, daß man in Börsenkreisen diese Steuer nicht ungenutzt aufnimmt, weil dadurch die befürchtete Stempelsteuer in Formfall kommt; die Börsenkreise sagen sich, es hätte noch schlimmer werden können! (Stürmische Heiterkeit links.)

Also: wir halten den mit dieser Steuer beschrittenen Weg für mangelhaft, vor allem weil es keine allgemeine Besitzsteuer ist. Wir müssen aber mit der Tatsache rechnen, daß eine solche hier keine Mehrheit findet, und müssen einen weniger erwünschten Weg gehen, um das Ziel der Finanzreform zu erreichen. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Handelsminister Dr. Delbrück

legt dar, daß die Zalonssteuer auf ausländische Papiere sich nur auf die Papiere erstreckt, die im Inlande ausgegeben werden. Die Regierung hat mit schwerem Herzen dem Kompromiß zugestimmt, obgleich es sich um

in vieler Beziehung höchst mangelhafte Steuerprojekte handelt. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Wir haben uns die redlichste Mühe gegeben, allen Wünschen der Mehrheit Rechnung zu tragen, erschweren Sie uns die Situation nicht dadurch, daß Sie uns noch immer weiter zu Konzeptionen zu drängen versuchen, die wir vor unserem Gewissen nicht verantworten können. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Abg. Rommsen (fri. Vg.): Die Verbündeten Regierungen haben in den letzten Wochen ihr Gewissen allerdings regelmäßig belastet. (Sehr gut! links.) Daß diese Zalonssteuer in der Tat nichts anderes ist als die Stempelsteuer, beweist schon die Tatsache, daß die Stempelsteuer in der Kommission früher genau so ausfiel, wie die jetzige Zalonssteuer. Die Zalonssteuer ist offenbar dem Hirn des Herrn Müller-Kulda vom Zentrum entsprungen, wie er ja auch der Vater der Stempelsteuer war. Viel Freude wird er auch an diesem Kinde nicht erleben. Darüber, was die Steuer einbringen soll, haben wir bisher nichts gehört. In der kurzen Zeit, seitdem die Steuer erfinden ist, kann auch das nötige Material unmöglich beschafft worden sein. Das ist die Art, wie Sie jetzt Steuern machen! (Bravo! links.)

Abg. Singer (Soz.):

Es wäre bergeblische Mühe, wenn man versuchen wollte, der jetzigen Steuerreform sachlich die Unrichtigkeit ihrer Vorschläge nachzuweisen zu wollen. Die Stellung meiner Fraktion kann ich mit wenigen Worten kennzeichnen: Wir würden an sich, wenn diese Vorschläge, die den Verkehr mit Effekten an der Börse treffen sollen, in vernünftiger Form vorgelegt wären und nicht so, daß sie geeignet sind, den Verkehr zu hindern und ihn nach dem Auslande überzuführen, über eine solche Steuer mit uns reden lassen, obgleich sie nicht unseren Idealen in Bezug auf Steuerpolitik entspricht; denn ich muß hier auch sagen: Alles, was hier von der Börse als solcher getragen werden soll, würde viel vernünftiger aufgebracht werden können bei der Einkommensteuer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber — wie gesagt — es entspricht durchaus unseren Gewohnheiten und Ansichten, trotzdem für Steuern auf den Weg zu stimmen, von denen wir annehmen, daß sie die allgemeine Wohlfahrt nicht schädigen, auch wenn sie nicht in der Form der Einkommen-, Vermögens- oder Erbschaftsteuer vorliegen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, haben wir auch in der Finanzkommission für die Vorträge der Verbündeten Regierungen in Bezug auf die Erhöhung des Effektenstempels gestimmt.

Was nun diese vorliegende Steuer anlangt, so möchte ich zunächst feststellen, daß diese Steuer, die unter dem Namen

Zalons- oder Zinsstempelsteuer

uns vorgelegt wird, vielleicht dem Gedanken nach von den Herren der Kommission stammt, nach der Formulierung aber von der Regierung. Diefelbe Regierung, die durch den Mund des Ministers Delbrück erklären läßt, daß es sich um eine höchst mangelhafte Steuer handelt, hat der Mehrheit

das Material und die Formulierung der einzelnen Paragraphen geliefert! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Denn darüber kann kein Zweifel sein: bei der Unfähigkeit, die die Mehrheit der Kommission für das Steuernmachen bewiesen hat, ist es gar nicht möglich, daß die Bestimmungen der sogenannten Zalonssteuer den Köpfen der Herren von der Majorität entsprungen sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie groß die Steuerpulscherei der Kommission ist, beweist der Umstand, daß, während im Hause diese Vorlagen beraten werden, die Mitglieder der Kommission selbst fortwährend Änderungsanträge stellen müssen, weil sie durch eine Bemerkung vom Regierungstisch überzeugt worden sind, daß sie die Intentionen der Regierung doch noch nicht ganz verstanden haben. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Nachdem die Rollen vertauscht sind, nachdem die Regierung nicht mehr die Verpflichtung fühlt, Steuerentwürfe zu machen, sondern dies der Majorität überläßt, scheint die Regierung entschlossen zu sein, als Entgelt dafür, daß sich Mitglieder des Reichstages zu solchen Anträgen finden, ihnen einige

Geheimnisse zur Verfügung

zu stellen, die ihnen Schreiberarbeit machen müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die „Zalonssteuer“ selbst ist ein geradezu unglaubliches Machwerk. Sie ist ganz mechanisch ohne Rücksicht auf die Verschiedenheiten innerhalb der Kreise derer, die zur Steuer herangezogen werden sollen, abgefaßt. Bezeichnet dafür die z. B. eine Aktiengesellschaft, wie die Elberfelder Farbwerke, die meines Wissens etwa 80 Proz. Dividende zahlen, nur dieselbe Steuer zahlen soll wie andere Aktiengesellschaften, die 4, 5 oder 8 Proz. Dividende zahlen! (Hört! hört! links.) Dies eine Beispiel beweist, wie töricht es ist, diese Steuer als wirkliche Besitzsteuer anzusehen. Es ist eine Steuer auf das Gewerbe,

darin hat Kollege Rommsen ganz recht, und als solche gehört sie nicht in die Reichsfinanzreform und namentlich nicht unter die Gruppe von Steuern, die angeleglich Besitzsteuern sein sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer von der Steuer verschont bleibt:

Sehr charakteristisch ist auch, daß gewisse Kategorien von Gesellschaften von der Steuer ausgenommen werden, z. B. die Gesellschaften m. b. H., die Besitzer von Aktien und die Aktiengesellschaften, deren Aktien nicht ausgegeben werden, die im Familienbesitz bleiben, also z. B.

die Kruppischen und Stummischen Aktien!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch hier zeigt sich wieder, daß zugunsten bestimmter Kategorien, einzelner Familien Ausnahmen gemacht werden. Diese Art der Finanzreform reißt sich wärdig der Sozialpolitik an, die die Herren vertreten, der gesamten Verkehrs- und Handelspolitik, die darin besteht, die Verkehrs-Infrastruktur zu bestärken, um damit den Verkehr einzuschränken, nur immer aus dem Grunde, das Agrarierium nach Möglichkeit zu schonen.

Aus der Rede des Herrn Finanzministers ist es mir sehr schwer geworden, festzustellen, ob Herr von Rheinbaben für oder gegen die Steuer gesprochen hat. So weit er sachlich gesprochen hat, hat er sich dagegen erklärt, schließlich, schließlich hat er aber doch kein Unannehmbar ausgesprochen,

weil sich eben die Regierung jetzt völlig gebunden in die Hände der Steuermajorität gegeben hat.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich verzichte darauf, auf die Einzelheiten einzugehen, und betone nur nochmals, daß wir diese Steuer ablehnen, ohne damit auszusprechen zu wollen, daß wir nicht unter bestimmten Voraussetzungen auch für eine derartige, den Börsenverkehr treffende Steuer stimmen werden. Hier aber müssen wir die gesamte steuerpolitische Situation berücksichtigen. Wenn wir in Betracht ziehen, daß diese ganze Steuerreform volkswirtschaftlich schädlich wirken wird, daß diese sogenannte Besitzsteuer nur dem Zweck dienen soll, den 400 Millionen indirekter Steuern, die der breiten Masse der Bevölkerung aufgetoßt werden, als Korsett zu dienen, so gibt es für uns nur die eine Antwort: daß wir diese Steuer rundweg ablehnen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fehr. v. Camp-Majhaim (Sp.): Herr Singer hat uns nichts Neues gesagt. (Zuruf links: Haben Sie uns etwas Neues zu sagen? Große Heiterkeit.) Nachdem die Erbschaftsteuer abgelehnt worden ist, (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist wohl etwas ganz Neues? Erneute Heiterkeit.) nachdem so und so oft festgestellt worden ist, daß eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer unmöglich ist (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das Aller-neueste! Schallende Heiterkeit links, Lärm, Rufe rechts: Ruhe!), mußten wir auf Ersatzsteuern sinnen. (Gott wie neu!

Kleines feuilleton.

Preussens Rückständigkeit im Bibliothekswesen. Ueber die Verteilung der wissenschaftlichen Bibliotheken und der für bibliothekarische Zwecke bestimmten Mittel in Deutschen Reich und in Preußen hat der Donner Bibliotheksdirektor Dr. W. Erman eine bemerkenswerte Untersuchung angestellt, über deren Ergebnisse er im letzten Heft des „Zentralblatts für Bibliothekswesen“ berichtet. Dabei ergibt sich, daß in dem Umfang der Fürsorge, die die einzelnen deutschen Staaten ihren öffentlichen Bibliotheken zuwenden, auffallende Unterschiede bestehen; vor allem zeigt sich, daß die nichtpreussischen Staaten verhältnismäßig mit Bibliotheken bedacht sind, während Preußen, und zwar besonders seine östlichen Stammländer, außerordentlich hinter dem übrigen Deutschland zurücksteht. Es treffen nämlich im Durchschnitt des ganzen Reiches, auf 1000 Einwohner 388 Bände öffentlichen Bibliotheksbesitzes, aber nur je 260 Bände auf Preußen, während auf die nichtpreussischen Staaten deren 557 entfallen. Fast man lediglich die öffentlichen Bibliotheken ins Auge, so treffen im gleichen Verhältnis auf das Deutsche Reich 274, auf die nichtpreussischen Staaten 480, auf Preußen aber nur 146 Bände! Noch ungünstiger wird dies Verhältnis für Preußen, wenn man die neuen, 1866 erworbenen Provinzen von den alten Stammländern trennt, indem dann auf Altpreußen statt der obigen 260 nur 222, in den neuen Provinzen aber 438 Bände auf je 1000 Einwohner entfallen. Steht so Preußen hinsichtlich der Bestände seiner Bibliotheken dem übrigen Deutschland erheblich nach, so gilt das gleiche auch im Hinblick auf die Mittel, die zur Vermehrung ihrer Bibliotheken von den einzelnen Bundesstaaten jährlich aufgewendet werden. Während für diesen Zweck bei den Staatsbibliotheken auf den Kopf der Bevölkerung im Deutschen Reich 2,65 Pf. ausgegeben werden, geben die außerpreussischen Staaten 4,1, Preußen aber nur 1,8 Pf. aus, während bei der Berechnung auf alle öffentlichen Bibliotheken (einschließlich also der Gemeinde-, Provinzialbibliotheken usw.) die entsprechenden Werte für das Reich 3,95, für die nichtpreussischen Staaten 6,07, für Preußen aber nur 3,24 Pf. betragen. Nebenbei haben Erman Untersuchungen auch im einzelnen auffallende Unterschiede in der bibliothekarischen Versorgung der verschiedenen preussischen Landesteile ergeben; besonders bemerkenswert ist dabei, daß zwei der wichtigsten westlichen Provinzen, nämlich Rheinland und Westfalen, keineswegs bevorzugte Schicksale des preussischen Staates sind, sondern im Gegenteil erheblich hinter anderen Provinzen zurückstehen.

Diese Statistik bietet nicht Erstaunliches, so empörend und beschämend ihre Ergebnisse auch sind. Wozu braucht man auch im Junkerstaate Bibliotheken, besonders solche, die auch das Volk benutzen könnten!

Korruptionsbekämpfer vor zweitausend Jahren. In der Pariser Akademie der Inschriften und Literatur hat vor einigen Tagen Herr Hausoulier eine Studie über den Elementarunterricht in der griechisch-ägyptischen Stadt Milet vorgelegt. Sie beruht auf einer neugefundenen Inschrift, die aus dem zweiten Jahrhundert v. Chr. stammt und auf die Schulstiftung eines reichen Privatmannes Bezug hat und enthält interessante und ganz neue Mitteilungen über die Wahl der Schul- und der Gymnasiallehrer, über ihre Entlohnung und ihre Beschäftigung. Hausoulier zeigte, wie schlecht es mit dem Unterrichtsabgabten in den größten griechischen Städten bestellt war und verlas schließlich den Text des Schwurs, den ein Lehrer der Gymnasial abzugeben hatte. Er lautet: „Ich schwöre beim Hermes, daß ich niemals jemanden gebeten habe, für mich zu stimmen, und ich nehme die Verpflichtung auf mich, mich niemals um eine politische Protektion zu bewerben.“ Der Vortragende unterließ nicht, darauf hinzuweisen, daß kürzlich die Lehrer eines französischen Departements solidarisch die gleiche Verpflichtung übernommen haben. Vermutlich hat der Eid der Lehrer in alten Milet der politischen Korruption nicht mehr abgeholfen, als die wohlgemeinten Versuche von heute.

(In Preußen sind wir erstrecklicherweise vor solchen demagogischen Versuchungen bewahrt, da vom ersten Staatsminister bis zum privaten Turnlehrer keiner zugelassen wird, der nicht die richtige Gesinnung hat.)

Wieviel Leute „schreiben“ in deutscher Sprache? In dieser Frage äußert sich die „Oester-ungar. Buchhändler-Korrespondenz“ folgendermaßen: Es ist eine allbekannte Tatsache, daß die Zahl derer, die sich deutsche Schriftsteller oder Schriftstellerinnen nennen, von Jahr zu Jahr in beängstigender Weise wächst. Eitelkeit mag da vielfach eine Rolle spielen und dann der Umstand, daß viele Leute zu glauben scheinen, um zu schreiben brauche man wirklich nicht mehr als Tinte, Feder und ein wenig Phantasie. Deutschland und Deutsch-Oesterreich sind die an Schriftstellern reichsten Länder der Welt. Nach den letzten Statistiken gibt es in diesen beiden Ländern 22 678 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die mindestens ein Buch haben erscheinen lassen. Die Zahl jener Personen aber, die, ohne sich zur Herausgabe eines Werkes anzuschwingen, in Zeitschriften und Zeitungen ihre Arbeiten veröffentlichen, dürfte mit 250 000 nicht zu hoch gegriffen sein. Eine Viertelmillion also! Es wird vielleicht in nicht allzu fernen Tagen die Zeit kommen, wo man die Leute zählen muß, die nicht schreiben.

Humor und Satire.

Deutscher Jahrmarkt.

Keine Herrschaften, hier hereinspaziert! Hier wird das Neueste vorgeführt, das Allerpraktischste, wo man lemt, hochmodernes, sensationelles Patent!

Also, jetzt sieh' ich kergeng'rad', die Hände an der Hofenmaht — jetzt lieg' ich mit einem Mal auf dem Bauch — jetzt krümm' ich mich wie ein Fahrradstahlgang — jetzt steh' ich mich auf den Kopf direkt, die Beine hoch in die Luft gestreckt — jetzt lehn' ich mich schräg gegen die Wand — jetzt steh' ich frei auf einer Hand — Aufsch! — ich seh' mich auf's Hinterteil — sämste wieder empor wie ein Pfeil — und lasse mich nieder auf die Knie. So wechsel' ich immer und rühle nie. Meine Herrschaften, wissen Sie, welche Kraft mir dieses große Talent verschafft? Ein neues Patent, zehn Pfennig das Stück, nicht konventionelles nehm' ich zurück. Wird seit Jahren in unserem Vaterland von oben herunter angewandt. Hat sich glänzend bewährt bis heute... kauft Bernhards Patentstandpunkt, ihr Leute!

Franz

Notizen.

— Zeppelin im Volksmunde. Außer den Versen aus Kindermund, die wir kürzlich wiedergaben, sind noch eine Reihe weiterer bekannt geworden. Sie alle zeigen, welchen nachhaltigen Eindruck die Luftfahrten auf das Kindergehirn gemacht haben (wenn nicht der Herr Lehrer zuweilen nachgeholfen hat). Aber auch im Volksmunde wird die neue Begebenheit verarbeitet. Ein Leser sendet uns folgendes „Rachtgebete Zeppelins“, das in Konstanz Verbreitung gefunden hat:

Lieber Gott, ich danke dir für den Zeppelin Nr. Vier, den du gütig zu mir aufgenommen. Sechs Millionen Mark hat ich bekommen, Will darum auf Gott vertraun, Fröhlich noch zwei andre baun. Ewig Dank will ich dir bringen — Für das Glück bei Entzündungen.“

— Ein ins Meer versunkener Vulkan. Ein tätiger Vulkan, der sich vor einigen Jahren auf einer kleinen Insel der Ältenzgruppe gebildet hatte, ist jetzt durch ein neues Seebeben am 21. Juni unter dem Meeresspiegel versunken und hat an der Stelle, wo er vordem emporkragte, einen lockenden See hinterlassen. Ein amerikanischer Postlatter stellte fest, daß der Gipfel des Vulkans fast unmittelbar unter dem Meeresspiegel liegt; in seiner Nähe wurde eine Wassertemperatur von 24 Grad Fahrenheit Höhe gemessen. In das Meer hinabgelassene Fier wurden nach wenigen Sekunden als fertig gefocht wieder emporgezogen.

bei den Sozialdemokraten.) Da kam die Börse in Betracht. (Neuzeit! Wärennezeit! links.) Uebrigens bin ich selbst der Ansicht, daß, wenn das Reich wieder Geld brauchen wird, man um eine Einkommen- und Vermögenssteuer nicht herumkommen wird. (Hört! hört! links.) Redner bemüht sich in längeren Ausführungen, die „eigentliche“ Vaterlichkeit der Lohnsteuer den Nationalliberalen zuzuschreiben, die in heftigen Jähwutausbrüchen dagegen verfahren. — Redner kommt auf die günstige Lage der italienischen Finanzen zu sprechen. Diese kommt von der Sparfahigkeit her. (Welch eine Neuzeit! Welch eine Tiefgründigkeit! bei den Sozialdemokraten. Große Heiterkeit links.) Der schlechte Stand der deutschen Finanzen aber kommt von der Lumpenwirtschaft! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr neu! sehr richtig! Sie tragen aber selbst mit die Schuld daran!)

Reichstagspräsident Hagenstein wendet sich gegen eine höhere Besteuerung der ausländischen Werte: bei uns ist der Zins höher, der Kurs daher niedriger als in England und Frankreich, jene Länder können daher einen höheren Stempel vertragen als wir.

Abg. Raempf (fr. Sp.): Herr v. Camp hat selbst zugegeben, daß künftig eine Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer nötig werden würde. Man sollte man doch alle diese Steuern ablehnen und jetzt schon eine wirkliche Finanzreform mit der Einkommen- und Vermögenssteuer machen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Wir brauchen eine dauernde Finanzreform. Aber diese Zusammenziehung von Steuern ohne jeden größeren Gesichtspunkt wird uns eine dauernde Befristung des Finanzplans nicht bringen.

Abg. Sped (B.) tritt nochmals für seinen Antrag zur Besteuerung ausländischer Werte ein.

Abg. Dove (fr. Sp.): Die Verhandlung erinnert an die Criminalfälle, in denen die Verteidiger auf mildernde Umstände plädieren. (Sehr gut! links.) Auf die Frage, wer die Lohnsteuer tragen soll, sagt Herr v. Camp, das wisse man noch nicht. Der Gesetzgeber weiß also selbst nicht, was er will. (Lebhaftes Sehr gut! links.) Wer sie wirtschaftlich trägt, weiß man freilich auch nicht, aber wer rechtlich verpflichtet ist, sie zu bezahlen, muß festgestellt werden. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Diskussion. Unter Ablehnung der freisinnigen und nationalliberalen Anträge werden die Stempelsteuern auf Effekten nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Angenommen wird ferner der Antrag, daß das Gesetz bereits am 1. August in Kraft tritt.

Zur Lohnsteuer zieht Abg. Sped (B.) seinen Antrag betreffend Besteuerung ausländischer Werte zurück. (Heiterkeit links.)

Die Abstimmung über die Lohnsteuer ist namentlich. Die Steuer wird mit 222 gegen 134 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Es folgt die Beratung des Scheckstempels und des von dem Kompromißantrag wieder aufgenommenen Quittungstempels.

Abg. Singer (Soz.):

Der Stempel auf Versicherungspolice ist in der Kommission abgelehnt und ein Antrag, ihn wieder aufzunehmen, ist nicht gestellt. Ich verzichte deshalb darauf, auf ihn noch einzugehen. Dagegen handelt es sich hier um einen Scheckstempel, und außerdem ist ein Antrag gestellt auf Wiederherstellung des Quittungstempels, den die Kommission abgelehnt hat. Vor nicht langer Zeit ist der Scheckverkehr in Deutschland auf neue Grundlagen gestellt worden, und es liegt im volkswirtschaftlichen Interesse, den Scheckverkehr zu heben und den Verkehr mit Bargeld einzuschränken. Dieser Scheckverkehr nun wird durch den Scheckstempel sehr wesentlich beeinträchtigt. Der Scheckstempel ist auch keineswegs eine Besitzsteuer, sondern ein Verkehrsstempel. (Sehr richtig! links.) Die Vorteile des Scheckverkehrs werden durch den Stempel wieder illusorisch. Das geht ja auch daraus hervor, daß der Staatssekretär des Reichspostamts den Postchef von diesem Stempel ausgenommen hat! Es kommt hinzu, daß der Stempel von 10 Pf. jeden Scheck ohne Rücksicht auf seinen Betrag in gleicher Weise treffen soll, ob der Scheck über 500 Mark oder über 100.000 Mark ausgestellt ist! Das ist das Ungerechteste, was man sich denken kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nun hat die Vorlage der Regierung den Scheck auch die Quittungen gleichgestellt, welche von den Banken über Guthaben ihrer Kunden ausgestellt werden. Der Abg. Müller-Judva, allerdings nicht der Müller-Judva der letzten Kommissionsitzungen, sondern der Müller-Judva von vor einigen Jahren hat sich damals, als die Regierung eine Quittungstempelsteuer Vorlage einbrachte, sehr energisch dagegen gewendet und der Regierung den Rat gegeben, das gesamte Material über den Quittungstempel schleunigst zu verbrennen, damit nicht wieder einmal der Gedanke der Quittungsteuer auftaucht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Finanznot des Reiches wieder akut wird, so wird man daran denken, diesen Stempel ganz allgemein auf alle Quittungen zu erstrecken. Wir werden also sowohl gegen die Kommissionsbeschlüsse wie gegen diesen Antrag stimmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raempf (fr. Sp.): Bisher ist der Scheckverkehr besonders im kleineren und mittleren Verkehr in Deutschland noch gar nicht eingebürgert, während in England jeder sein Scheckbuch in der Tasche trägt und auch den kleinsten Betrag damit zahlt. Durch die Steuer wird die Einbürgerung des Scheckverkehrs bei uns erst recht erschwert werden. (Bravo! links.)

Reichstagspräsident Hagenstein: Ich kann die Bedenken der Vorredner nicht teilen. Die Verbündeten Regierungen glauben, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, wo es wenigstens zulässig ist, ohne ernste Gefährdung des Scheckverkehrs die Schecks mit einem kleinen Stempel zu belegen. Die Erfahrungen aller anderen Länder mit diesen Scheckstempeln lassen die geäußerten Befürchtungen nicht als gerechtfertigt erscheinen. Der Stempel auf die Bankquittungen ist nicht ein Vorläufer eines allgemeinen Quittungstempels, wie Herr Singer meinte, sondern der Miegel der Zurückentwicklung der Schecks in Bankquittungen.

Abg. Dr. Weber (natl.): Wir haben dem Scheckgesetz nur unter der Bedingung zugestimmt, daß auf den Scheck keine Steuer gelegt wird. Der Bankquittungstempel ist ein schwerer Schlag für die Provinzbankiers. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Diskussion. In namentlicher Abstimmung wird der Scheck- und Bankquittungstempel mit 217 gegen 131 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos nach dem Kompromißantrag angenommen.

Es folgt die

Forschung der zweiten Beratung des Finanzgesetzes.

Die Beratung wird bei Art. 2 „Allgemeine Vorschriften“ fortgesetzt.

Die Diskussion über die ersten drei Paragraphen (Matrikularbeiträge, Tilgung der Reichsschuld, Zuweisung von Steuererträgen) wird auf Antrag des Abg. Dr. Baasche (natl.) miteinander verbunden.

Finanzminister v. Rheinbaben: Wenn ich mit Engeltzungen redete, würde ich eine Aenderung der Beschlässe nicht mehr herbeiführen. Aber ich muß doch in einer kurzen Erklärung das Bedauern der Verbündeten Regierungen

darüber ausdrücken, daß es nicht gelungen ist, zwischen ihnen und dem Reichstag eine Verständigung hinsichtlich der Bindung der Matrikularbeiträge herbeizuführen. Dem gesamten Finanzplan lag die Absicht zugrunde, die Finanzen des Reiches zu sanieren und außerdem klare Verhältnisse zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zu schaffen. Diesen zweiten Teil des Planes zu verwirklichen, ist leider nicht gelungen.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Bei Beginn der Reichsfinanzreform suchte Herr Erzberger mit heiligem Eifer nachzuweisen, daß die Forderung von 500 Millionen viel zu hoch sei, daß 300 Millionen

Mark vollkommen ausreichen. Jetzt sprechen Sie bereits von Erträgen über 1000 Millionen! Sehr bald werden wir wieder eine weitere Milliarde Schulden haben (Sehr richtig! links), und es ist sehr zu bedauern, daß die Schuldentilgung wieder einmal um ein Jahr hinausgeschoben wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Schatzsekretär Sydow: Nach dem Vorschlag der Regierung sollten die gestundeten Matrikularbeiträge aus der Zeit vor dem 1. April 1909 als Bedarf in die nächsten fünf Jahre, für welche die Finanzreform gemacht wird, eingestuft werden. Der Kompromißantrag will die Tilgung dieser Schuld auf 30 Jahre verteilen. Das nehmen wir dankbar an. Die Frage, was mit den Matrikularbeiträgen und den Höchstbeträgen des Jahres 1909 geschehen soll, will der Kompromißantrag im Grunde ebenso regeln wie die Vorlage. Sie sollen nämlich aus den neuen Einnahmen gedeckt werden. Doch die Schuldentilgung um ein Jahr aufgeschoben wird, ist notwendig, weil die neuen Einnahmen erst im nächsten Jahre fließen werden.

Abg. Dr. Baasche (fr. Sp.): Hier regiert die Regierung nicht mehr, sie läßt sich regieren; die verbündeten Regierungen haben deshalb auch keinen Anlaß, sich über Einzelheiten zu beklagen, die ihr aufgedrungen werden. (Sehr richtig! links.) Die alte Schuldenwirtschaft wird nicht beseitigt, sondern eine neue Schuldenwirtschaft wird eingeführt. (Sehr wahr! links.) Es ist bezeichnend, daß die Konservativen sich so schweigsam verhalten und die Führung ganz dem Zentrum überlassen. (Sehr gut! links.) Gerade die Konservativen haben sich doch stets für ein klares Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten ausgesprochen, warum treten Sie nicht jetzt mit uns für die Befristung der Ueberwertungen ein? Seien Sie doch mannhaft! (Große Heiterkeit rechts. Bravo! links.)

Darauf werden die Verhandlungen auf abend 8 1/2 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abendigung.

Am Bundesratstisch: Sydow, v. Rheinbaben.

Die Beratung des Finanzgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Erlaß der gestundeten Matrikularbeiträge ist das Trinkgeld an die einzelstaatlichen Regierungen für ihren Umfall bei der Finanzreform. (Lärm rechts, der während der weiteren Ausführungen des Redners wächst.) Schon jetzt wird gesagt, in fünf Jahren werden die Forderungen für Heer und Marine 250 Millionen Mark betragen. Jetzt legen Sie schon wieder den Grund zu neuen Schulden, und das nennen Sie „Finanzreform“. Die Verschwendungssucht und Lotteriewirtschaft

(steigende Unruhe rechts und im Zentrum, links Rufe: Ruhe!) werden noch begünstigt, wenn die Bundesstaaten veranlaßt werden, ohne jede Verantwortung ihrerseits die Ausgaben mit zu bewilligen. Diese Gesetzgebung muß den Mittelstand ruinieren; wenn das Ihre Absicht war, haben Sie ein Meisterstück getan, das gebe ich Ihnen zu. (Der Lärm beim Schnapsblod wächst andauernd; es wird geklaffert, darauf Schluß-Rufe bei den Sozialdemokraten, rechts weite Lärm und Schlußrufe.)

Präsident Graf Stosberg: Der Umstand, daß wir eine Abendigung haben, berechtigt Sie nicht, solchen Lärm zu machen. (Heiterkeit links.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Wenn Sie vom Mittelstand sprechen, meinen Sie freilich die Leute, die über 10.000 Mark Einkommen haben; das haben Sie ja im Zirkus Luch schon offen ausgesprochen. Diesen „Mittelstand“ meinen wir natürlich nicht, wir meinen das werktätige Volk. Sie zeigen durch Ihre Gesetzgebung, daß

das Reich für den Arbeiter nur ein notwendiges Uebel ist, daß es für ihn nur da ist, Steuern und zugleich seine politischen Rechte zu nehmen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Der Lärm beim Schnapsblod dauert ununterbrochen fort.) Ihre Benehmen zeigt, daß Sie sich nicht überzeugen lassen wollen. (Sehr richtig! links.) Das bebauere ich nicht Ihrewegen, sondern wegen der Arbeiter und des Mittelstandes, welche die Konsequenzen zu tragen haben.

Ich hätte es verstanden, wenn Sie in das Finanzgesetz eine Erhöhung der erdärmlichen Löhne der Soldaten von 22 Pf. hinein gearbeitet hätten. Wenn wir das beantragen, dann erklärt aber Herr Liebermann v. Sonnenberg: „Wir haben sieben 144 Millionen Mark verschleudern müssen und haben nun nicht die paar Millionen übrig, um den schandbar geringen Lohn der Söhne des Volkes zu erhöhen.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; rechts wachsender Lärm.) Ich kann Sie nur dringend vor dieser Gesetzgebung warnen, durch die der Haß und die Erbitterung gegen die Massen, welche den Mittelstand und die Arbeiter in dieser Weise belasten, uns mahlose wachsen muß. Eines Tages muß die Vergeltung kommen, und wenn Sie von ihr hinweggesetzt werden, so ist das Gerechtigkeit. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Doser (fr. Sp.) legt unter beständigem Lärmen des Schnapsblods dar, daß die nach der Kopfzahl berechneten Matrikularbeiträge die kleinen Staaten zu stark belasten.

Abg. Sped (B.): (Auch die Linke wird jetzt unruhig); Der Antrag erfordert, einem Redner ruhig zuzuhören. (Zuruf links: Anstand verlangt man nur von uns!) Redner legt dar, daß die Börse mit der Finanzreform der Reichheit nicht unzufrieden sei.

Abg. Erzberger (B.): Nicht bloß das Zentrum, sondern auch v. B. Herr v. Bayer, auch Herr Baasche selbst haben früher erklärt, daß man vielleicht mit 300 statt 500 Millionen Mark auskommen könne. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Wir sind eben zu der Ueberzeugung gekommen, daß es unter 500 Millionen Mark nicht geht. (Redner empfiehlt einen neuen Änderungsantrag zum Kompromißantrag Camp.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): „Es ist dem Abg. Weber zugzugeben, daß die Last der indirekten Steuern bald unerträglich wird“. So sprach einmal der Abgeordnete Windthorst. (Lautes Hört! hört! links.) Und weiter sagte Windthorst in derselben Rede: „Mit indirekten Steuern soll man dem Zentrum nicht mehr kommen. (Erneutes stürmisches Hört! hört! links.) Das Reich wird auf direkte Steuern sinnen müssen.“ (Stürmisches Hört! hört! links.) Und Herr Erzberger hat in seiner Broschüre über die Reichstagsauflösung patriotisch erklärt: „Das Zentrum will dem deutschen Volk seine neue Verbrauchsabgabe auferlegen.“ Stürmisches wiederholte Hört! hört! links.)

Aus meinem Scharzwort: jeder vernünftige Mensch nimmt, was er kriegen kann, hat Herr Baasche geschlossen, ich halte die Regierung für ganz besonders vernünftig. Diese Auffassung muß ich zurückweisen. (Schallendes Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Richthofen (L.): Herr Baasche hat gesagt, was wir hier machen, ist keine Finanzreform. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Lassen wir doch das Wort ruhig fallen, wir machen eben eine Finanzordnung. (Stürmisches anhaltendes Gelächter links, lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Baasche (fr. Sp.): Es handelt sich nicht um eine Finanzordnung, sondern lediglich um ein Sammelurium der verschiedensten Steuern ohne jedes System. Mit Rücksicht auf die Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer folgte derselbe Abgeordnete, ob es dem Herrn Reichsfinanzminister als höchstes Ideal vorschwebte, daß wir auf allen Gebieten die höchsten Steuererträge haben müßten. Der das sagte, war der Abgeordnete Sped. (Stürmisches Heiterkeit links.)

Abg. Erzberger (B.): Herr Baasche hat am wenigsten Recht, anderen Umfall vorzumerfen, hat er doch noch vor kurzem eine äußerst scharfe Rede gegen die Nachfahsteuer gehalten. (Hört! hört! im Zentrum.)

In der Abstimmung werden die §§ 1-3 mit dem Antrag Sped angenommen.

Abg. Stadthagen (Soz.): befristet als § 8a die Einschaltung einer Bestimmung auf Aufhebung der Einfuhrschemine. Zum mindesten sollte die Geltung der Einfuhrschemine auf die Warengattung beschränkt werden, für welche

bei der Ausfuhr der Einfuhrschemine erteilt ist, und die Geltungsdauer der Einfuhrschemine auf zwei Monate herabgesetzt werden. Unser Antrag würde dem Reich 100 Millionen bringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt. Im § 5 ist die Befristung der Unfallversicherungsbeiträge von der Kommission beschlossen.

Abg. Stadthagen (Soz.) wendet sich gegen diese Diebesgabe für die Berufsgenossenschaften. Es liegt kein Grund vor, diesen reichen Gesellschaften ein Geschenk zu gewähren, wo man den Arbeitern die größten Lasten auflegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

§ 8a wird angenommen. In Artikel II hat die Kommission die Auffassung der Zahlkartensteuer abgelehnt.

Abg. Gylling (fr. Sp.) begründet einen Antrag auf Aufhebung der Zahlkartensteuer. Reichstagssekretär Sydow: Der Antrag Gylling stimmt zwar mit der Regierungsvorlage überein, aber die Regierung wollte die Steuer aufheben, um sie zu reformieren. Sie wollen die Steuer beseitigen, aber neue Mittel nicht bewilligen. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.)

Abg. Hilsenbrand (Soz.): Wir leben heutzutage nicht im Zeichen des Verkehrs, sondern im Zeichen der Verkehrtheit. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nirgends hat die Fahrkartensteuer die erwarteten Erträge gebracht. In Württemberg hat sie uns gezwungen, zur vierten Klasse überzugehen und dadurch hat sie zu einer vollständigen Desorganisation unseres Eisenbahnwesens und damit unserer Staatsfinanzen geführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles, was von uns 1908 über die Wirkung der Fahrkartensteuer vorausgesagt worden ist, ist in vollem Umfang eingetreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Offenlich wird das bayerische Zentrum, das immer davon spricht, daß es dem sozialen Gedanken in der Finanzreform zur Durchführung verhelfen wolle, wenigstens in diesem Falle auf die Interessen der Arbeiter Rücksicht nehmen und mit uns für die Aufhebung der Fahrkartensteuer stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abstimmung über den Antrag Gylling ist eine namentliche; sie ergibt die Ablehnung des Antrags mit 208 gegen 187 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen.

Die Zuckerversteuer beantragt die Kommission, entsprechend der Vorlage, erst vom 1. April 1910 herabzusetzen.

Ein Zentrumsantrag will diesen Termin auf den 1. April 1914 hinausschieben.

Abg. v. Normann (L.) erklärt, daß seine Freunde für den Antrag des Zentrums stimmen würden, falls die beschlossenen Steuern auch in der dritten Lesung in derselben Höhe befristet würden.

Abg. Frhr. v. Hertling (B.): Ich begrüße diese Erklärung. (Gelächter links.) Die Erwartung, die Herr v. Normann ausgesprochen hat, ist begründet. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Dethlefsen (Natl.): Ich bin selbst Rübenbauer und leide am meisten unter der Steuer, aber ich halte es für meine patriotische Pflicht, (Gelächter links) im Interesse des Aufwandes der Finanzreform Opfer zu bringen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hilsenbrand (Soz.): Wir können diesem Antrage nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, daß der Reichstag und die Regierung dafür zu sorgen hat, daß Kreuz und Glauben im Deutschen Reich ernst genommen werden. (Sehr gut! links.) Seinerzeit hat Freiherr v. Stengel ausdrücklich erklärt, der Zeitpunkt der Herabsetzung brauche nicht besonders in das Gesetz aufgenommen zu werden, sie werde erfolgen. Der Reichstag hätte die moralische Verpflichtung, das gegebene Ehrenwort der Regierung zu respektieren. Wie vertreten hier den Regierungsstandpunkt (große Heiterkeit); daß die Steuer herabgesetzt wird zu dem Zeitpunkt, den der Reichstag beschloffen hat; denn wir wollen, daß der Reichstag als eine ernste und ernsthafte Körperschaft betrachtet werden kann, die nicht heute so und morgen so beschließt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Auch diese Abstimmung ist eine namentliche. Der Antrag des Zentrums wird angenommen mit 204 gegen 133 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag, 11 Uhr. (Dritte Lesung der Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer.)

Schluß: 12 Uhr 10 Minuten.

Soziales.

Strafaußschub eines Landarbeiters wider Willen.

Der Inmann Friedrich L., der seit Oktober 1908 bei dem Gutbesitzer R. in Pünflinden, Kreis Königsberg, auf Jahreskontrakt im Dienst steht, sollte angeblich vom Speicher seines früheren Arbeitgebers für seine aus neun Köpfen bestehende Familie Brotgetreide entwendet haben und wurde deshalb am 4. Mai von der Königsberger Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er teilte diese Beurteilung seinem jetzigen Arbeitgeber mit und bat, ihn von dem Vertrag zu entbinden, damit er seine Strafe verbüße, vorher aber noch für seine Familie ein Unterkommen schaffen könne, da der Wefiger R. seine Frau und Kinder während der Haftzeit nicht behalten wolle. Der Wefiger entließ den Mann aber nicht. Am 12. Juni erhielt der Inmann nun von der Staatsanwaltschaft die Aufforderung, spätestens am 15. Juli seine Gefängnisstrafe anzutreten. Jetzt kündigte aber der Wefiger den Landarbeiter zum 1. Oktober und verlangte, daß dieser erst nach seiner Entlassung die Strafe antrete, den Sommer über aber noch für ihn arbeiten solle. Darauf wollte der Mann nicht eingehen, weil doch dann seine Familie obdachlos sei. Der Wefiger drohte aber, Frau und Kinder des Arbeiters sofort auf die Straße zu setzen, wenn er es wagen sollte, jetzt ins Gefängnis zu gehen. Der Mann folgte aber trotzdem der Aufforderung des Staatsanwalts und meldete sich am 5. Juli im Königsberger Gefängnis zum Strafantritt. Zu seiner Ueberraschung wurde er aber nun nicht angenommen. Auf Antrag seines Arbeitgebers, des Gutbesitzers R., war dem Inmann gegen seinen Willen Strafaußschub bis 1. Oktober b. J. gewährt! Dieser protestierte energisch gegen eine derartige Vor mundshoft und verlangte durchaus seine Strafe sofort zu verbüßen, wozu man ihn ja auch schon vor zwei Wochen aufgefordert hatte. Er wurde aber aus der Inspektion verwiesen. Eine Beschwärde bei dem Staatsanwalt war erfolglos. Man besah sich auf das Aufschubgesetz des Wefigers, dem ohne weiteres stattgegeben war.

Der Inmann kann nun also erst nach seiner Entlassung nach dem 1. Oktober seine Strafe verbüßen. Er kann sich natürlich keine neue Stelle besorgen, denn welcher Wefiger wird sich einen Landarbeiter mieten, der, anstatt seine Arbeit anzutreten, vier Monate lang verzeilt und ihm, dem Arbeitgeber, Frau und acht Kinder als Pfand hinterläßt. Hätte der Mann den Sommer über seine Strafe abfüßen, sich zum Winter eine neue Stelle besorgen und die Frau im Sommer noch etwas zum Unterhalt der Familie verdienen können, dann stände derselben nicht solch grenzenloses Elend zum kommenden Winter bevor als jetzt.

Wie oft haben Landarbeiter doch schon um Strafaußschub bei Staatsanwälten aus dringenden Gründen, Krankheit oder Stetbe

fall in der Familie, wirtschaftlichen Ruin und Vergleichen, nach-gesucht, ohne berücksichtigt zu werden. Hier braucht ein Agrarier, ein wohlangelegener Gutsbesitzer nur zu schreiben, er könne die Arbeitskraft des Mannes nicht entbehren, da wird diesem der Strauß auf den Rücken aufgedrückt. Das ist ein mit dem Gesetz unvereinbarer Zustand.

Schiedungen.

Ein gestern vor der 5. Kammer des Oberverwaltungsgerichts zur Verhandlung gekommener Prozeß zeigte wieder einmal, wie schwer es oft für den Arbeiter wird, zu seinem verdienten Lohne zu gelangen.

Gegen Frau Hulda Berger, Danzigerstr. 84, Klage der Rechtsanwältin auf Zahlung von 110 M. rückständigen Lohns. Die Beklagte erschien im Beistand ihres Sohnes Arthur Berger im Termin. Inzwischen wird die Höhe der Forderung nicht bestritten, jedoch der Einwand erhoben, daß nicht ihr der Betrieb gehöre, sondern ihrem Sohne Arthur. Dieser hatte aber im vorherigen Termin — da war die Klage gegen ihn gerichtet — behauptet, daß seiner Mutter der Betrieb gehöre. Gestern bespricht er die zu Protokoll genommene Behauptung und bezeichnet sich als Betriebsinhaber. Als Beweismittel hatte das Gericht den Vermieter der Arbeitsräume als Zeugen bestellt und eine Auskunft des Polizeipräsidenten erbeten. Der Vermieter bezeugte, daß er die Räume an Hermann Berger und dessen Ehefrau Hulda vermietet habe. Inzwischen sei Hermann Berger verstorben und ist nun dessen Ehefrau, die hier Beklagte, die alleinige Mieterin der Räume. Die polizeiliche Auskunft stützt sich auf die vom Sohne der Beklagten gemachten Angaben. Aus ihnen geht hervor, daß bald er, bald seine Ehefrau Inhaber des Betriebes waren. Eine Zeitung war sogar der Betrieb in Händen einer anderen Firma, der auch heute noch, im Inghischen der Sohn der Beklagten wieder Betriebsinhaber ist, die Arbeitsgeräte gehören. In der Auskunft heißt es weiter, daß die häufigen Änderungen mit den Inhabern als Schiedungen zu betrachten sind, weil der jetzige Inhaber, des Betriebes, der sich in vielen Zahlungsschwierigkeiten befindet, verdächtig ist, die Gläubiger überhaupt nicht befriedigen zu wollen. Das Gericht verurteilte die Beklagte, da feststehe, daß sie zur Zeit als der Kläger im Betriebe arbeite, die Mieterin der Räume gewesen sei und er deshalb auch annehmen mußte, daß er bei ihr arbeite. Während der Urteilsverkündung wurde der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Wölbling, der schon während der Verhandlung vom Beistand der Beklagten des öfteren unterbrochen wurde, von diesem trotz vorheriger Verwarnung wieder einige Male unterbrochen. Das Gericht verhängte deshalb nach vorheriger Beratung gegen ihn wegen Ungebühr vor Gericht eine einjährige Geldstrafe und verfügte seine sofortige Inhaftnahme.

Die Wohnungsfrage und die Stadt Leipzig.

Nachdem die Ausschüsse der Stadtverordneten bereits seit Monaten über die Wohnungsfrage gebrütet hatten, wurde am Mittwoch endlich das Resultat dieser brünnigen Bemühungen in öffentlicher Plenarsitzung gezeigt. Es ist ein dürftig Geschöpf mit blauen Wangen und heißen Augen. Der Rat der Stadt soll erstudiert werden, Baupläne zu beschließen, mit der zu sichernden Verpflichtung, auf ihnen keine Wohnungen von bestimmten Größen zu errichten. Ferner soll er ermahnen, künftiges Land zur Erbauung von Wohnhäusern in Erdbau zu vergeben. Und endlich soll um eine Änderung der Bestimmung im § 35 der städtischen revidierten Städteordnung petitioniert werden, wonach den Grundstücken, auf denen ausschließlich Wohnungen für Minderbemittelte erbaut werden, durch Ortsstatut mehrjährige oder dauernde Befreiung von Gemeindeleistungen zugesprochen werden kann. Dies ist der ganze Segen, den die gefassten Beschlüsse bringen. Zwar sprachen auch einige Vertreter des Bürgertums die Ansicht aus, daß auf den vorgeschlagenen Wegen nicht viel erreicht werde. Aber die große Mehrheit stimmte die Ergänzungsanträge, die die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hatte, und die bezweckten, die Grundstücke der Spekulation zu entziehen und ihre Profiteure zu begrenzen, nieder. Profit muß eben sein!

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: „Der Rat der Stadt zu ersuchen, zweckentsprechende gesunde, billige, kleine Wohnungen aus Mitteln der Stadt zu erbauen“, wurde ebenfalls abgelehnt. Von den bürgerlichen Stadtverordneten trat nur ein Viertelstündchen für ihn ein. In der Sitzung führte in der Begründung des Antrages aus, Pflicht der Gemeinden sei es, für Kleinwohnungen zu sorgen. Die Wohnungskontrolle reiche nicht aus, der Wohnungsnot zu steuern, ebenso sei die Selbsthilfe zu schwach. Die Gemeinden sollen die gemeinnützigen Baugesellschaften durch Vergabe von Land unterstützen. Die beste Reform aber sei der Bau von Wohnungen durch die Stadt selbst. Der Oberbürgermeister Dr. Dittrich erklärte, es könne nie Aufgabe der Stadt sein, für Private Wohnungen zu schaffen. Allerdings müßten Mittel und Wege gesucht werden. Wohnungsbau im Erdbau zu belassen, sei der Erwägung wert.

Die von den Stadtverordneten angenommenen Anträge mögen ein Beweis dafür sein, daß man im Bürgertum sich nicht mehr der Pflicht zu verschließen mag, der Wohnungsfrage Aufmerksamkeit zu schenken. Positiven Nutzen jedoch können sie nicht erzielen.

Trinkgelber als Dienstmädchenlohn.

Am Mittwoch zeigte wieder ein vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelter Prozeß die zwar nicht neue, aber vielen nicht bekannte Tatsache, daß auch in Berlin Dienstmädchen zuweilen ohne jeden Lohn, sondern nur gegen Trinkgelberverdienst als Entschädigung für ihre Dienste arbeiten. Es war in diesem Prozeß zwar strittig, ob die Klägerin E. nicht doch Anspruch auf Lohn hat. Sie behauptet, daß ihr die Beklagte, die Zimmervermieterin Friedrich, 25 M. Lohn neben dem Trinkgelberverdienst versprochen habe. Die Beklagte bestritt dies. Sie will der Klägerin nur einen Trinkgelberverdienst in Höhe von 25 M. monatlich garantiert haben. Da die Klägerin aber mehr als 40 M. Trinkgelberverdienst gehabt hat, sei sie nicht verpflichtet, ihr noch Geld zuzugestehen. Da die Beklagte zur Eidesleistung bereit war, ging die Klägerin auf den Vergleichsvorschlag des Gerichts, sich mit 10 M., die Forderung betrug 55 M., als abgefunden zu erklären, ein. Die Beklagte war allerdings nur mit Mühe zur Annahme des Vergleichs zu bewegen. Inwieweit Gerichten hätte das Oberverwaltungsgericht die Beklagte auf Grund des § 612 des Bürgerlichen Gesetzbuches verurteilen können und sollen. Nach dieser Gesetzesvorschrift gilt eine Vergütung als stillschweigend vereinbart, wenn die Dienstleistung den Umständen nach gegen eine Vergütung zu erwarten ist. Nimmt eine Zimmervermieterin ein Dienstmädchen an, so gilt danach eine Vergütung als selbstverständlich. Die Beklagte hätte zu beweisen gehabt, daß Vergütung durch die angebotene Trinkgelberabrede ausgeschlossen war.

Aus Industrie und Handel.

Agrarierum in Reinkultur.

Auf dem in vergangener Woche in Swinemünde abgehaltenen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag bemerkte — unter lebhafte Beifall, wie in einem Bericht der „R. Zig.“ vermerkt wird — Oekonomierat Dr. Nabe-Galle u. a.:

„Man müsse den Landwirten sagen, daß sie ihr Geld nur zu den ländlichen Kreisparzellen bringen dürfen, nicht zu den städtischen; denn diese verwenden ihre Ueberschüsse zum Bau von Wärmehallen, zur Versorgung von Strochen und nehmen und die Arbeiter weg. Damit schädige sich der Landwirt also selbst.“

So sieht das Agrarierum in Reinkultur aus! Durch die schamloseste Lebensmittelpolitik werden die Arbeitermassen rücksichtslos ausgebeutet, und wenn dann einzelne Städte in der allerbedauerlichsten Weise für die bejammerwürdigsten Opfer der agrarischen Wucherpolitik sorgen, dann werden die Ausgeländerten als

Strolche beschimpft. Bei den Zolltarifdebatten erklärte man, die durch Zollserhöhung erlangten höheren Verkaufspreise sollten auch dazu dienen, die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter zu verbessern; nun das Junkertum die Milliardenbeute im Saß hat, erfährt man, daß der Lebensmittelpolizist sogar ein Mittel sein soll, dem Agrarierum noch billigere Arbeitskräfte zu beschaffen, indem man die Opfer der Kländerei zwingen will, sich auf Gnade und Ungnade den Liebesgabenstrolchern auszuliefern. Echt agrarisch!

Bierpreisrückgang.

Zwischen den Getreidewirten und den Brauereien sind in den größeren Städten Deutschlands Verhandlungen im Gange, die darauf hingingen, die Erhöhung der Biersteuer rasch und gründlich auf das Publikum abzuwälzen. Die Brauereien sollen sich verpflichten, keinem Gastwirt Bier zu liefern, der die Steuer unterbietet. In diesem Zwecke will man Mindestverkaufspreise vereinbaren. Außerdem wird von den Brauereien verlangt, daß sie auf eine Einschränkung des Flaschenbierhandels hinarbeiten. Es fehlt nur noch, daß man in der Kunst des Nichtwohlfühlens weitere Fortschritte macht, dann können die Wirte sich als Verein gegen Alkoholmißbrauch patentieren lassen.

Die wirtschaftliche Lage.

Einem ganz erheblichen Rückgang hat im laufenden Jahre die Milchzufuhr erfahren. In den ersten drei Monaten wurden insgesamt nur 128 708 Doppelzentner eingeführt gegen 183 208 Doppelzentner in der nämlichen Zeit des Vorjahres. Der Milchimport ist in diesem Jahre nicht einmal so groß wie im Jahre 1907, da sie in den ersten vier Monaten einen Umfang von 131 008 Doppelzentner hatte. Aus der Statistik der gewerblichen Erzeugnisse für das erste Vierteljahr 1909 geht hervor, daß der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung in dieser Zeit gegenüber dem nämlichen Zeitraum des Vorjahres um mehr als 1/2 Pfund zurückgegangen ist. Der Konsum von Schweinefleisch allein sank um beinahe 1 Pfund (50 Dezagramm) pro Kopf oder um 2 Kilogramm pro Familie. Stellte sich die Gesamtversorgung mit Schweinefleisch im ersten Quartal 1908 auf 363,96 Millionen Kilogramm, so fiel sie im ersten Quartal laufenden Jahres auf 228,27 Millionen Kilogramm pro Kopf. Diese Abnahme entspricht bei einer vierköpfigen Familie einer Einschränkung von 6,24 Kilogramm.

Angesichts solcher Erscheinungen sucht man frampfhaft nach günstigeren Symptomen, die zur Hoffnung auf Besserung berechtigen. Ein Lichtblick ist die etwas regere Tätigkeit in verschiedenen Industriezweigen. So fördert, begünstigt durch die Frühjahrszeit im Baugewerbe, die Besserung in der Holzindustrie langsam fort.

Die Textilindustrie ist gut beschäftigt, zum mindesten nicht schlechter als im Jahre der Hochkonjunktur, und das war nach der Abnahme des Jahres 1908 vorausgesehen. Jedenfalls bildet das rasche Anpassen der Textilfabrikanen an die Schwankungen der Konjunktur durch Entlassung „ihrer“ Arbeiter und auf Kosten derselben eine bezeichnende Illustration zu der „Arbeiterfreundlichkeit“ der Unternehmer überhaupt. — Gemäß der jüngsten Nachforschungen zeigt die Textilindustrie in allen ihren Zweigen ein normales Bild und lauten die Berichte aus allen ihren Fabrikationszentren günstiger. Auf die Details dieser Berichte eingegangen erlaubt sich um so mehr, als die Lage der Textilindustrie finanziell eine kräftige ist.

Von sonstigen Tatsachen, die die wirtschaftliche Lage illustrieren, seien nur noch folgende erwähnt: Die Abnahme in der Maschinenzufuhr, die Absatzrückgang in der Lederbranche, das Ansteigen des Spielwarenexports und die zunehmende Ausfuhrbewegung nach den Vereinigten Staaten, der eine Abnahme der Einfuhr aus Nordamerika gegenübersteht. Die regere Aufnahme-fähigkeit des amerikanischen Marktes läßt freilich wegen der drohenden Erhöhung des Zolls durch die vielerörterte Tarifrevision keine ungemischte Freude auskommen.

Raid oder frech. Die Agrarier in Oesterreich-Ungarn haben sich unsere reichsdeutschen Liebesgabenpolitiker zum Muster genommen. Und so verlangen die Herrschaften dort auch die Einführung des Einfuhrzollsystems. Dagegen wendet sich der — deutsche Mäckerbund. Er hat einen Beschluß gefaßt, in dem die Verbündeten Regierungen aufgefordert werden, die Einführung der Melkhauszollprämie in Oesterreich-Ungarn zu verhindern — oder das von dort nach Deutschland eingeführte Mehl mit einem höheren Zoll zu belegen. — Angesichts der Ausmünderung des Einfuhrzollsystems in Deutschland durch Agrarier und Exporteure müdet der Beschluß sonderbar an. Es fehlt nur noch, daß unsere Agrarier ein Einfuhrverbot fordern, dann könnte die Freiheit in der Raivetät doch wohl nicht mehr übertrumpft werden.

Die Ziegelei während der Krise. Die stark die deutsche Ziegelei unter der schwachen Bautätigkeit im Jahre 1908 zu leiden hatte, darüber orientiert der jüngste Verwaltungsbericht der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft. Nicht nur ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 293 072 im Jahre 1907 auf 277 907 im Jahre 1908 zurückgegangen, die gesamte Lohnsumme, die von 10 809 Ziegeleien an ihre Arbeiter bezahlt wurde, sank von 195,72 auf 188,91 Millionen Mark. Die Abnahme stellt sich auf 12,81 Millionen Mark.

Neue Ausichten.

Welche Fleischpreise wir zu erwarten haben? Darüber, so schreibt die „Allgemeine Fleischzeitung“, geben die letzten Berliner Viehmärkte einen Anhalt. Trotzdem der Schweinefleischkonsum in der jetzigen Jahreszeit erfahrungsmäßig am schwächsten ist, ist der notierte Preis sprunghaft auf 67—68 M. pro hundert Pfund für Schweine gestiegen, in Wirklichkeit sind aber bis 74 M. bezahlt worden; im vorigen Jahre zu derselben Zeit betrug der Preis 58 M. pro hundert Pfund. Wir stehen aller Voraussicht nach vor Fleischpreisen, welche höher sein werden, als sie seit Jahren gewesen sind.

Vorsicht bei Auswanderung. Man schreibt uns: Vielfach zahlen Auswanderer ihr ganzes flüssig gemachtes Vermögen bei den Reisebureaus ein, gegen einen Scheck auf eine Bank in den Vereinigten Staaten. Will der Ausgewanderte diesen den Scheck einlösen, schießt er oft auf unermutete Schwierigkeiten. Die Bank verlangt, der Scheckinhaber soll eine ihr bekannte Person mitbringen, die bezeugen kann, daß er auch der berechnigte Inhaber des Papiers ist. Alle Versuche, durch andere Legitimationen sich auszuweisen zu dürfen, schlagen fehl, und eine wie verlangt qualifizierte Person kann der eben Eingewanderte natürlich nicht aufstreiben. Nun bemüht dieser sich zum Konsulat, dergestalt, er setzt mit dem vermittelnden Reisebureau sich in Verbindung, und schließlich, nach oft monatelangen Din- und Herschreiben und erheblichen Auslagen, bekommt er sein Geld zurück, natürlich ohne einen Pfennig Zinsen. Das ist ein Lebensstand, der der Abhilfe bedarf; vorläufig muß der Einzelne selbst sich schützen.

Nationale Preispolitik.

Die Wirkungen der Preispolitik der Kohlenyndikate werden betreffend beleuchtet in dem dieser Tage herausgekommenen Jahresbericht des städtischen Gaswerks der Stadt Altona. Es heißt da: „Die schon im vorjährigen Bericht müssen wir auch diesmal wieder auf die unmäßigen Ansprüche der Kohlenyndikate hinweisen, die trotz des geschäftlichen Niederganges eine weitere Steigerung der Kohlenpreise durchsetzten. Wir hatten wegen der Abfälle eine große Anzahl Verhandlungen mit den verschiedenen Syndikaten, teilweise in Gemeinschaft mit anderen Gaswerken, und bei allen Verhandlungen, gleichviel mit welchem Kohlengebiet

dieselden geführt wurden, zeigte sich dieselbe Absicht der Syndikate, noch schnell, ehe die Krise weiter hereinbrach, die Abfälle zu tätigen und eine Knappheit auf dem Gaslohnmarkt vorzuspiegeln, die in Wirklichkeit gar nicht bestand.

Um die Preise auf dem einheimischen Markt zu halten, wurde die Förderung teilweise bis zu 40 Proz. eingeschränkt und das Exportgeschäft unter weit schlechteren Bedingungen zum Schaden der deutschen Verbraucher bevorzugt. Wirksam unterstützt wurden die Syndikate dabei durch die Großhändler, indem jede dieser beiden Parteien der anderen die Schuld zuschob, um mögliche Verwirrung bei den Verhandlungen herbeizuführen. Wie eine Reihe anderer Gaswerke griffen daher auch wir diesmal zu dem letzten Mittel, nämlich unseren Kohlenbedarf in nicht unwesentlichem Umfange im Auslande zu decken. Der englische Kohlenmarkt machte sich die Preispolitik der deutschen Syndikate zu nütze, um sein Absatzgebiet zu erweitern, und es wird den deutschen Lieferanten schwerfallen, sich die einmal verlorenen Absatzmengen wiederzugewinnen, solange der englische Markt nicht die deutschen Preise übersteigt. So bedauerlich es ist, daß eine große Menge Geld auf diese Weise in das Ausland wandert, so haben doch einzig und allein die deutschen Kohlenyndikate die Veranlassung dazu gegeben. Welche Preisunterschiede dabei in Betracht kommen, geht daraus hervor, daß wir den Waggon englische Kohlen frei Bahnhof 18 Mark billiger kauften als sächsische Kohlen und 23 Mark billiger als westfälische. Bei unserem Bedarf von 600 Doppelwagen beträgt demnach der Gesamtpreisunterschied rund 12 000 M. im Jahre, und wir werden wahrscheinlich dazu kommen, noch größere Mengen als bisher im Auslande einzudecken. Erst durch den Druck, den die Gasanstalten durch den Bezug englischer Kohlen auf die Syndikate ausübten, haben diese in letzter Zeit die Kohlenpreise etwas, aber längst nicht in genügendem Maße, herabgesetzt.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, letzter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl, werktätig abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geschäft 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

R. G. D. Je mehr Kraftleistung von der Maschine verlangt wird, um so größer der Energieverbrauch, in diesem Falle also der Stromstärke. — R. G. 23. Gasler „Vorwärts“, Basel, Weiserstr. 29, Straßburger Hof. — R. G. 76. 1. 12. 10. 1. 12. 10. 1. 12. 10. 1. 100. Friedemann, „Mora“, erscheint in Würzburg bei R. G. Oberst. Jahrbücher für wissenschaftliche Botanik, erscheint in Berlin SW., Schöneberger Str. 17a, bei Gebr. Bornträger. Botanisches Zentralblatt, erscheint in Kassel bei Gebr. Gottschalk. Botanische Zeitung, Verlag Arthur Reitz in Leipzig. — R. G. 99. Gelehrte steht dem nicht entgegen. — R. G. 7. Soweit uns bekannt ist — R. G., Nigbori. Ähnliche Angaben existieren darüber nicht. Wie selbst können eine Anfrage nicht vornehmen. — Südamerika 1909. Werben Sie sich an das Bureau für Auswanderer Schellingstr. 4. — Verro Hf. 9. 1. 1909. Das kommt auf die gegenseitige Vereinbarung an. — Zwei Streitende 1000. Die Erde ist beinahe nochmal so groß als der Mond. — M. 2. 1884. 1. Vom Beitritt zu dieser Klasse ist abzurufen. 2. Offenbacher Krankenliste für Frauen. Adresse für Berlin: Wilhelm-Platz, Lindenstr. 66. — M. 75. Der Preis des Buches beträgt 6 M. — R. G. 23. Reimer. — Zwei Streitende. Rein. — R. G. 17. Weiz. — R. 1000. Die Ehefrau würde nicht kraftlos sein, weil Diebstahl unter Eheleuten straflos ist. Der Ehemann könnte aber die Rückgabe der Sache und des Geldes erzwingen. — R. G. 35. 1. Ja aber die Zeit, wo die Wohnung zu beschließen ist, im Vertrage nicht vereinbart, so muß der Mieter die Wohnung zu angemessener Zeit beschließen lassen. Kommt aber die Frage, was eine angemessene Zeit ist, eine Einigung nicht zu Stande, so hat das Gericht zu entscheiden. In Berlin wird im allgemeinen die Zeit von 9 bis 6 Uhr vom Gericht als angemessen erachtet. — R. G. 21. Es können unter Darstellung des Sachverhalts bei Gericht den Erlaß eines Zahlungsbefehls beantragen oder auch gleich Klage einreichen. Klagen und Anordnungen werden in der Anmeldebüchse Grunerstraße entgegengenommen. — R. G. 7. Dessenfalls scharfe Arbeit ist durch Polizeiverfügung für den Sonntag verboten. Ein Widerspruch gegen den Strafbefehl hätte deshalb wenig Aussicht auf Erfolg. — R. G. 2. 1. Ja, Verjährung liegt keineswegs vor. 2. St. R. 11. 1. und 2. Großjährig werden junge Leute ohne Unterschied des Geschlechts mit dem 21. Lebensjahre. Auf Antrag kann das Vormundschaftsgericht ein Kind vom 18. Jahre an für großjährig erklären. 3. Das allein wäre kein Grund. Es müßte hinzukommen, daß die Großjährigkeitserklärung im Interesse des Mündels liegt. 4. Es erübrigt nicht rückzahlbare Spenden. — R. G. 7777. Ja. — R. G. 22. Wenn im Vertrage nicht ausdrücklich schriftliche Kündigung ausgemacht worden ist, ist die erfolgte Kündigung rechtsgültig. — R. 1. Ja. — R. 100. 1. Rein. 2. Rein. — R. G. 4. Der Mann ist im Unrecht. Verlangen Sie unter Androhung einer Klage, daß er Ihr Recht anerkennt und Klagen Sie eventuell gegen ihn wegen Beschädigung. Bestimmt sich der Mann oder die Witwe bei Beginn der Wohnung an Wiederkäufer angehörlieh, so können Sie trotz des Rechtes zur Beschäftigung hinausgewiesen werden. Die Nichtbefolgung der Aufforderung wäre Hausfriedensbruch. — R. G. 28. Ja. Sie können auf Unterlassung derartigen Ausstellungen klagen. — Paul, Nigbori 2. Ja. Ihre Kündigung ist verpätet. Wie wir wiederholt dargelegt haben, muß eine Kündigung, für die eine Frist von drei Monaten und drei Tage vereinbart ist, spätestens am 27. Juni in den Händen des zu kündigenden sein. — R. G. 13. Ja. M. 20. 1. Erstlich ein Brief in Substantiation ein Haus, so kann er bis am 30. des Monats, der auf das Erhebungsquartal folgt, länger dauernde Verträge zum Schluß des Quartals kündigen. Ist das Haus im Juli verpachtet, so kann er also bis zum 31. Oktober zum 31. Dezember kündigen. 2. Wenden Sie sich an Genossen Eimanonki, Engel-Aller 13. 3. Ja, das Weiterleben ist zu empfehlen. Es müssen aber mindestens in je zwei Jahren 40 Markien gestiftet werden. Der Weiterlebende hat die Wahl, welche Klasse er leben will. — R. G. 12. Das ist möglich. Sie müssen sich mit der Steuerdirektion in Verbindung setzen. — R. G. 6. 1. Ja, aber die Klage müßte innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis des Sachverhalts angebracht werden. 2. Die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. 3. Das können Sie halten wie Sie wollen. — R. G. 2. Das von Ihnen Vorgetragene rührt zu einer Scheidungsklage nicht aus. Lehnen Sie ab, die Frau wieder aufzunehmen, so würde dies auf Herstellung des ehelichen Lebens klagen können. — R. G. 1. 1. Ja. 2. Sie müssen einen neuen Antrag stellen. — R. G. 9. Wenn Sie in dem Prozeß beweisen, daß der Doktor in der Tat gekündigt hat, daß seine Anordnungen durchaus zweckmäßig waren, so würde die Klage des Arztes abzuweisen sein. Leider ist der Beweis außerordentlich schwer zu führen. Da die Gerichtskosten den Unterlegenden treffen, so empfiehlt es sich, wenn Sie Ihrer Sache nicht ganz sicher sind, nicht zu klagen. — R. G. 3. — R. G. 300. Rein. — R. G. 10. 1. Rein. 2. Ja. 3. u. 4. Das läßt sich ohne Kenntnis der Akten nicht berechnen. — R. G. 8. Grundes. Leider ist die Steuerrechnung nicht verpätet. — R. G. 33. 1. Lassen Sie sich durch das Bezirkskommando und Polizei einen Auslandspaß geben. 2. u. 3. Zuverlässige Auskunft erhalten Sie bei den amtlichen Auslandsstellen der Eisenbahnstationen am Alexanderplatz, Schleißerhof, Bahnhof, Friedrichstraße, Potsdamer Bahnhof usw. — Max 43. Leider ist das Vorgehen der Behörde dem Gesetz entsprechend. Welche Hilfe eine noch-mögliche Eingabe an die Steuerdeputation. — R. G. 338. Ihr Bruder könnte sich nur bei dem Kirchenward beschweren. — R. G. 7. Rein. — R. G. 75. Sie wählen zunächst die Entscheidung der Aufsichtsberechtigten anrufen und dann beim Amtsgericht weiter klagen. Ihre Klage entspricht unserer Ansicht nicht dem Gesetz. — R. G. 9. Wenden Sie sich direkt an das Patentamt. — R. G. 2. Der Mann könnte noch nachträglich einwenden, daß er mit der Kündigung nicht einverstanden ist, weil sie verpätet ist. — 100. Eine Widerspruchsklage Ihrer Frau gegen eine eventuelle Kündigung würde voraussichtlich Erfolg haben. — R. G. 2. Die Anordnung täglichen ärztlichen Besuches ist zulässig. Selbstverständlich an das Arbeitersekretariat, Engelstr. 15. — R. G. 16. Rein. — R. G. 6. Leider ist Ihre Kündigung unzulässig und verpätet. Sie können jetzt nur zum 1. Oktober 1910 kündigen. Der späteste Kündigungstermin ist in Ihrem Falle der 27. Juni. Eine spätere Kündigung ist gültig. — R. G. 100. Leider ja. — R. G. D. 74. Die Rente wird etwa 15 M. betragen. Eine Gegenrechnung gegen die Rentennormierung ist zulässig. — R. G. 12. 1. Die Verjährung würde erst mit Ausgange des Jahres 1912 eintreten. 2. Ueberes Ermessen ja. 3. Bis zu sechs Jahren.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Das Sommerfest des Wahlvereins findet morgen, Sonnabend, den 10. Juli in der „Neuen Welt“, Hasenheide 109-114 statt. Von 4 Uhr ab großes Gartenkonzert und darauffolgender Spezialitätenvorstellung, turnerischen Aufführungen der „Freien Turnerschaft“, großer Fackelzug. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Großes Brillantenfeuerwerk. Im großen Saale Ball. Herren zahlen 50 Pfennig nach. Die Kasse für die Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung. Einladungskarte 25 Pf.

Pankow. Am Sonntag, den 18. Juli, von nachmittags 2 Uhr ab findet im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102 das Sommerfest des Wahlvereins statt. Da durch geeignete Arrangements für Amüsement und Unterhaltung bestens gesorgt ist, wird zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen mit ihren Angehörigen erwartet. Eintrittskarten zum Preise von 25 Pfennig sind bei den Funktionären, sowie in den bekannten mit Plakaten belegten Lokalen erhältlich. Das Festkomitee.

Reinickendorf-West. Sonntag, den 11. d. M. feiert der Wahlverein bei J. Gordes, Ede Eichborn- und Waldstraße sein viertes Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, Gesang und unter Mitwirkung der Volkstänzer-Gesellschaft S. Reimondowsky. Anfang des Konzerts 4 Uhr, Tanz 5 Uhr. Für die Kinder finden Kinderbelustigungen statt. Da wirklich etwas Gutes geboten wird, bittet um regen Besuch Das Komitee.

Berliner Nachrichten.

Aus Gefälligkeit?

Wer einmal einen Spaziergang in der Straße Unter den Linden unternommen hat und dabei ein menschliches Bedürfnis empfand, wird oft rasselnd umhergeirrt sein nach einem stillen Ort, wo er dieses Bedürfnis befriedigen konnte. Er wird wahrgenommen haben, daß in der langen Straße nur eine einzige Abortanstalt vorhanden ist, die gegen entsprechendes Eintrittsgeld Zutritt gewährt; eine offene Bedürfnisanstalt fehlt. Nur oben in der Gegend des königlichen Schlosses, im Lustgarten, finden wir offene Pissoirs; außerdem am Zeughaufe an der Schloßbrücke eine gegen Entgelt zugängliche Bedürfnisanstalt. Sei es nun, daß der Anblick dieser Anstalten für manche empfindliche Augen unästhetisch wirkt, oder sei es aus einem anderen und nicht erfindlichen Grunde, kurz und gut: Magistrat und Stadterordnete haben in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien beschlossen, die genannten Abortanstalten zu beseitigen und Ersatz dafür zu schaffen durch den Bau einer unterirdischen Bedürfnisanstalt in der Straße „Am Zeughaufe“. Warum, aus welchen Gründen die jetzigen Anstalten beseitigt werden sollen, darüber schweigt sich der Magistrat aus. Das einzige, was man noch erfährt, ist, daß eine „andere Stelle“, an der ein Ersatz für die zu beseitigenden Anstalten durch eine oberirdische Anstalt geschaffen wird, in der Nähe des Museums, des Domes, des königlichen Schlosses und des Zeughauses sich nicht ausfindig machen lasse. Man beachte: Der Magistrat spricht selbst in seiner Vorlage von „zu beseitigenden Anstalten“. Diese Wendung läßt den Schluß zu, daß von irgendeiner Stelle aus ein Auftrag geworden ist. Dabei macht sich der Magistrat in seiner Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung noch einer Unwahrhaftigkeit schuldig. Er spricht von der Beseitigung der Abortanstalten an der Nordwestecke des Bürgersteiges der Schloßbrücke und westlich von der Friedrichsbrücke auf der Ostseite der Museumstraße sowie eines siebenständigen Pissoirs im Lustgarten. In Wirklichkeit ist die Anstalt auf der Ostseite der Museumstraße westlich der Friedrichsbrücke schon seit Jahr und Tag entfernt, und zwar mit dem Zeitpunkt, da der Platz neben dem Dom nach der Friedrichsbrücke und der Spree zu eine Anlage umgewandelt ist. Beachtlich ist auch, daß der Magistrat eine andere Stelle in der Umgebung des königlichen Schlosses zur Aufstellung wenigstens einer oberirdischen Anstalt nicht ausfindig machen konnte. Alle diese Momente lassen doch sonderbare Schlüsse zu und die Frage aufwerfen: Wen stört der Anblick der oberirdischen Pissoirs?

Daß bei dem großen Verkehr in jener Gegend die Beseitigung mehrerer Bedürfnisanstalten und deren Ersatz durch eine einzige in gesundheitlicher Beziehung einen Rückschritt, sogar einen schweren Fehler bedeutet, unterliegt unseres Erachtens keinem Zweifel. Der Umstand, daß die Ersatzanstalt eine unterirdische ist, ändert an dieser Tatsache nicht das geringste. Die Wege zu ihr werden durch die geplante Beseitigung mehrerer Anstalten weiter und viele Fremde dürften die neue Anstalt gar nicht erst finden.

Magistrat und Stadterordnete wollen sich aber nicht lumpen lassen, sie sind ohne weiteres bereit, für Befriedigung der Bedürfnisse der L. rger zu sorgen, auch wenn die Geschichte etwas teuer ist. Und billig ist der Bau der am Zeughaufe geplanten unterirdischen Bedürfnisanstalt keineswegs. Anfanglich war die Summe von 50 000 M. hierfür ausgeworfen. Es hat sich aber herausgestellt, daß dieser Betrag nicht reicht; wenigstens 86 000 M. soll die unterirdische Anstalt kosten. Aber was tut man nicht alles, um ja nicht anzustehen. Würden in Berlin nur 100 solche Anstalten gebaut werden, würde eine Summe von 8,6 Millionen notwendig sein. Und da unsere Stadterverwaltung gegenwärtig stark vom Sparfahndtrieb beherrscht ist, dürfen wir ruhig der Dinge harren, die da kommen sollen. Die eine unterirdische Anstalt am Zeughaufe als Ersatz für drei Anstalten wird vorläufig keine Nachfolger finden.

Die Arbeiten für die Errichtung des Schillerhains haben in den letzten Wochen augenfällige Fortschritte gemacht. Der nordwestliche Teil des großen Geländes an der Varusstraße usw. ist mit einer 60 Zentimeter hohen Schicht schwarzer Erde bedeckt worden. Dort ist der Flugland schon vollständig bedeckt, nur die Kluppen der sogenannten Mehberge, Reste ehemaliger Dünen, laden die Kinder der dortigen Gegend noch vielfach zum Sandbuddeln ein. Außer der „Schillerreihe“ sind noch Linden gepflanzt worden. Mit weiteren Anpflanzungen soll im Herbst begonnen werden. Das weissenförmige Gelände wird zur Ausgestaltung des Parks, Anlage der Terrassen usw. benutzt. Das Material für die Auffüllung liefern die nahen Müllberge und Kiesfelder. Mit Klippen, die auf Meinen Schienen laufen, wird der Schutt, das verrotte Müll usw. angefahren. Die Kiesfelder liefern Schluff als wertvollen Dünger, ohne den auf dem Dünenlande schwerlich etwas gedeihen würde.

Gansbühne und Straßenbahn. Infolge des Abbruchs der südlichen Ede der alten Gansbühne kann der Straßenbahnbetrieb auf der Brücke nicht aufrecht erhalten werden. Die Höhe der Berliner Straßenbahn ist deshalb genötigt, von Freitag, den 9. Juli, an, für die Dauer der Bauarbeiten den Verkehr auf der Linie 17, Greißwalder Straße—Roabit, durch Umsteigen aufrecht zu erhalten. Die Dauer der Arbeiten wird auf vier bis fünf Wochen geschätzt.

Der diesjährige Ferien-Personenverkehr auf den Berliner Fernbahnhöfen hat nach den amtlichen Feststellungen den vor-

jährigen wiederum an Umfang übertraffen, wie die nachfolgenden Zahlen (denen die vorjährigen Zahlen zum Vergleich in Klammern beigelegt sind) erkennen lassen. Der Verkehr setzte am Freitag, den 2. Juli, mit einer Anzahl von 61 895 (49 637) verkaufte Fahrkarten ein, erreichte den Höhepunkt am Sonnabend, den 3. Juli, mit 81 609 (75 658) Fahrkarten und ging dann zurück am Sonntag, den 4. Juli, auf 69 030 (56 214), am Montag, den 5. Juli, auf 56 472 (50 358) und am Dienstag, den 6. Juli, auf 39 836 (37 844) Fahrkarten. In den bezeichneten fünf Tagen verließen also Berlin mit den Fernzügen zusammen 309 742 (270 008) Personen. Auch der Gepäckverkehr hat gegen das Vorjahr an Umfang zugenommen. Es wurden abgefertigt: am 2. Juli 26 581 (24 126) Gepäckstücke, am 3. Juli 27 986 (23 576), am 4. Juli 17 224 (14 100), am 5. Juli 17 534 (14 818) und am 6. Juli 15 294 (12 149) Gepäckstücke. Zur Bewältigung des Ferienverkehrs wurden außer den fahrplanmäßigen Zügen 48 Feriensonderzüge und 231 Vor- und Nachzüge abgefahren; davon entfielen auf den 2. Juli allein 62 und auf den 3. Juli 105 Züge. Auf die größeren Bahnhöfe verteilte sich der Verkehr wie folgt: Den ersten Platz nahm wiederum der Stettiner Bahnhof ein, hier wurden an den erwähnten Reisetagen 102 113 (77 006) Fahrkarten verkauft, es folgten sodann der Anhalter Bahnhof mit 44 733 (41 338), der Lehrter Bahnhof mit 27 770 (26 859), der Schlesische Bahnhof mit 23 426 (22 546), der Fernbahnhof „Friedrichstraße“ mit 22 068 (20 512) und der Görlitzer Bahnhof mit 20 098 (18 788). Man erzieht hieraus, daß die Zunahme des Verkehrs fast alle Bahnhöfe gleichmäßig umfaßt; etwas abgenommen hat die Zahl der verkauften Fahrkarten nur auf dem Potsdamer Bahnhof (15 420 gegen 15 802 i. Vorj.) und auf dem Bahnhöfen „Zoologischer Garten“ (13 046 gegen 13 111). Die Zahl der abgefertigten Gepäckstücke hat aber trotzdem auch auf diesen Bahnhöfen zugenommen.

Die Wessensfütterung fand gestern vormittag gegen 9 Uhr in der Christlichen Herberge in der Oranienstraße statt. Wäß bis zehn Schuppleute und mehrere Kriminalbeamte erschienen in der Herberge und ließen alle Anwesenden, etwa 250 Personen, auf dem Hofe antreten, um sie zur Wache zu transportieren und sie hier nach den Personalien zu kontrollieren. Ein Arbeiter, der zufällig nach der Herberge gegangen war, um für seinen Meister einen Arbeitslocher zu besorgen, teilt uns mit, wie es ihm dabei ergangen ist. Auf dem Herbergs Hofe wurde er angelappt, das Rauschen zu unterlassen, was er unter dem Hinweis zurückwies, er sei ein Berliner Bürger. Auf dem Hofe des Polizeireviere hat er einen Beamten, doch schnell für seine Vernehmung zu sorgen, da er keine Zeit habe. Das wurde abgelehnt. Als der Mann vernommen wurde, stellte sich heraus, daß er keine Papiere bei sich trug, er wurde zurückgeschoben, bis alle anderen Sisierten kontrolliert waren. Erst dann wurde beim zuständigen Revier angerufen und als von da nicht sofort eine betriebende Antwort kam, fielen Nebenarten von dem Berliner Bürger, der schließlich noch nicht einmal gemeldet wäre. Erst später kam die Antwort, daß die Meldung korrekt vorläge, und es erfolgte die Entlassung, allerdings war es schon 1/12 Uhr geworden. Und eine solche Behandlung muß man sich in einem Staate gefallen lassen, in dem so viel von Recht und Ordnung die Rede ist.

Verhaftete Sittlichkeitsverbrecher. Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen ist gestern abend in dem Dorfe Rieder-Neuendorf verübt worden. Dort fand in dem Marzahnischen Lokal ein Kinderfest statt, an welchem auch die 18 Jahre alte taubstumme Tochter des Milchhändlers G. teilnahm. Als sich die Kleine gegen 1/11 Uhr nach der elterlichen Wohnung begeben wollte, wurde sie von einem Manne überfallen und vergewaltigt. Hierbei wurde der Täter über beobachtet, der, nachdem er eine gehörige Tracht Prügel erhalten hatte, der Disziplin übergeben wurde. Der Verhaftete ist ein Arbeiter K. aus Hennigsdorf. — Wegen mehrerer Sittlichkeitsdelikte auf Kinder wurde gestern in Erfner ein obdachloser etwa 30 Jahre alter Arbeiter festgenommen, dessen Personalien bisher noch nicht ermittelt werden konnten. Er hatte auf der Chaussee 6-7-jährige Mädchen an sich gelockt und sie in den Wald zu verschleppen versucht. Durch hinzukommende Passanten wurde der Verurteilte an der Ausführung der Verbrechen verhindert und verhaftet. — Wegen Blutschande ist gestern der Kontinentwirt B. aus Kallberge verhaftet worden. Er soll sich wiederholt an seiner 14-jährigen Stieftochter vergangen haben.

Warnung vor einer Sabinelenausstellung. Ein wegen Betruges bereits verurteilter Hamburger Ausstellungsmacher, vor dem die Polizeibehörden wiederholt öffentlich gewarnt haben, will unter dem Deckmantel eines „Internationalen Vereins Fortschritt E. V.“ in Pinneberg bei Hamburg vom 22. bis 28. Juli d. J. eine „Internationale (1) Ausstellung für Handel, Gewerbe, Industrie“ inszenieren. Die „Ständige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie“ warnt dringend vor diesem Schwindelunternehmen. Die auf der Ausstellung zur Verteilung gelangenden „Auszeichnungen“ sind wertlos, ihr öffentlicher Gebrauch würde strafbar sein.

Nach Veruntreuung von über 100 000 M. ist der Inhaber eines technischen Instituts in der Luisenstr. 59, Albert D., flüchtig geworden. Seine beiden Brüder, die an den Beträgen beteiligt sein sollen, sind von der Polizei verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden. Albert D. mietete im Hause Luisenstr. 59 mehrere Räume für jährlich 2200 M. und eröffnete ein Geschäft für chemische und pharmazeutische Artikel. Die Ware bezog er von renommierten Firmen gegen Ziel von drei bis vier Monaten. Dann erließ er Inzerate, in denen er einen stillen Teilhaber für sein „gut rentiertes Unternehmen“ suchte. Es meldeten sich auch, soweit bis jetzt bekannt ist, zehn Bekannte, die Einlagen von je 10 000 bis 20 000 M. leisteten. Jeder von diesen glaubte, der einzige Teilhaber zu sein, und er wurde darin durch die Vorgespiegelungen der beiden Brüder D., die dieser unter den Namen Krause und Schulz als Wuchhalter und Profurist vorstellte, bestärkt. Um die Geldgeber sicher zu machen, wurden gefälschte Bücher mit äußerst günstigen Bilanzen und Geschäftsaufträge vorgelegt. Am 13. Juni verließ der Geschäftsinhaber mit seiner Frau und drei Kindern bestehende Familie, angeblich nach dem Seebade Sellin auf Rügen. Dort langten auch zahlreiche Briefe und Anfragen an D. an, sie konnten aber nicht bestellt werden. Als darauf einige städtische geordnete Geldgeber in dem D.'schen Kontor Auffklärung forderten, wurde ihnen von den beiden Brüdern D. erwidert, ihr Chef habe sich ausdrücklich verpflichtet zu werden. Am 1. Juli wurde der Betrag dadurch aufgebrochen, daß fast alle Geldgeber gleichzeitig im Geschäft erschienen, um Aufschlüsse über das Geschäft zu erhalten. Erkundigungen beim Hausverwalter ergaben, daß auch die letzte Rente noch nicht bezahlt war. Jetzt wurde Anzeige bei der Kriminalpolizei erstattet, die sofort eine Hausdurchsuchung vornahm, alle vorhandenen Briefschaften beschlagnahmte und die beiden unter falschen Namen auftretenden Brüder D. verhaftete. Die „sorgfältig geführten“ Geschäftsbücher waren nicht mehr auffindbar. Wahrscheinlich hat sie D. vor seiner Flucht vernichtet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere, bisher nicht bekannte stille Teilhaber gepöckelt worden sind. Da auch den Lieferanten gegenüber noch erhebliche Verbindlichkeiten bestehen, so dürfte die Höhe der unterschlagenen Summe über hunderttausend Mark betragen.

Ein Dieb in der Großen Berliner Kunstaussstellung. Ein raffiniert verübter Diebstahl wurde Mittwochnachmittag in der Großen Berliner Kunstaussstellung ausgeführt. Dort verschwand plötzlich im Kabinett 5 d eine Marmorfigur, die noch kurz vorher auf ihrem

Platz gestanden hatte. Es handelt sich um eine reizende Tierfigur „Der Steinadler“ von Paul Zeißler. Der Fall ist um so peinlicher, als das Werk für die Kunstaussstellungs-Lotterie angekauft worden war. Außerdem war es noch einmal privatim verkauft worden. Der Dieb hat also einen guten Geschmack befunden. Im übrigen muß er die Tat wohl länger Hand vorbereitet haben, denn die ziemlich gewichtige Plastik läßt sich nicht mit einer Tasche wegbringen. Der Diener, der mehrere benachbarte Kabinette zu beaufsichtigen hat, nahm den Verlust gleich wahr. Es wurde sofort das ganze Personal der Ausstellung alarmiert, aber der Dieb hatte inzwischen wohl schon das Weite gesucht. Für die Ausstellungs-Lotterie ist die Sache recht unangenehm, da es fraglich erscheint, ob es möglich sein wird, bis zur Ziehung eine neue Marmorwiedergabe des hübschen Wertes fertigzustellen.

Eine Verzweiflungstat. Vor den Augen seiner Frau, die im Wochenbett lag, hat sich der 31 Jahre alte Berliner Alfred Giller aus der Chaussee 58 vergiftet. Der Mann war sechs Jahre verheiratet. Am vergangenen Sonntag kam das dritte Kind zur Welt. Mit der Arbeit stand es in diesem Sommer schlecht. Giller pflegte in Gartenwirtschaften auszuhelfen. Diese sind aber bei der kühlen Witterung wenig besucht und selbst bei gutem Wetter und zahlreichem Besuch ist der Verbrauch bei den andauernden schlechten Zeiten viel geringer als sonst. Deshalb werden auch weniger Keller gebraucht. Giller hatte auch oft keine Beschäftigung. Am Montag suchte er wieder umsonst. Als er nun statt um 6 Uhr, wie er versprochen hatte, erst um 9 1/2 Uhr heimkehrte, kam er mit seiner Frau, die mit dem zwei Tage alten Knaben im Bette lag, in Streit. Er lief nach der Küche und trank Dylol. Die Frau, die sah, wie er nach der Flasche griff, sprang aus dem Bette, kam aber schon zu spät. Nachdem, die auf ihre Hilferufe und das Geschrei der Kinder herbeieilten, brachten den Mann mit einer Droschke nach dem Viechowkrankenhaus. Dort erlag er trotz aller Gegenmittel gestern morgen den Wirkungen der abendigen Flüssigkeit. Frau Giller liegt infolge der Aufregung schwer darnieder. Hausgenossen haben die Kinder zu sich genommen und pflegen die Kranke.

Feuerwehrrachrichten. Ahermals wurde die Berliner Feuerwehr wegen einer Gasvergiftung am Donnerstag alarmiert. In der Konstanzer 1 hatte ein Dienstmädchen einen Selbstmordversuch gemacht. Mitbewohner des Hauses wurden aufmerksam und benachrichtigten Feuerwehr und Polizei. Durch Einschießen von Sauerstoff gelang es, das Mädchen zu retten.

Gleichzeitig hatte die Feuerwehr auf dem Schlesischen Güterbahnhof an der Warschauer Brücke zu tun, wo Preßlohlen auf einem Eisenbahnwagen brannten. Kohlenlasten, Röhrenlohlen, Preßlohlen, Fußboden usw. brannten am Weidenweg 60. Großer Unfug veranlaßte das Ausrücken der Feuerwehr nach dem Gesundbrunnen, Grünthalener Straße. Der Täter ist unerkannt entkommen. Zwei kleine Wohngebäude wurden aus der Schornhorststraße 23 und Forster Str. 49 gemeldet. Ferner hatte die Wehr in der Siemensstraße 16 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Bei dem Versuche, seinen Bruder aus der Spree zu retten, hat der 10 Jahre alte Schüler Franz Wipbach aus der Wallstr. 83 in Charlottenburg den Tod gefunden. Er hatte gestern nachmittag mit seinem 2 Jahre jüngeren Bruder Anton an der Caprivibrücke gespielt, wobei letzterer in die Spree stürzte. Ohne sich zu besinnen sprang Franz W. dem Verunglückten nach und es gelang ihm auch, ihn zu erfassen. Die Last war jedoch für den Knaben zu schwer und er wurde mit in die Tiefe gezogen. Während Anton Wipbach von herbeieilenden Schiffen gerettet wurde, ist der mutige Retter ertrunken. Die Leiche wurde noch gestern abend gelandet.

Ein Jahr Generalvormundschaft. Seitdem in Charlottenburg die Generalvormundschaft besteht, d. h. seitdem ein von der Stadt eingesetzter Beamter Generalvormund sich aller unehelich geborenen Kinder anzunehmen hat, lassen sich der Umfang und die Schwierigkeit des Kampfes, den die jungen Menschenkinder um die Durchführung ihres Rechtsanspruches an den Vater zu bestehen haben, klarer abschätzen als bisher.

So wurden von den während der Zeit vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909 geborenen 806 unehelichen Kindern 555 dem Generalvormund als Mündel überwiesen. Weil durch den Tod, Verzug der Mutter oder Heirat derselben oder durch Bestellung eines anderen Vormundes 128 „Fälle“ ausblieben, blieben 427 Mündel übrig. Da vom Vorjahre noch ein „Bestand“ von 357 Kindern vorhanden war, unterstanden im Berichtsjahre dem Generalvormund 784 Mündel. Von denselben befanden sich nur 317 bei den Müttern; 282 Kinder waren in Charlottenburg und außerhalb in Halteplätze gegeben, während 185 der kleinen Erdenbürger noch in städtischer Pension waren.

Zumeist befanden sich die Mütter im Alter von 18 bis 24 Jahren, nämlich 343. Aber es kamen auch starke Abweichungen von dieser Regel vor. So waren 13 Mütter 15 bis 17 Jahre, dagegen 16 andere Mütter 37 bis 45 Jahre alt. Dem Familienstande nach wurden 536 Unverheiratete, 15 Wittwen und 4 geschiedene Ehefrauen gezählt. Der Tätigkeit nach gerechnet stellten Fabrikarbeiterinnen und Dienstmädchen mit 270 den Hauptteil der in Betracht kommenden Mütter.

Schwerer als die Feststellung der Mütter ist natürlich die Heranziehung der Väter zur Erfüllung ihrer väterlichen Obliegenheiten. So ist es durchaus nichts Seltenes, daß die Väter sich sehr eifrig der Einhaltung ihrer Verpflichtung gegen Mutter und Kind entziehen. Aber auch die Mütter selbst wollten in 27 Fällen die Väter nicht anrufen! Freiwillig erkannten gleich nach der Geburt des Kindes 277 Väter ihre Arbeiterschaft und die daraus folgende Zahlungsverpflichtung an, während gegen 186 Väter ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden mußte. Auf Grund desselben wurden durch kontrolditorisches Urteil 33 Väter zur Zahlung von Alimenten verpflichtet. 45 Väter blieben dem Termin fern und wurden infolgedessen ohne weiteres als zahlungspflichtig betrachtet. Dagegen erkannten 24 Väter vor dem Gericht noch ihre Verpflichtung an und ein Vater verglich sich mit dem Generalvormund, der alles in allem 1244 Termine vor dem Gericht wahrzunehmen hatte.

Daß es manchem Vater nicht ganz angenehm sein mag, auch öffentlich für sein Kind, das er „nur nebenbei“ hat, einzustehen, mag dadurch verständlich werden, daß sich unter den Vätern 25 Ehemänner befanden! Dem Stande nach waren die Arbeiter, Handwerker, Schlosser und Maurer in der Mehrheit unter den Vätern. Aber auch 43 Kaufleute wurden registriert. Ferner sind bezeichnet: Zahnärzte, Kerzler, Studenten, Referendare, Assessoren, Regierungsbeamter, Leutnants, Fabrikbesitzer, Rentiere, Balletmeister, Schauspieler und zwei Marinemaler. In 39 Fällen — mit Einschluß der von 27 Vätern nicht genannten Väter sind es 66 — konnten die Väter nicht ermittelt werden.

Die Zahlung der Alimente blieb nicht selten aus. Für fünfzig Kinder blieben die Gelder ganz fort. Entweder waren die Pfändungen fruchtlos oder die „Väter“ waren nicht mehr aufzufinden. Vielfach leisteten sie auch den Offenbarungseid. Nur fünf „Väter“ wollten das nicht ohne weiteres tun. Sie mußten erst in Haft genommen werden. Zwei davon blieben in der Haft. Andere Väter dagegen „sanden sich ab“, das heißt sie zahlten für das Kind den Betrag von 1800, 2000, 2500 und 15 000 M. Ein Vater hinterlegte für sein „uneheliches“ Kind 20 000 M. Da er jedoch vor der Auszahlung der Summe starb, verzögerten sich seine Al-

gehörigen, für ihren „Mitteln“ Verwandten die Verpflichtung ihres Familienstandes anzuerkennen und sie einzulösen. In einem anderen Falle jedoch, in dem auch der Vater des „unehelichen“ Kindes starb, ehe er seine Verpflichtungen gegen dasselbe einlösen konnte, erklärten sich die Erben bereit, dem Kinde einen Pfandteil des Erbes zu überlassen.

Die meisten der Mädchen, die in der Verichtszeit starben, 77, gingen in den ersten Monaten ihres Daseins an allgemeiner Lebensschwäche zugrunde.

So liegt in dem trockenen, geschäftsmäßigen Zahlenbericht des Generalvormunds eine Fülle von interessantem Leben und reichen Erfahrungen. Mögen die letzteren den künftigen „unehelich“ geborenen Kindern in volkstem Maße zugute kommen.

Rixdorf.

Unter die Räuber gefallen. Das Opfer eines vertegenen Raubüberfalls wurde der Gärtler Friedrich Streilner aus der Weiserstraße 202. Beim Passieren der Köpenicker Heide wurde er von den Anfassern eines vorüberkommenden Fuhrwerks aufgefordert, auf den Wagen zu steigen und mitzufahren. Ahnungslos kam er auch der Aufforderung nach, um sich auf diese Weise das Leben zu ersparen. Kaum hatte er jedoch auf dem Fuhrwerk Platz genommen, so stürzten sich zwei der unbekanntlichen Männer über ihn her und schlugen ihn nieder. Nun sprangen auch die anderen zwei Vurischen hinzu und raubten St. vollständig aus. Sie stahlen ihm das Portemonnaie, die Uhr und die Brieftasche. Vergeblich hat sich St. den Räubern zur Wehre gesetzt. Er wurde dann auch noch in roher Weise von dem in der Fahrt befindlichen Wagen heruntergeschleudert und zog sich hierbei schwere Verletzungen am Kopf und an Händen zu. Der Polizei gelang es gestern, die Urheber zu ermitteln; es waren dies die Kautscher Erdmännel und Timm, sowie die „Gelegenheitsarbeiter“ Gygalski und Hebermann. Die vier wurden verhaftet und nach dem Roabiter Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Ein Droschkentauscher im Kampfe mit Schanzleuten.

Große Aufregung verursachte ein Vorgang, der sich am Sonntagabend gegen 8 Uhr in Rixdorf, Wühlower Straße, Ecke Weiserstraße, abgepielt hat. Der ziemlich stark angetrunkene Droschkentauscher William Reimisch wurde schon in der Hermannstraße von dem Schanzmann Ginge arreliert, angeblich wegen Tierquälerei. In der Wühlower Straße entspann sich ein Streit zwischen dem Kutscher und dem Schanzmann, wobei der Kutscher in eine so heftige Aufregung geriet, daß er angeblich auf den Schanzmann eingedrungen und ihm den Helm vom Kopfe geschlagen haben soll. Jetzt zog der Beamte blank und verlegte dem Reimisch einen schweren Hieb mit der flachen Klinge über den Kopf, so daß eine stark blutende Wunde entstand. Unterdessen waren zwei andere Schanzleute hinzugekommen und der Kutscher war bald überhäufigt, dabei aber gingen die Beamten in einer Weise vor, die unter der angeammelten Menge große Entrüstung hervorrief. Reimisch wurde geschlagen, gestoppt und eine Strecke am Boden entlang geschleift. Am Eingang zur Wache in der Selchower Straße stieß er mit dem verletzten Kopfe noch an einer Stufe auf. Von der Wache wurde er mit dem Krankenwagen nach der Unfallstation in der Hermannstraße geschafft, dort verbunden und dann nach seiner Wohnung gebracht. In der Menge hatte sich das Gerücht verbreitet, Reimisch sei den Verletzungen gleich darauf erlegen, was aber nicht zutrifft, wohl aber ein Zeugnis dafür ablegt, wie aufgeregt die Leute über die Behandlung waren, die dem Kutscher von den Schanzmännern zuteil wurde. Nach der Auslage von Zeugnis des Vorganges hatten die Beamten auf Reimisch eingeschlagen, als er schon wiederstandsunfähig war. Falls die drei Mann wirklich den einen und noch dazu schwerverletzten noch zu fesseln hätten, konnten sie sich keiner auf andere Weise verschern.

Schöneberg.

Der Jugendbildungsverein hat zum Sonntag, den 11. Juli, einen Ausflug geplant. Treffpunkt früh 8 Uhr, Bahnhof Oberstr., nach Bahnhof Westend (Fahrpreis 10 Pf.), von da zu Fuß nach Spandauer Hof. Von hier unter Leitung eines Geologen nach dem Siedgen-See, Havel, Postsee usw.

Nachzügler treffen sich nachmittags um 3 Uhr Bahnhof Eichkamp. Wir richten die Bitte an alle Jugendlichen, sich recht zahlreich an diesem Ausflug zu beteiligen. Erwachsene sind ebenfalls sehr gern gesehen.

Köpenick.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich in der Wohnung des Arbeiters Balkler, Elisabethstr. 20. Dort stürzte ein brennender Spiritusleuchter um und fiel auf die 9 Jahre alte Stieftochter der Wähen Eheleute. Die Kleider des Mädchens gingen sofort Feuer und im Nu stand die Kleine in Flammen. Sie erlitt so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Heber Reichstagsauslösung referierte am Dienstag Genosse Jabel in einer öffentlichen Volksversammlung im Stadttheater. Es hatten sich über 1000 Teilnehmer eingefunden, so daß Saal und Gassen überfüllt waren. In seinem 2 1/2 stündigen Referat, während welchem die Wasse scharfe Protestrufe kundgab, geistliche Redner die Haltung der herrschenden Parteien, insbesondere der Junker und des Zentrums. Folgender Beifall war die Antwort. Die in den Versammlungen am Donnerstag gefasste Resolution fand auch hier einstimmige Annahme. Bemerkenswert ist noch, daß von 60 Sängern des Männerchores „Empor zum Licht“ und „Sturm“ vorgetragen wurden, wodurch die Versammlung zu einer besonders imposanten und kampfesfreudigen gestaltet wurde.

Zegel-Vorsigtvalde.

Zerleisenspiele. Die von Genossinnen geleiteten Spiele finden regelmäßig Dienstag und Freitag von 2-8 Uhr statt. Treffpunkt für Zegel, Bubbekestraße, Ecke August-Wülkerstraße, für Vorsigtvalde Schaubert, Ecke Ernststraße. Spielgeräte stehen den Kindern zur Verfügung. Jedes Kind willkommen.

Friedrichshagen.

Der Turnverein „Vorwärts“ (M. d. A. T. V.) feiert am Sonntag, den 10. Juli 1909 in Verdes „Wärgersälen“, Friedrichstraße 112, sein 4. Stiftungsfest. Der Verein ist bestrbt, etwas Gutes zu bieten; und ist es ihm auch in diesem Jahre gelungen, ein reichhaltiges Programm aufzustellen. Preis-freudliche Stunden sind den Besuchern gesichert.

Ober-Schöneweide.

Zerleisenspiele. Der Turnverein „Oberspre“ veranstaltet auch in diesem Jahre während der Sommerferien Kinderspiele. Dieselben beginnen am 11. Juli und finden unter Leitung dazu ausgebildeter Personen auf dem Spielplatz des Vereins an der Köpenicker Straße vor dem Grand-Restaurant „Sadowa“ statt und sind für jedes Kind vollständig unentgeltlich. Die geübten Eltern werden gebeten, die Kinder nach folgenden Sammelplätzen, von welchen nachmittags 2 Uhr der Admarsch nach dem Spielplatz stattfindet, zu bringen. 1. Ecke Ebfson- und Wilhelmshofstr., 2. Ecke Frischen- und Wilhelmshofstr., 3. Ecke Kathenau- und Wilhelmshofstr. Die Kinder werden nach Beendigung des Spiels nach den Sammelplätzen zurückgebracht.

Bernau.

Eine Erktion nach dem Bälternuseum unter Führung des Genossen Dr. Max Schütte veranstaltet am Sonntag, den 11. ds. Mts., der Bildungsausschuß. Abfahrt 9,30 Uhr vormittags; Treffpunkt ist Anhalter Bahnhof. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sowie deren Angehörige werden gebeten, sich zahlreich hieran zu beteiligen. Hoher Fahrpreis entziehen keine Unkosten.

Kinderspiele. Am Sonntag, den 11. Juli, von nachmittags 2 Uhr ab veranstaltet der Männerturnverein (Mitgl. d. Arb.-Turnvere.) auf einem Platz (Schützenhaus) Kinderspiele, wozu jedes Kind sowie

Ausdauer bezüglich willkommen sind. Der Verein hat sich mit diesem Arrangement in den Dienst einer guten Sache gestellt, und es ist wünschenswert, daß die aufgeregte Arbeiterschaft ihre Kinder zum Besuch dieser Spiele anhält.

Gerichts-Zeitung.

Dem Spielteufel

Ist der Eisenbahnassistent Franz Baranbat zum Opfer gefallen, der sich gestern unter der Anklage der Unterschlagung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III. zu verantworten hatte. Der Angeklagte war früher Lehrer, füllte dann aber um und nahm eine besser bezahlte Stellung bei der Eisenbahnbehörde an. Anfanglich kam er mit seinem Gehalt ganz gut aus, bis ihm ein unglücklicher Zufall einen Beamten in den Weg führte, der sich viel auf den Rennbahnen herumtrieb und viel wettete. Der Angeklagte ließ sich ebenfalls verleiten, sein Glück am „Toto“ zu versuchen. Anfanglich war ihm auch Fortuna hold. Er riskierte es deshalb einmal, den größten Teil seines Gehaltes auf eine „tollkühne Sache“ zu setzen. Anstelle des erwarteten hohen Gewinns trat jedoch ein Verlust des ganzen Geldes ein. Um diesen wieder einzuholen, ließ sich Baranbat verleiten, einen Griff in die ihm anvertraute Pensionskasse der Angestellten der Kleinbahn-Liebenwalder Eisenbahn zu tun. Auch dieses Geld ging im Sandumdrehen am Turf verloren. Von nun an verlor B. jeden moralischen Halt, er defraudierte weitere Summen, bis eines schönen Tages sein Tun zur Entdeckung kam. Eine Revision der Kasse ergab ein Ranko von über 6000 M. Baranbat wurde verhaftet und mußte jetzt vor dem Strafgericht seinen Leichtsinn büßen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Das Gericht ging jedoch in Anbetracht des ganz geüblichen Vertrauensbruchs noch über diesen Antrag hinaus und erkannte auf fünf Monate Gefängnis.

Das Gartenkonzert als öffentliche Versammlung unter freiem Himmel.

Das Kammergericht hat nunmehr endgültig zugunsten der Angeklagten in einem Strafverfahren entschieden, in dessen Verlauf aus einem nicht genehmigten Gartenkonzert eine nicht genehmigte Versammlung unter freiem Himmel wurde. Der zum Arbeiteradlerbund „Freiheit“ gehörende Radfahrverein „Stiern“ zu Halle hatte am 21. Juni in Rattmannsdorf im Restaurationsgarten von Hauslein ein Instrumentalkonzert veranstaltet, um die dort und in der Umgegend wohnenden Sportfreunde einmal zusammenzuführen und sie dadurch vielleicht zur Bildung eines Radfahrvereins anzuregen, von dem man hoffte, er werde dem Bunde beitreten. Die Vorstandsmitglieder Schmitzke, Bansemer und Kraha sowie der Gastwirt Hauslein wurden demnach als Veranstalter einer nicht genehmigten oder genehmigungspflichtigen öffentlichen Lustbarkeit angeklagt, in zweiter Instanz vom Landgericht Halle aber wegen Unanwendbarkeit der freiglichen Polizeiverordnung auf Konzerte freigesprochen. Das Kammergericht hob dann dies Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil mit der Möglichkeit zu rechnen sei, daß es sich um eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel handle, die nach dem Reichsvereinsgesetz (wie unter dem alten Gesetz) der ortspolizeilichen Genehmigung bedürfe. — Das Landgericht Halle nahm im zweiten Rechtszuge wirklich an, das Vergnügen, bei dem acht Musiker Tänze und Märche spielten und bei dem gelagert wurde, sei eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel gewesen. Die vier Angeklagten wurden jetzt wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt. Die Öffentlichkeit wurde darin gefunden, daß neben geladenen Radfahrern auch jeder andere Zutritt erlangt habe, der 10 Pfennig für ein Konzertprogramm zahlte. Ferner wurde im Urteil ausgeführt: Der Zweck des Konzerts sei neben dem Vergnügen der Teilnehmer an der Musik in der Hauptsache die Gründung eines Radfahrvereins gewesen. Dieser Zweck sei auch erreicht worden. Wenn vielleicht auch nicht alle Teilnehmer diesen Zweck getannt hätten, so sei er doch sicherlich einer großen Mehrheit bekannt gewesen, so daß das Konzert zweifellos als eine Versammlung angesehen werden müsse. Sie sei aber auch öffentlich gewesen und habe unter freiem Himmel stattgefunden. Nicht nur die Vorstandsmitglieder seien als Veranstalter anzusehen, sondern auch der Gastwirt Hauslein, denn er habe im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit jenen das Abhalten des Festes ermöglicht, und zwar mit dem Willen, die Versammlung als seine eigene zu veranstalten.

Die Angeklagten legten Revision ein. Sie wurden durch Rechtsanwält Wolfgang Heine vor dem ersten Strafsenat des Kammergerichts vertreten. Er rügte namentlich Verletzung des Begriffs der „Versammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes. Im § 5 des Reichsvereinsgesetzes würden Versammlungen in geschlossenen Räumen behandelt und der Polizei bezüglich ihrer Rechte nur eingeräumt, wenn sie politischen Erörterungen dienen sollten. § 7 handle von den öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und mache diese von einer polizeilichen Genehmigung abhängig, auch wenn sie nicht politischen Erörterungen dienen sollten. Das sei der Unterschied. Aber die allgemeine Frage, was als Versammlung anzusehen sei, sei in beiden Fällen gleich zu behandeln. Was sei nun eine Versammlung? Das Reichsgericht habe in Band 21 gesagt: „jede nicht allzu kleine Vereinigung von Personen an einem Ort zu einem gemeinsamen Zweck“. Danach würde als Versammlung jeder Bierisch, jeder Auslauf um einen gestützten Droschkengaul, jede Theateraufführung und jedes Konzert anzusehen sein. Das gehe viel zu weit, sei auch von der Praxis niemals anerkannt worden. Der Begriff der Versammlung erfordere vielmehr, daß die zu einem Zwecke vereinte Menschenmenge in mehr oder weniger organisierter Weise tage, und daß sie durch ihr gemeinsames Handeln und Auftreten wirken wolle, sei es auf ihre Mitglieder, sei es demonstrativ nach außen. Eine Versammlung sei ohne eine geordnete Erörterung undenkbar. Das Kammergericht habe bereits in einem Urteile vom 15. Oktober 1908 anerkannt, daß Tanzlustbarkeiten keine Versammlungen seien, und habe dabei auch dasselbe von einem Theater oder Konzertsaal vereinigter Menschenmenge gesagt. Dasselbe müsse nun aber auch vom Konzertgänger gelten. Inzwischen habe auch das sächsische Oberlandesgericht entschieden, daß eine Versammlung nur vorliege, wo das gesprochene Wort die Hauptsache bilde. (Bezog sich auf einen Lichtbildervortrag.) Im vorliegenden Falle könne unmöglich von einer Versammlung geredet werden. Es handle sich eben um ein Konzert. Wenn die Radfahrer der Gegend dadurch noch dem Urteil „vielleicht zur Bildung eines Radfahrvereins“ angeregt werden“ sollten, so könnte man höchstens sagen, es habe eine Gelegenheit, eine Stimmung gemacht worden sollen. Die Leute sollten sich untereinander kennen lernen. Erörterungen, wie sie eine Versammlung voraussetze, hätten gefehlt. Die Vorentscheidung lasse sich danach nicht halten.

Das Kammergericht verwarf am Montag die Revision der Angeklagten mit folgender Begründung: Hinsichtlich des Begriffs der Versammlung habe sich der Senat in wesentlichen auf den Standpunkt gestellt, der durch die Verteidigung vertreten und in der Entscheidung vom 15. Oktober 1908 präzisiert sei. Der sei aber auch nicht verschieden von dem, den das Reichsgericht in Band 21 einnehme. Auch da sei anerkannt, daß ein Zusammensein, solle es zu einer Versammlung werden, ein bewußtes und gewolltes sein müsse, daß ein innerer Band bei den Teilnehmern vorhanden sein müsse. Das sei auch bei einer Versammlung unter freiem Himmel vorauszusetzen. Die Betroffenen mühten in und durch ihre Vereinigung wirken wollen. Das unterseide eine Versammlung unter freiem Himmel vom bloßen Zusammensein bei einem Konzert, einer Schauvorstellung oder bei einem bloßen Straßenaufmarsch von Passanten. Denn beim Straßenaufmarsch würde jeder nur einzeln das gefallene Pferd sehen, beim Konzert jeder nur einzeln genießen. Wenn die Verteidigung fordere, daß eine gewisse Organi-

faktion und eine Besprechung vorhanden sein müsse, so könnte sich der Senat nicht auf diesen Standpunkt stellen. Eine Versammlung unter freiem Himmel könne stattfinden ohne Organisation oder Besprechung. Wenn eine Anzahl Arbeitsloser sich vor einem Ministerium aufstelle und lediglich drohende oder fordernde Gebärden mache, so sei das eine Versammlung unter freiem Himmel, wenn auch kein Wort dabei gesprochen werde. Von diesem Standpunkt sei auszugehen. Das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden könne nicht in Betracht kommen, weil es sich dabei um eine Versammlung im geschlossenen Raum und nicht um eine solche unter freiem Himmel handelte. — Im vorliegenden Falle seien nun die Feststellungen des Landgerichts zwar dürftig, sie reichten aber doch aus zur Annahme einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel. Es sei festzustellen, daß die Gründung eines Radfahrvereins beabsichtigt war, daß die Mehrheit die Absicht kannte und daß die Absicht auch verwirklicht worden sei. Wenn nicht ausgeführt sei, wie es geschah, so lese der Senat darin nur einen Mangel der Begründung. Denn wenn der Zweck erreicht worden sei, müsse seine Erzielung unter den Teilnehmern doch zum Ausdruck gekommen sein. Wenn das Urteil den Modus nicht detailliere, sei das kein Rechtsirrhum. Mit Recht sei eine Versammlung unter freiem Himmel angenommen worden. Das subjektive Verschulden sei auch dasgetan, da das Landgericht von allen Vorstandsmitgliedern feststellte, daß sie das Zustandekommen des Festes beantragt hätten, und daß der Gastwirt sich daran im bewußten und gewollten Zusammenwirken beteiligt habe.

Verfammlungen.

Häufige öffentliche Maurerverfammlungen

In Groß-Berlin beschäftigte am Mittwoch das Thema: „Unsere nächsten Aufgaben“. Von dem Grundgedanken ausgehend, daß die wirtschaftlichen Kämpfe in Zukunft nur auf genereller Grundlage geführt werden, entwickelten die Redner ein Bild von den kommenden Ereignissen, die im Baugewerbe in Aussicht stehen. Das kommende Jahr werde wahrscheinlich Kämpfe mit dem Unternehmertum des Baugewerbes bringen, wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung sie noch nicht erlebt hat. Das Programm der Gewerkschaften vertritt die Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter mit aller Energie zu verbessern, von der sie sich durch keinerlei Gegenmaßnahmen abbringen lassen. Wenn durch Steuern und Volksauswucherung die arbeitenden Schichten in ihren Lebensbedingungen aufs äußerste bedrückt werden, müssen die Organisationen mit erneuter Kraft dafür wirken, durch Erlämpfung höherer Löhne wieder einen Ausgleich zu schaffen.

Die Unternehmerverbände, die nur den Zweck verfolgen, die Lebenslage der Arbeiter wieder auf das frühere Niveau herabzubringen, rüsten sich schon auf der ganzen Linie zum Kampfe. Wollen sie diesen haben, gut, der Verband ist bereit. Wohl muß gesagt werden: im Interesse sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiter und besonders des gesamten Wirtschaftslebens Deutschlands ist eine solche schwere wirtschaftliche Erschütterung nicht zu wünschen. Große Aufgaben hatten der Lösung und sie müssen gelöst werden. Da befragt es der strengsten Geschlossenheit der Maurer, keiner habe das Recht, außerhalb der Organisation zu stehen. Die Jagdhasen müssen sich ihrer Pflicht bewußt werden, sich aufzupfen zu Kampfesmut und Selbstvertrauen. Die Arbeiterbewegung ist unüberwindlich, wenn jeder sich dessen bewußt ist und danach handelt. Offenen Blickes in die Zukunft geschaut, vorwärts, die Einigkeit führt zum Sieg.

In verschiedenen Versammlungen folgte dem Vortrag eine rege Diskussion, in der einzelne Redner sich im wesentlichen mit dem Referenten einig erklärten, aber auch manche Maßnahmen des Verbundes demängelten. Nichtsdestoweniger kam in den Ausführungen durchweg die unumgängliche Notwendigkeit zum Ausdruck, daß die erste Vorbedingung zu einer erfolgreichen Bewegung die volle Einigkeit und Geschlossenheit aller Maurer Berlins sei. Die Aufgabe, der in den „Germaniaojalen“ referierte, ging in seinem Schlußwort auf die kritisierten Ausführungen ein. Auf einen Zuruf aus der Versammlung erklärte der Referent: Das Klassenbewußtsein werde nirgends besser gepflegt, als gerade in den Zentralverbänden, und der Klassenkampf nirgends schärfer gekämpft, als zwischen diesen und dem Unternehmertum. Man solle endlich auch die Vergangenheit ruhen lassen und für die Zukunft leben.

In der Metallwarenfabrik von Bude u. Co. in der Ritterstraße, wo im letzten Herbst eine äußerst peinliche und schamverlebbende Kontrolle gegen die Arbeiterinnen ausgeübt wurde, weil angeblich wochenlang Tag für Tag 80 bis 100 Glühstrümpfe entwendet worden waren, glaubt man jetzt wiederum, wenn auch nicht die Arbeiterinnen, so doch die männlichen Arbeiter als des Diebstahls dringend verdächtige Personen behandeln zu müssen. Die Ursache davon ist, daß der Firma im Mai dieses Jahres nicht weniger als 16 Zentner Metall entwendet worden sind. Die Sache ist dadurch ans Tageslicht gekommen, daß der Firma Joseph das Metall von einem Alleihändler zum Kauf angeboten wurde. Hier erkannte man sofort, daß es von Bude herühren müsse und setzte diese Firma auch gleich von dem Angebot in Kenntnis. Es handelte sich nämlich nicht um altes Eisen, sondern um bearbeitetes Metall und halbfertige Produkte. Die Ware wurde dann im Auftrage der Firma Bude von Joseph ausgeliefert und darauf nach der Bude'schen Fabrik transportiert. Hier gab man durch Ansicht bekannt, daß die Kriminalpolizei den Hehlen schon auf der Spur sei, und versprach jedem Arbeiter für auflärende Mitteilungen über den Diebstahl 300 M. Belohnung. Infolge dieses Ereignisses und des Anschlages entstand in der Fabrik gleich ein Verdächtigungsieber, das einen solchen Grad erreicht hat, daß die Arbeiterkassette der Firma sich schließlich gezwungen sah, in einer Versammlung dagegen Stellung zu nehmen. Die Kontrolle, die gegen die Arbeiter ausgeübt wird, ist geradezu empörend. Man macht gleichsam Stichproben. Immer wieder werden einzelne, offenbar ganz willkürlich herausgegriffen und ins Untersuchungskabinett geführt. Man untersucht gründlich. Der Betroffene wird am ganzen Körper abgepalpt, selbst die Strümpfe werden untersucht und sogar in der Streichholzschachtel, die einer bei sich trägt, vermutet man gestohlene Ware. Diese peinliche Genauigkeit der Untersuchung ist um so merkwürdiger, als die 16 Zentner Metall in einem Zeitraum von drei oder vier Wochen abhanden gekommen sind und doch wahrhaftig nicht von den Arbeitern in der Werkstatt oder Streichholzschachtel weggeschleppt sein können. Besonders verdächtig erscheint ein Arbeiter, der einmal außerhalb der Zeit die Fabrik verlassen muß, vielleicht um sich einen Medizinischen oder dergleichen zu besorgen. In solchem Falle muß er stets darauf gefaßt sein, als des Diebstahls verdächtig behandelt zu werden. Selbst die Frauen, die in die Fabrik kommen, um ihren Männern Essen zu bringen, sieht man als höchst verdächtige Personen an. Verlassen sie die Fabrik wieder, so müssen sie sich eine Durchsuchung ihres Korbes gefallen lassen. Daß das bei allen redlichen Leuten Enttäuschung hervorrufen muß, ist selbstverständlich. Eines Abends hatte der Obermeister im Kasse ein Paket fertiger Hähne entdeckt. Man zeichnete sie, um sie auf jeden Fall wiederzuerkennen. Was am anderen Morgen der Obermeister um 1/2 11 Uhr kam, war das Paket verschwunden. Eine Viertelstunde später mußten alle Arbeiter ihre Frühstückspakete aufsuchen; man fand darin selbstverständlich nichts von den gestohlenen Sachen. Endlich entdeckte man die Hähne in einer Kiste, in der altes Metall aufbewahrt wird. Wer sie da hineingelegt hatte, war nicht herauszufinden. Aber ein Arbeiter, der in der Nähe der Kiste seinen Arbeitsplatz hatte, wurde sofort entlassen, und man sagte ihm, daß die Entlassung nur dann rückgängig gemacht werde, wenn er den Dieb namhaft mache! Daß der Mann wahrscheinlich gar nicht in der Fabrik anwesend war, als die Sachen gestohlen oder in die Kiste hineingeworfen wurden, das spielte wohl keine Rolle. Es ist selbstverständlich, daß die organisierten Arbeiter den Diebstahl ganz

entschieden beurteilen. Sie trachten lediglich danach, ihre Lage auf eine bessere zu verbessern. Aber andererseits sind die Verhältnisse bei der Firma leider dazu angelegt, nicht gefestigte und nicht vom Organisationsgedanken durchdrungene Leute zum Diebstahl anzuregen, und zwar weil man keine auskömmlichen Löhne zahlt. Werden doch bei Buhle u. Co. gelehrte Arbeiter mit 40 Pf. Stundenlohn eingestellt! Der Durchschnittslohn beträgt 50 Pf. Dazu kommt, daß auch die sonstigen Einrichtungen der Firma sehr mangelhaft sind, so daß nur zu leicht ein Unschuldiger in Verdacht kommen kann. So wurde kürzlich entdeckt, daß ein Arbeiter Metallteile in der Hosentasche hatte. In der Fabrik fehlt es nämlich an Gefäß, in denen die Arbeiter sich das zu ihrer Arbeit nötige Material herbeischaffen können. Nun hatte jener Arbeiter die Metallteile vom Boden geholt und mußte sie dabei in den Armen halten. Unterwegs entfiel ihm etwas davon und er mußte nun im Augenblick nichts Besseres zu tun, als es aufzuheben und vorläufig in die Tasche zu stecken. Er ist unter dem Verdacht des Diebstahls entlassen worden. Anklage ist nicht gegen ihn erhoben. In der Versammlung der Buhleschen Arbeiter, die sich mit diesen Zuständen beschäftigte, waren auch mehrere Meister aus der Fabrik anwesend. Man nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Buhle u. Co. beauftragt den Arbeiterausschuß, der Firma mitzuteilen, daß sie die Verunreinigungen gegenüber der Firma entschieden verurteilt. Sie ist aber der Meinung, daß Chellichkeit nicht anerkennen werden kann durch Reverse und Reibungsverhältnisse, die die Menschewürde erniedern, sondern vielmehr durch ein Arbeitsverhältnis, das auf gegenseitige Achtung gegründet ist, durch angemessene Entlohnung und Abschaffung des Reverse, damit die Löhne der Firma nicht nur Deutschen und Schmeichlern offen stehen. Die organisierte Arbeiterschaft lehnt natürlich die Verantwortung für die Taten unehrlicher Elemente ab, da sie getrieben ist, auf ethische Art die Mittel zu erwerben, welche zur Erhaltung des Lebens notwendig sind.

Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Typograph.
Die bei der Firma Typograph in Noabit beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen kamen am Dienstagabend zu einer Besprechung im Lokal von Kirchstr. 6, Bueffelstraße, zusammen. Adolf Buechel vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte. Bekannt wird über die Arbeitszeit, die nur 9 Stunden betragen soll; oft genug aber muß 10, 11 und 12 Stunden gearbeitet werden, je nachdem es verlangt wird. Dabei ist die Einteilung der Arbeit um so schlechter, daß vielfach Störungen vorkommen, gewöhnlich zum Schaden der Arbeiter, die warten müssen, bis ihnen die benötigten Leisefrüchte geliefert werden, während sie andererseits gezwungen werden, lieber Stunden zu machen. Seit dem Monat März sind zahlreiche Strafbestimmungen eingeführt worden. Wer zu spät kommt, hat 15 bis 50 Pf. zu bezahlen; wer einen halben Tag fehlt, muß 1 M., wer einen ganzen Tag fehlt 2 M. oder mehr einbüßen. Die Firma behauptet, daß ihre Arbeiter zu den bestbezahlten in den Schmalzfabriken gehören. Das ist aber nicht richtig, oft sind die Löhne sogar sehr niedrig. Der Verdienst der Arbeiter wird auch dadurch herabgedrückt, daß jeder sich eigenes Werkzeug halten muß, weil das gelieferte Werkzeug gewöhnlich mangelhaft ist. Die Bestimmung, daß derjenige entlassen werden soll, der Werkzeug herabgibt, wird als große Härte empfunden. Seit etwa Jahresfrist hat die Firma weibliche Arbeiter eingestellt, die billiger arbeiten müssen und auf die Lohnverhältnisse drücken. Der Redner erwähnte die Arbeiterinnen, darauf zu dringen, daß sie für die gleichen Leistungen auch den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen erhalten. — Ueber die sanitären Zustände im Betriebe werden viele Klagen erhoben. Die Ventilation ist in verschiedenen Abteilungen ungenügend, so daß der Mehlstaub nicht abziehen kann und die Arbeitenden in Gefahr sind, sich Nervenleiden zuzuziehen. Durch das gerippte Fensterglas wird der Zutritt von Licht verringert und die Sehkraft geschwächt. Der Zustand der Klosetts läßt zu wünschen übrig. Die gelieferte Milch ist oftmals schlecht. Gegen die Behandlung, welche sich die Arbeiter von einigen Meistern gefallen lassen müssen, wurde scharfer Protest erhoben. Besonders verhaßt haben sich die Meister Vieber und Dore-

neth gemacht. Das Verhalten dieser beiden kritisierte der Redner in schärfster Weise unter der Zustimmung der Versammelten. Er wies dann noch auf die sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen hin, mit denen man prahlt, die aber gewöhnlich nur zur Anbelagerung der Arbeiter da seien. Noch manche Beschwerden wurden eingebracht, zum Beispiel über Strafarbeiten, scharfe Kontrolle und über Entlassungen aus wichtigen Gründen. Die alten Leute bei der Firma sind in ständiger Gefahr, entlassen zu werden. Der Redner richtete zum Schluß einen Appell an die Anwesenden, ihre Organisation zu härten, um ihren Klagen größeres Gewicht verleihen zu können.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Juli er., vormittags 10^{1/2} Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Gehele: „Sühntätigkeit und Moral.“ — Gäste willkommen. — In der Halle Pappel-Allee 15—17 während der Ferien keine Vorlesung.

Vermischtes.

Ein starkes Erdbeben in Zentralasien.

Wie aus Hamburg vom 8. Juli gemeldet wird, wurde von den Apparaten der dortigen Hauptstation für Erdbebenforschung ein katastrophales Erdbeben in einer Entfernung von etwa 4800 Kilometer östlicher Richtung registriert. Die Aufzeichnung begann 10 Uhr 45 Minuten und dauerte über drei Stunden. Die Bodenbewegung maß hier in Ostwestrichtung im Maximum mindestens 3/4 Millimeter, betrug also ebensoviel, wie die Maximalbewegung bei dem großen Erdbeben in Messina.

Offenbar handelt es sich in der Hamburger Nachricht um ein sehr starkes Erdbeben in Mittelasien, über das folgende Meldungen vorliegen:

Taschkent (Russ. Gouv. Turkestan), 8. Juli. In der letzten Nacht um 2 Uhr wurde durch den Seismographen hier ein zwei Minuten andauerndes Erdbeben verzeichnet, dessen Epizentrum in einer Entfernung von 600 Kilometer etwa in Ostbuchara, Pamir und Hindu-Kusch liegt. In Reubuchara wurde in der Nacht um 2 Uhr eine starke Bodenschwankung in der Richtung von Norden nach Süden wahrgenommen.

Petersburg, 8. Juli. Nach Meldungen aus Samarkand, Kantschuran, Kokand und Herki in Buchara sind dort in der vorigen Nacht zwischen 2 und 1/2 Uhr Erdstöße verspürt worden. **Simla, 8. Juli.** In Kavalpindi (im Pendschab) und Tschitral ereigneten sich heute früh Erdstöße von ziemlicher Stärke. Auch aus Jolardy (in Afghanistan) wird über einen heftigen Erdstoß berichtet.

Gelbe Gefahr — im Luftballon.

London, 8. Juli. Das Journal „Science“ erklärt, im Besitze eines Berichtes zu sein, daß man im Norden von Japan heimlich Versuche anstellt mit einem lenkbaren Luftschiff, welches in der Lage ist, Geschütze an Bord zu nehmen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist worden das 41. Heft des 27. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Galvin und Luther. — Die Babylon in Holland. Von Henriette Roland-Holst. — Reine oder Almojen? Von D. Walfenbühl. — Jehu Rahre Gewerkschaftsorganisation. Von Eugen Prager. — Von den Verhältnissen der Arbeiterorganisation. Von E. Hängens (Dortmund). — Leichtfertige Statistik. Von R. Kaufsch. — Unerwartete Nachrichten: Heinrich Dunsperger, Entdeckung und Entdeckung des Wirtschaftswissenschaftlers. Von J. Karst. — Soziale Frage, Schule und Vorkursch. Von Heinrich Schütz. — Notizen: Der siebente Kongress der Vereinigten Organisation der Arbeitervereine und Hilfsgruppen des Jährlichen-Arbeiterbundes im Ausland. Von A. L. — Hilfsgruppen des Jährlichen-Arbeiterbundes im Ausland. Von A. L. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro

Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
Das deutsche Knappschiffwesen. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Duquoin im Mai 1909. 54 Seiten.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Jahresbericht 1907/08, erstattet vom Vorstand des Verbandes. 218 Seiten.

Kontingenzfreie Kräftewahl! Ein Vorschlag zur Lösung des knappschifflichen Problems. Von Dr. Bünning. 60 Pf. Verlagsgesellschaft Pontius u. Co., Leipzig.

Lebensbungen. Roman von Anna von Rehsau. Dresden, Verlag von R. Ernst & Co.

Revolutionsgeschichten. Von R. Kricheldorf. 392 Seiten. G. Müller, München und Leipzig.

Frage des Lebens. Nr. 2. Die Pflege und Ernährung der jungen Mutter. Von Geh. Medizinalrat Prof. Dr. H. Martin. 30 Pf. — Nr. 3. Hygienische Grundregeln gegen Kinder. Von Dr. P. Rejzner. 50 Pf. Berlin, Verlag für Volkshygiene und Medizin.

Die Glasindustrie in Jena. Ein Werk von Schott und Wobé, geschildert von Gerhard Schimmer, mit Zeichnungen von Erich Ruitman, verlegt bei Eugen Diederichs, Jena. 100 Seiten. Preis 6 M.

Verordnungsbuch der Gemeindeverwaltung der Stadt Schöneberg. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Schöneberg im Mai 1909. 214 Seiten.

Berliner Spar- und Bauverein. Geschäftsbericht für das Jahr 1908. 24 Seiten.

Das Verlobungsgeld. Humoreskeller Roman von R. Stomronnet. „Konkordia“, Deutsche Verlagsanstalt, Berlin. Geb. 4 M., geb. 5 M.

Antiker Marktbericht der pädagogischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch abnehmend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 8. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temperatur Grad C
Schwetzingen	749,5	SW	3	bedeckt	15	Darmstadt	758,5	E	2	wolkig	21
Hamburg	747,8	SW	1	bedeckt	14	Heidelberg	759,5	SE	1	bedeckt	18
Berlin	747,8	SW	1	bedeckt	14	Frankfurt	766,5	SW	3	bedeckt	13
Frankfurt	754,5	SW	3	bedeckt	13	Stuttgart	762,5	SW	4	wolkig	12
München	756,5	SW	3	bedeckt	12	Paris	756,5	SW	3	bedeckt	13
Wien	754,5	SW	4	Regen	12						

Wetterprognose für Freitag, den 9. Juli 1909. Jemlich kühl und veränderlich, vorwiegend kühl mit geringeren Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 7.	am 6. 7.	Wasserstand	am 7. 7.	am 6. 7.
	om	om		om	om
Remel, Tüft	151	-7	Saale, Großh.	78	-14
Regel, Unterburg	-29	+5	Havel, Spandau	41	+2
Reichel, Horn	-	-	Havel, Rathenow	39	-
Oder, Matzbor	241	-38	Spree, Spremberg	100	-10
Strosen	231	-5	Beckow	68	+4
Frankfurt	243	+12	Weser, Minden	-100	-7
Wartbe, Schrum	39	+3	Weser, Minden	-35	+2
Landberg	-7	-7	Weser, Hamm	518	-4
Rege, Borsdorf	-27	-1	Weser, Hildesheim	300	-10
Elbe, Zeitz	166	-32	Weser, Hildesheim	320	-6
Dresden	97	-47	Weser, Hildesheim	95	+6
Berlin	308	+54	Weser, Hildesheim	143	-5
Magdeburg	240	+58	Weser, Hildesheim	94	-6

) + bedeutet Hoch, - Fall, - ?) Unterpegel.

Theater.
Freitag, den 9. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Don Juan.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Kammerstücke. Ein Stund in Marie Carlo.
Leitung. Die Dollprinzessin.
Berliner. Ein Herdmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpel.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Römische Oper. O diese Leinwand.
Neues. Der Hotelier.
Theater. Am Gato Kolosse.
Schauspielhaus. Der letzte Rudi.
Neues Operntheater. Die Spindel.
Sollen Caprice. Drei Frauenhüte.
Der Defektor usw. Am 8^{1/2} Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Neje. Was eine Frau kann.
Berliner Drafer. Man lebt ja nur einmal.
W. Noack's Theater. Verbotene Wege.
Apollo. Dorklein. Er oder Dr.
Elegien.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wahalla. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Brunnen. Die Spreewald-Räube.
Reichshaus. Stettiner Sänger.
Der Kompanieball.
Hansa. Teuenerbraue 18/19.
Abends 8 Uhr: Der Romblane.
Eternwarte. Invaliden. 37/32.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Hotelier.
Sonnabend und folgende Tage:
Der Hotelier.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)
Gura-Oper.
Don Juan.
Lilli Lehmann.
Fritz Feinhals.
Sonnabend: Tannhäuser.
Sonntag: Melstorsinger.
Neues Operntheater.
Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Spindel.
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, 9. Juli, abends 8 Uhr:
Oberon, König der Elfen
Noum Oper in 4 Akten v. F. N. Flanck.
(Kleines Theater.)
Sonnab.: Her und Hammermann.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der feiche Rudi.
BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 102.
Gastspiel **Anna Berg.**
Des Weeres
und der Liebe Weken.
Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr.
Auf der Gartenbühne Anfang 4^{1/2} Uhr.
U. a.: Billi Agoston in Berlin auf Stelzen. Paul Coradini usw.
Spezialitäten.
Schweizer - Garten
Am Königstor. Am Friedr. Schloß.
Anfang 4 resp. 5 Uhr.
Täglich Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialitäten. D. neue Lustspiele.
Kinematograph, Volksbelustigung.
Jed. Ab. 10 Uhr. **Der Seekadett**.
Jed. Mittwoch: Kinderfreudenfest.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Duffin und Anthony Barrs.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpel.
Schwan in 3 Akten von Alexander Duffin und Anthony Barrs.
Anfang 8 Uhr. Ende 10^{1/2} Uhr.
Arnold Scholz Hasenheide 108-114
Spezialitäten sowie Großes Konzert.
Das hervorragende Juli-Programm.
U. a.:
Neu! Ein Weltwunder! Dressierte Dromedare von Hagenbeck.
Balltrotte „Mossalina“. X The six Rocketts.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 25 Pf.
35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik
H. Walter Inh. Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5167
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**
Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillerfestes vorzüglich gelegen, billige 3- und 4-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Wohnenabte, Brieger Straße, Rühl-Str. u. Holländer- und Thuner Straße.
Rothenburger
Versicherungs-Anstalt a. G.
Gegr. 1856 in Görlitz Gegr. 1856
Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung:
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
— Alle Überschüsse fallen den Mitgliedern zu. —
Dividende seit 1898 ständig 25 %, eines Jahresbeitrages, für ältere Mitglieder 30 %.
Versicherungsbestand 260 000 Vers. mit rund 100,0 Millionen Mark Gesamtvermögen. 25,3 Millionen Mark
Seither ausgezahlte Sterbegelder usw. 20,1 Millionen Mark
Seither an die Mitglieder gez. Dividenden 8,0 Millionen Mark
Höchstzulässige Versicherungssumme M. 3000, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebenszeit. Keine ärztliche Untersuchung.
— Außerdem Kinderversicherung —
bis 1000 M. (ebenfalls mit Gewinnbeteiligung). 60/17
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die
Direktion sowie sämtliche Geschäftsstellen der Anstalt.

Melropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerkor. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen
vom Stamme der
Azteken!
Gr. Schaulustungen
Vitascope-Theater usw.
Alles ohne Extra-Entree.
W. Noack's Theater
Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 16.
Im schattigen Garten, bei Regen im
Grand-Theaterhaus!
Verbotene Wege.
Neue hervorragende Spezialitäten.
Anfang 7 Uhr, Entree 30 Pf.
Sonnab., Extrav. : Die Liebesprobe.
Wahalla-
Variete-Theater
Waldbergweg 10-20, Rosenthaler.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die grandiosen Spezialitäten.
Im Garten: Freikonzert.
Vor der spanischen Arena.
Volksgarten - Theater
früher Weimann Volksgarten.
Täglich: Concert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Das neue Juli-Programm.
Gustav Eidenburg. X Trudi Truth.
Geschw. Wiedemann. The 3 Syburs.
Der Grandpater von Berlin.
Vollst. m. Ges. u. Tanz v. Reisingen.
Königstätt-Kasino.
Dollmarchstr. 72 (Gef. Alexanderstr.)
Täglich: herrliche Natur-Sommergarten
bei ungünstiger Witterung i. Saale
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Eine fidele Kiste Schwan in 3 Akten
von Strauß.
Meißner, Demby, Les Mignons,
Byron u. erstklassige Spezialitäten.
Anf. wochentl. 8, Sonnab. 5 Uhr.

Zirkus Charles
Maybach-Ufer
an der Thielens-Brücke.
Straßenbahnlinie 94, 46 u. 22.
Abends 8 Uhr: 82,3°
Elite-Gala-Vorstellung.
mit einem noch nie vorher
hier geseigten mannigfaltigen
Schauspiels-Programm, jede
einzelne Nummer eine
Attraktion u. Schlager.
Täglich abends 10 U. 20 Min.
Auftritt der weltberühmten
Löwen-Dompteur
Miss Charles
mit ihren
14 wilden Löwen 14
einzig dastehend
ohne Konkurrenz.
Damms Volkspark-Theater
Landberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Rheinischen Künstler-Ensembles
nicht kultiviert erst. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Geben Mittwoch: Kinderfest.
Berliner Drafer-Theater
Königsplatz 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Havemanns größte Raubtierschule
u. Welt-Spezialität, Konzert, Ball.
Anfang 4^{1/2} Uhr.
Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wondt.
Täglich: **Gr. Militär-Konzert.**
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Nähe d. Schärpegr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Der Montblanc.

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**

Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab
50 Pl. Kind u. 10 Jahr. d. Hälfte.

**WINTER
GARTEN**

„La Pia“

in ihren Phantasie-Tänzen.
jonglierende
Silhouetten

Garcias

Tan Kwai-Truppe

sowie die
sensationalen Attraktionen
des Juli-Programms.

Reserviert. Platz 2 M. Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe.)

Apollo Theater

Die neuen Spezialitäten.
8 Uhr: Prologiert! Jean Paul Prologiert!

Die 9 Yankee Doodle Girls.
Novität! 9 Uhr: Novität!

Die lustigen Zecher.
Original-Steif von Leo Billward.

Sum 73. Male:
Er oder Er
mit

Kartstein

Puhlmann's Theater

Täglich: Große
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Heute zum ersten Male:
Goldene Jugend

Ein Staff-Operett-Tanz in 2 Akten von
Ballar Gerde, sowie 12 erstklassige
Spezialitäten, u. a.: Affen-Pantomime!
Beginn 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sängers

(Meysel, Britton,
Schrader usw.)

Anfang
8 Uhr.
Freitag,
den 16. 7.
1. Gastspiel
Winter-
Tymian.

Elysium

Landberger Allee 40/41. Ecke
Petersburger Straße.

Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:

Vorstellung

abwechselnd von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.

Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.

Kst. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: **Elitetag**.
Während und nach der Vorstellung
Tanzkränzen.

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Erbert,

SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
**Hoffmanns Nord-
deutsche Sängers.**
Kaffee u. Porzellan gratis.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entree frei.

Verstärkt. Sonnab. an Vereine zu verg.

Billigste Bezugsquelle für Hygienische Bedarfs-Artikel

Drogerie Zarcmba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.

Ein Versuch
führt zu dauernder Kundschaft.

Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Düssel, Lichtenberg. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.

Ans. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr,
Konzert 6 Uhr. Sonnt. 6 bezw. 5 Uhr.
Garteneröffnung 3 Uhr.

Jeden Montag Elitetag. Spezial-
itäten und Sotice der „Lustigen
Sängers“.
Bei Regenwetter Vorstellung im
großen Theater-Saal.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Niddorf.

Am Dienstag, den 13. Juli er.,
abends 8 1/2 Uhr, findet in Doppel-
Festsaal hier selbst, Hermannstr. 49
(großer Saal), die Fortsetzung der
am 7. Juli verlagten

Außerordentlichen General-Versammlung

statt. Tagesordnung:
1. Statutenänderung. 2. Kergie-
Berträge. 3. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tages-
ordnung ist vollständiges und pünkt-
liches Erscheinen Pflicht; die Ver-
sammlung wird zur oben angegebenen
Zeit ohne Rücksicht auf die Zahl der
Erschienenen pünktlich eröffnet.
Niddorf, den 8. Juli 1909.
Der Vorstand.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten 17542
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavallieren getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell Bauanzüge sind in
großer Auswahl preis zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
Nachbahnstation Kottbuscher Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

(E. D. R. 115.)
Sonntag, den 12. Juli 1909, vor-
mittags 9 Uhr:

General-Versammlung

in den neuen Rathaussälen
von Großer, Reiminger Str. 8, Tunnel.
Tagesordnung:
1. Halbjährlicher Kasseebericht.
2. Bericht der Delegierten vom
5. Allgemeinen Krankenkassenkongress
Deutschlands.
3. Verschiedene Kassenangelegen-
heiten. 286/2*

Mitgliedsbuch legitimiert!
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten 17542
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavallieren getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell Bauanzüge sind in
großer Auswahl preis zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
Nachbahnstation Kottbuscher Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Für die bei der Beerdigung meines lieben unvergeß-
lichen Mannes, des Gastwirts

Herrmann Gärtner

erwiesene Teilnahme und die herrlichen Blumenspenden
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten,
insbesondere dem Verein Berliner Weißbierwirte, dem
Verein der Lebensretter, dem Gosener Gesangverein und
dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen usw. meinen
innigsten Dank.
Zwiebusch, den 8. Juli 1909. 218/1
Witwe Charlotte Gärtner geb. Martin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15,
Saal 4 (Arbeitslosen-Saal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands
Zweigverein Berlin und Umgegend. (Sektion der Töpferträger.)

Achtung! Kollegen! Achtung!

Montag, den 12. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelauer 15, Saal 7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die erfolgte Kündigung des Lohntarifs seitens der Arbeitgeber und
welche Stellung nehmen die Töpferträger dazu ein? 2. Diskussion.
3. Neuwahl der Lohnkommission.
Gäste haben Zutritt. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden
Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Löhner werden ersucht,
unserer Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
29/15*

Der Zweigvereinsvorstand.

Silberhochzeit

feiert morgen der Lagerverwalter
Albert Krüger mit seiner
Gefraun Anna, Kottbuscher
Damm 6. 18142

Sozialdemokratischer Wahlverein für den

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Begirt 31.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am Mittwoch früh im Urban-
krankenhaus unter Parteigenossen

Otto Schulze

Reudenburger Straße 31
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 11. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Fried-
hofe der Simons-Gemeinde in
Weiß, Tempelhofer Weg, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
210/18 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schrauben-
dreher

Albert Bliß

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, den 9. Juli, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Königsfelder Kirchhofes in Rinsfelde
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
119/12 Die Ortsverwaltung

Sozialdemokratisch. Wahlverein Treptow-Baumshulenweg.

Todes-Anzeige.
Am 7. Juli verstarb unser Mit-
glied, der Gastwirt

Otto Schneider

Baumshulenstraße 78.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle
des Gemeinde-Friedhofes, Neue
Krug-Allee, aus statt. 202/19
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralkranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin: Begirt 15.
Nachruf.
Am 4. Juli verstarb unser
Mitglied, der Tischler

Franz Ehrhardt

jurzeit in Barth (Pommern).
Ehre seinem Andenken.
F. D. C. Frisch.

Dankagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und unferes guten
Vaters 4305

Friedrich Kamphenkel

lagen wir hiermit allen unseren herz-
lichsten Dank.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben
Mannes, Vaters und Großvaters,
und auch für die reichen Kranz-
spenden sagen wir unseren innigsten
Dank.
18152
H. Krause nebst Tochter.

Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin: Begirt 15.
Nachruf.
Am 4. Juli verstarb unser
Mitglied, der Tischler

Franz Ehrhardt

jurzeit in Barth (Pommern).
Ehre seinem Andenken.
F. D. C. Frisch.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 1. August, im „Moabiter Schützenhaus“
und „Insel-Restaurant“ in Plötzensee:

18. Sängersfest.

200 Gesangvereine.

Massenchöre. Leitung Herr Rich. Blobel. Einzelchöre.
Sängersfestzug. * Doppelkonzert. * Feuerwerk.

Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. × Anfang 11 1/2 Uhr.

Von 4 Uhr ab in beiden Lokalen: **Tanz.** Nachzahlung 60 Pf.

Die Kaffeeküchen sind von 12-6 Uhr geöffnet.

Fahrtgelegenheit: Straßenbahn Linien No. 12, 16, 19, 20, 29, 42, 68; Städtische Linie No. 5.

Der Vorstand.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
× Erstklassige Spezialitäten! ×
Novität! Novität!
Die Spreewald-Käte.

Gr. Ausstattung-Boldstück mit Ge-
sang u. Tanz in 4 Ak. v. Hoffmann.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Herren-Stoff-Reste

zu Herrenanzügen Sportbillig, feinste
Fabelstoffe, Kammgarne, Cheviots,
neueste Muster von 5 R. an per
Meter, reine Wolle. 82/4

Ludwig Engel, Brenzlauer
Straße 23, II. (Alexanderplatz.)

Spezialität: Frühjahrsanzug nach Maß, komplett „Napoleon“
R. 36., Sommerpaletot nach Maß „Weltberühmt“ R. 32.,
Reizvolle gestreifte Muster, reine Wolle. Siehe auch Adressbuch Teil I u. IV.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft!

Wer — Stoff — hat

fertige Herren- ohne Konkurrenz,
anzug, 20 R. gold. Medaille.

2 Anpr., feinste Gut.
für gut. Siehe Adressbuch Teil I u. IV.

Ludwig Engel, Brenzlauer
Straße 23, II. (Alexanderplatz.)

Spezialität: Frühjahrsanzug nach Maß, komplett „Napoleon“
R. 36., Sommerpaletot nach Maß „Weltberühmt“ R. 32.,
Reizvolle gestreifte Muster, reine Wolle. Siehe auch Adressbuch Teil I u. IV.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft!

1.95

95 Pf.

2.95

3.95

4.95

1818L

Voranzeige!

Serien-Tage

Voranzeige!

von Sonnabend, 10. Juli, bis Sonnabend, 17. Juli.

Enorm billige Preise!

Bitte die Extra-Beilage in der Sonntagsnummer zu beachten!

Kaufhaus Wilhelm Joseph

Berlin W., Gr.-Görschenstr. 1 — Schöneberg, Hauptstr. 163.